

## 8

Bonn, Freitag 7. Oktober 1966

*Sprecher: Adorno, Altmeier, Barzel, Behrendt, Blank, Blumenfeld, Burgbacher, Dichtel, Dittmar, Dufhues, Erhard, [Fay], [Fricke], Gerstenmaier, Glup, Gradl, Grundmann, von Hassel, Heck, Kohl, Kraske, Lücke, Mikat, Russe, Scheufelen, Schmücker, Schröder, Seebohm, Stoltenberg, Struve, [Weizsäcker], Windelen.*

*Bericht zur Lage. Vorbereitung eines Aktionsprogramms der CDU. Vorschläge der Landesvorsitzenden zur Erhöhung des Beitragsaufkommens. Verschiedenes.*

*Beginn: 10.30 Uhr*

*Ende: 16.06 Uhr*

### BERICHT ZUR LAGE

*Erhard:* Meine Damen und Herren! Meine lieben Parteifreunde! Ich heiße Sie zu dieser Sitzung herzlich willkommen, insbesondere Herrn von Weizsäcker, der zum erstenmal in unserer Mitte weilt. (*Beifall.*) Nun, meine lieben Freunde, wenn ich einen Bericht zur Lage geben soll bei dieser unruhewollen Welt und bei der Problematik – sowohl nach innen wie nach außen –, dann ist es natürlich sehr schwer, hier etwas zu bieten, was nicht nur einen Torso bedeutet, sondern was in einem inneren Zusammenhang steht. Sie wissen, wie es in der Welt aussieht, Sie kennen die Ereignisse, die uns zu beschäftigen haben, ob Südvietnam mit allen Folgewirkungen<sup>1</sup>, ob es die großen Spannungen in der Welt zwischen Ost und West und die besonderen Spannungen zwischen Ost und West noch einmal in Europa sind.

Ich komme von einer Reise von Washington zurück. Vielleicht ist das der unmittelbare Ansatzpunkt, obwohl ich Ihnen in der Sache wohl kaum etwas Neues sage. Sie kennen wahrscheinlich das Kommuniqué und haben die Bundestagsdebatte direkt oder indirekt in irgendeiner Form miterlebt.<sup>2</sup> Hier wird deutlich, daß heute Fragen zur Dis-

1 Seit 1964 versuchten die USA mit immer größerem Truppeneinsatz, die südvietnamesischen Regierungen gegen Gewalttätigkeiten und die militärische Intervention des kommunistischen Nordvietnam zu unterstützen. Der (unerklärte) Vietnamkrieg führte zu weltweiten Protesten. Erst mit der Unterzeichnung der Pariser Friedensverträge am 27. Januar 1973 wurde der Krieg beendet. Vgl. Andreas W. DAUM (Hg.): *America, the Vietnam War and the world comparative and international perspectives*. Cambridge 2003.

2 Erhard hielt sich am 26./27. September 1966 in Washington auf, vgl. AAPD 1966 Nr. 297, 298, 300, 302. In der entscheidenden Frage der Devisenausgleichszahlungen (für die Stationierung amerikanischer Truppen in der Bundesrepublik) kam es zu keiner Einigung. Vgl. zur Reise auch OSTERHELD S. 350–358. Zum Kommuniqué vgl. BULLETIN Nr. 128 vom 30. September 1966 S. 1017–1019; zum Bericht Erhards über seine USA-Reise mit anschließender Aussprache im Bundestag, vgl. Sten.Ber. 5. WP 60. Sitzung vom 5. Oktober 1966 S. 2940–2988.

kussion stehen, die uns in den 50er Jahren überhaupt nicht in den Kopf gekommen sind, nämlich: Wie ist die Verteidigung dieses unseres Kontinents und insbesondere Deutschlands sicherzustellen, welche Konzeption gibt es, nachdem auch in der NATO sich einige Ereignisse vollzogen haben, nämlich der Austritt Frankreichs aus der Integration und die Treue Frankreichs zur westlichen Allianz?<sup>3</sup> Es geht weiter um die Frage des Aufenthalts französischer Truppen auf deutschem Boden, die Frage, wie innerhalb der europäischen Verteidigung zwischen Frankreich einerseits und der NATO andererseits eine gewisse Aufgabenteilung vereinbart werden kann. Es geht um die Frage, wie die Position Frankreichs in dieser Allianz – aber vor allen Dingen mit der integrierten NATO – sich gestalten soll.

Das alles stand auch zur Diskussion, als wir in den Vereinigten Staaten waren. Wir haben von Anfang an keinen Zweifel darüber gelassen, daß das keine leichte Reise werden wird, sondern daß hier Probleme anstehen, die uns sehr hart berühren.

Ich möchte hier nur einmal die finanzielle Seite betonen. Wir haben schon verschiedene Abkommen mit den Vereinigten Staaten dergestalt, daß wir nicht etwa die amerikanischen Lasten für die Soldaten bezahlen, die auf europäischem Boden stehen, sondern daß wir nur die Devisenausgaben, die sie hier leisten, irgendwie mit Warenkäufen oder mit Dienstleistungen kompensieren. Dieser Irrtum ist ja mindestens im deutschen Volk weit verbreitet: Wir zahlten diese Soldaten hier. Das ist nicht der Fall. Wir versuchen nur, durch deutsche Käufe oder durch Inanspruchnahme von Dienstleistungen einen Ausgleich für die Devisen zu schaffen, die dafür von diesen Ländern hier ausgegeben werden und die naturgemäß deren Zahlungsbilanzen schwer beeinträchtigen. Sowohl Großbritannien – hier wird es über alle Maßen deutlich – als auch die Vereinigten Staaten haben Zahlungsbilanzschwierigkeiten zu verzeichnen. Sie müssen bedenken, daß das die entscheidenden Währungen der Welt sind. Der Dollar ist überhaupt die Leitwährung mit Deckungsreserven in den Währungsbeständen aller Länder. Ein großer Teil des Welthandels wird in Pfund Sterling abgerechnet. Es kann uns also nicht gleichgültig sein, was mit diesen Währungen geschieht, und darauf haben wir Rücksicht zu nehmen.

Es ist also nicht so, als müßten die Soldaten unserer Verbündeten auf deutschem Boden sozusagen bezahlt werden. Diese etwas makabre Sicht darf nicht Bestand haben. Es besteht nicht eine unmittelbare Beziehung zwischen dem, was unsere Verbündeten aus ihrer Treue zum Bündnis, aus ihren Verpflichtungen hier zu erfüllen haben, und dem, was wir bezahlen. Dieser Zusammenhang muß zerstört werden. Ich glaube, wir haben das in den Vereinigten Staaten und schon früher hinreichend deutlich gemacht.

Finanziell ist die Situation so, daß ich mich bei meinem Besuch im Dezember 1963, bei der ersten Begegnung mit Präsident Johnson, bereit erklärt habe, die bisherigen Ab-

---

3 Vgl. Nr. 5 Anm. 11.

kommen weiterzuführen.<sup>4</sup> Es ist auch ein neuer Vertrag unterzeichnet worden, der bis zum 1. Juli 1967 reicht. Wir haben in Amerika deutlich gemacht: Einen solchen Vertrag in dieser Form, in dieser Höhe wird und kann und darf es nicht mehr geben. Wir müssen hier Modifikationen einschalten, um von dieser Vergleichsbasis wegzukommen: hier Truppen – hier Geld. Wir können z. B. nicht nur Waffen kaufen, sondern es muß auch andere Möglichkeiten geben, die Anrechnung zu erreichen. Aus dem laufenden Vertrag haben wir noch 3,6 Mrd. DM bis zum 1. Juli 1967 zu erfüllen. Es gibt nun eine Reihe von Gründen, die hier eine Rolle spielen: Umstellung der Waffentechnik, dann aber auch der Haushalt der Verteidigung, der zu schmal ist. Wenn wir bis zum 1. Juli 1967 sozusagen auch die Bilanz ausgeglichen haben, so müssen wir jetzt doch überlegen, wie wir aus der Sache herauskommen. Meine lieben Freunde, es ist gar kein Zweifel, die Bundesrepublik Deutschland hält ihre Verträge.

Ich habe aber im Bundestag ausgeführt und auch sonst zur Darstellung gebracht, daß man bei dem bilateralen Verhältnis – sei es zu Großbritannien, sei es zu den Vereinigten Staaten – nicht nur diesen einen Teil, der die Zahlungsbilanz beeinflußt, herausnehmen sollte. Man müßte loyalerweise und fairerweise auch die gesamten Positionen überblicken.

Bei den gesamten Positionen ist es so, daß wir in bezug auf den reinen Warenverkehr ein starkes Defizit gegenüber den Vereinigten Staaten haben. Bei Einbeziehung aller Posten einer Zahlungsbilanz – also auch des Kapitalverkehrs, der Dienstleistungen und dergleichen mehr – haben die Vereinigten Staaten, auch wenn wir unser Offset-Abkommen voll erfüllen, immer noch einen Überschuß in Deutschland von 2 Mrd. DM zu verzeichnen. Das sind die letzten Ziffern von 1965. 1966 ist es für die Vereinigten Staaten nicht schlechter geworden.

Unsere Verhandlungen gingen darum, den Amerikanern darzulegen, daß wir jetzt auch mal von ihnen ein gewisses Entgegenkommen erwarten. Wir halten die Verträge, wir werden bezahlen. Aber wir haben uns bisher, wenn die Amerikaner mit Wünschen an uns herangekommen sind – wir möchten zur Stärkung der Dollarposition etwas beitragen –, nie versagt. Ich darf z. B. daran erinnern, daß wir in den Jahren 1959 bis 1961 von der Nachkriegswirtschaftshilfe 600 Mio. Dollar frühzeitig – entgegen den vertraglichen Festlegungen – zurückgezahlt haben. Jetzt haben wir gesagt: Wäre es auch nicht angebracht, daß angesichts – nicht unserer Zahlungsbilanzsituation – unserer Haushaltssituation einmal im Einvernehmen mit Ihnen eine gewisse Verlagerung von Zahlungen zugelassen würde? Wenn wir das beiderseitig tun, dann ist das keine Vertragsverletzung, sondern entspricht eigentlich nur der Loyalität, die wir glauben, aufgrund unseres eigenen Verhaltens – und zwar seit langer Zeit, seit zehn Jahren – wohl füglich von Ihnen erbitten zu können.

Eine endgültige Antwort darauf, wie das Problem gelöst werden kann, kann ich Ih-

---

4 Vgl. PROTOKOLLE 4 S. 561 Anm. 10: Erhard hielt sich vom 27.–30. Dezember in den USA und am 28./29. Dezember 1963 auf der Farm des amerikanischen Präsidenten Johnson in Texas auf. AAPD 1963 Nr. 486–492; vgl. auch HENTSCHEL S. 456–463, zum Abschlußkommuniqué vgl. BULLETIN Nr. 1 vom 3. Januar 1964 S. 5f.

nen nicht geben. Es ist außerordentlich schwierig, denn der amerikanische Präsident hat natürlich auch seine inneren Schwierigkeiten. Er ist in Bedrängung durch Vietnam, durch die Ausgaben, die damit verbunden sind. Er hat im eigenen Lande eine gewisse Fronde, die der Auffassung ist, es möchten amerikanische Truppen aus Deutschland, aus Europa zurückgezogen werden. Demgegenüber sind wir der Auffassung, daß die amerikanischen Truppen – mal unbeschadet der Kosten – und ihre physische Anwesenheit, vor allen Dingen ihre Präsenz unmittelbar an der Zonengrenze, einen politischen Wert und ein wesentliches Element unserer Sicherheit darstellen. Deshalb wollen wir sie natürlich hier behalten. Wir werden sie nicht in alle Ewigkeit hier behalten können. Es sind da auch neue strategische Überlegungen im Schwange; darüber wird sicher Herr von Hassel noch etwas sagen können.

Wir glaubten, wir sollten gerade jetzt in dieser gefährlichen Zeit, wo auch innerhalb der NATO diese Fragen offen gestellt werden, der Destruktion nicht irgendwie noch Vorschub leisten oder durch unser Verhalten direkt oder indirekt, schuldig oder unschuldig, eine neue Nahrung geben.

Der amerikanische Präsident hat uns angeschrieben und zum Ausdruck gebracht, er möchte ein Gespräch mit Großbritannien und mit Deutschland haben.<sup>5</sup> Daraus ist dann in der Öffentlichkeit völlig zu Unrecht – ich kann mir nicht denken, daß das nicht auch böser Wille gewesen ist – der Eindruck entstanden, als ob ein Dreierdirektorium von neuem entstehen sollte, das uns aus der Vergangenheit noch in Erinnerung ist, wo es seinerzeit als besonderer Führungsstab der NATO, bestehend aus den Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich, gedacht war; jetzt glaubte man, anstelle von Frankreich würde Deutschland treten. – Nichts von alledem ist wahr. Es war lediglich die Vorstellung, die drei Länder haben im Augenblick eine Frage miteinander in Ordnung zu bringen, nämlich die Frage des Devisenausgleichs, das Wie, Wieviel und Wann, und das rechtfertigt schon eine Zusammenkunft. Wir haben uns zunächst sehr reserviert verhalten. Ich habe dem amerikanischen Präsidenten geschrieben, ich möchte erst mit ihm unter vier Augen sprechen, bevor eine solche Zusammenkunft zwischen diesen drei Ländern möglich sei.<sup>6</sup>

Es ist gar kein Zweifel: Wenn wir uns über das Offset-Abkommen<sup>7</sup> oder über den Devisenausgleich unterhalten, sind natürlich andere Fragen mit angesprochen, nämlich Art und Umfang des Aufenthalts der amerikanischen und britischen Truppen auf deutschem Boden. Es ist damit die Frage angeschnitten, welche strategischen Pläne entwickelt werden müssen angesichts der veränderten Situation und auch der Erklärung

---

5 Vgl. AAPD 1966 Nr. 270, 275.

6 Vgl. AAPD 1966 Nr. 270. – Zum Abschluß der Gespräche Erhards in den USA wurde vereinbart, die Frage des Devisenausgleichsabkommens in Dreiergesprächen zu prüfen, vgl. dazu das Gespräch zwischen von Hassel und McNamara in Washington am 27. September 1966 (AAPD 1966 Nr. 301, vgl. auch Nr. 315, 335, 348).

7 Erhard hatte 1964 ein Offset-Abkommen vereinbart, das zum 1. Juli 1967 auslief. Vgl. AAPD 1964 S. 659; „Welt“ vom 16. November 1964 „Zusammenarbeit bei der Rüstung“. Vgl. auch Anm. 99.



Frankreichs, es würde keine automatische Beistandsverpflichtung eingehen. Die Diskussion geht also dann sehr weit, und man kann sie kaum auf einen Gegenstand beschränken; sie geht bis weit in den außenpolitischen Bereich hinein.

Der amerikanische Präsident hat uns damit nicht etwa hereinlegen wollen; das kann man ihm sicher nicht unterstellen. Er sagte vielmehr: Wenn der britische Premierminister, wie er angekündigt hat, am 14. Oktober dieses Jahres eine endgültige Erklärung über den Aufenthalt der britischen Truppen, also über die Ausstattung, den Umfang und die Art der Rhein-Armee abgeben will<sup>8</sup>, dann werde in seinem Land, in den Vereinigten Staaten, wenn die Erklärung negativ ausfällt, wenn der britische Premierminister erklären würde, er müßte einen Teil dieser Truppen abziehen, das allen jenen Kräften einen sehr starken Auftrieb geben, die ihn bedrängen wollten, die auch von ihm einen Rückzug amerikanischer Truppen forderten. Man denke hier nur an Ausführungen von Senator Mansfield<sup>9</sup> und Fulbright<sup>10</sup> und dergleichen. Diese Kräfte sagten: Warum nicht auch wir? Warum haben wir in Europa 330.000 und in Deutschland 250.000 Mann? Ziehen wir doch etwas zurück, dann brauchen wir keine Reservisten einzuziehen und sparen Geld.

Darum ist es in Amerika wesentlich gegangen. Es wäre natürlich lächerlich, anzunehmen, daß wir alle die Fragen bis zum Schluß geklärt hätten. Es knüpfen sich schließlich auch noch Fragen der nuklearen Verteidigung, der hinreichenden Abschreckung zu unserem Schutz an. Wir können nicht in 1½ Tagen erreichen, was man in Genf in vielen Monaten nicht erreicht hat.<sup>11</sup> Wir konnten auch nicht in der Frage der Strategie zweiseitig in den Vereinigten Staaten ein neues Bild entwickeln. Ich kann Ihnen sagen, es ist außerordentlich hart verhandelt worden, so hart, wie man es wirklich nur zwischen Freunden wagen darf. Ich kann Ihnen aber die Lösung nicht auf den Tisch legen.

Wir hatten das Glück, daß zu gleicher Zeit der deutsche Notenbankpräsident Blessing zur Tagung der Weltbank<sup>12</sup> und des Währungsfonds in Washington weilte. Wir haben mit ihm Gespräche geführt; wir haben ihn nicht offiziell in die Regierungsverhandlungen einschalten können, aber er war sozusagen immer im Hintergrund gestanden.

---

8 Wilson wollte die Zahl der britischen Soldaten in Deutschland reduzieren, falls in der Frage des Devisenausgleichs keine Einigung erzielt werden sollte. Die Verhandlungen der deutsch-britischen Ministerkommission begannen am 13. Oktober 1966. Vgl. CDU/CSU-FRAKTIONSprotokolle S. 1995; AAPD 1966 S. 1313; BULLETIN Nr. 135 vom 18. Oktober 1966 S. 1080.

9 Michael Joseph (Mike) Mansfield (1903–2001), amerikanischer Politiker (Demokratische Partei); 1952–1976 Senator von Montana, 1961–1977 Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Senats, 1977–1988 Botschafter in Japan.

10 James William Fulbright (1905–1995), amerikanischer Politiker (Demokratische Partei); 1945–1974 Senator von Arkansas, 1959–1974 Vorsitzender des Außenpolitischen Ausschusses.

11 Die Genfer Konferenz des Abrüstungsausschusses der 18 Mächte, die am 14. März 1962 zum erstenmal tagte, trat am 27. Januar 1966 wieder zusammen. Vgl. AdG 1966 S. 12432 und AdG 1962 S. 9741. Vgl. auch KOHLER S. 57–78.

12 Vom 27. September bis 1. Oktober 1965 fand in Washington die Tagung der Weltbank statt, vgl. AdG 1965 S. 12091–12095.

Wir hatten die Hoffnung, daß wir über gewisse Manipulationen – aber keine fragwürdigen Manipulationen – der Bundesbank Lösungen finden könnten, die uns über eine Durststrecke den Weg finden lassen, mindestens bis dahin, wo wir geringere Leistungen zu erbringen haben. Der Zentralbankrat hat gestern getagt, und er ist auch noch zu keiner letzten Entscheidung gekommen.<sup>13</sup> So kann man wohl sagen, das Problem liegt nach wie vor ungelöst auf dem Tisch. Wir werden bestrebt sein, bis zum 14. Oktober alles zu tun, damit es nicht zu einseitigen Aussagen irgendeines der drei Partner kommt. Das ist vielleicht das, was uns unmittelbar am meisten besorgt sein läßt. Es wäre falsch, das nur als Zahlungsbilanzproblem, nur als Devisenproblem zu sehen. Es sind tatsächlich die Fragen der ganzen Verteidigung, der Wirksamkeit der Verteidigung, unserer Sicherheit, des nuklearen Schutzes, direkt oder indirekt damit angesprochen. – Soviel nun zu Washington.

Meine Damen und Herren! Auch sonst ist die Welt natürlich unruhig geworden. Das Verhältnis zwischen Ost und West berührt nach wie vor die ganze Öffentlichkeit, auch in den Vereinigten Staaten. Wir sollten uns keiner Illusion hingeben; alle unsere Freunde, auch diejenigen, die uns neutral gegenüberstehen, sind der Meinung: Deutschland müßte in Zukunft etwas mehr tun, um diese unheilvolle Spannung zu überwinden, die immer wieder latente Gefahren in Erscheinung treten läßt.

Präsident de Gaulle hat bei seinem Besuch<sup>14</sup> hier ganz deutlich gemacht, daß er uns doch empfehlen würde, mit den ost- und südosteuropäischen Staaten nicht nur wirtschaftliche und kulturelle Beziehungen zu unterhalten, sondern auch bis in den politischen Bereich hinein – also sprich: in der letzten Konsequenz bis zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen – zu gehen. Dasselbe ist im Grunde genommen auch die Haltung der Vereinigten Staaten, wenn auch dort dadurch gemildert, daß man sagt, wir sehen ganz genau ein, daß es etwas anderes ist, wenn die Bundesrepublik diplomatische Beziehungen zu solchen Ländern aufnimmt, solange wir den Alleinvertretungsanspruch unter allen Umständen aufrechterhalten müssen, solange bei Abschlüssen von Verträgen und dergleichen mehr die Berlinfrage mit ins Gespräch kommt.

Wir können das also nicht so nach Geschmack tun, sondern wir müssen das in unsere gesamte Außenpolitik einkleiden. Wir müssen in der ganzen Welt klarstellen, was das bedeutet oder nicht bedeutet. Aber wir werden uns mit der Frage der Ost-West-Beziehungen nicht nur in dem großen Rahmen etwa der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion sowie Rotchinas, sondern auch innerhalb Europas eingehend auseinandersetzen müssen.

Die Debatte im Bundestag<sup>15</sup> hat gezeigt, daß wir innerpolitisch mit zwei Fakten zu rechnen haben. Einmal, wir werden der NATO treu bleiben. Wir können nicht aus der Integration herausgehen. Das ist ein zwingendes Gebot. Wir brauchen die Amerikaner zu unserem Schutz. Aber wir wollen auch die Freundschaft mit Frankreich nicht nur halten, sondern wir wollen sie vertiefen.

<sup>13</sup> Vgl. FAZ vom 7. Oktober 1966 „Enge Grenzen“ für eine Bundesbank-Hilfe“.

<sup>14</sup> De Gaulle hielt sich am 21. Juli zu einem Arbeitsbesuch in Bonn auf, vgl. Nr. 7 Anm. 71.

<sup>15</sup> Vgl. Anm. 2.

Ich habe gestern ein zweistündiges Gespräch mit Herrn Seydoux<sup>16</sup> geführt. Ich habe ihn über die Reise nach Washington unterrichtet und ihm genau gesagt, wo die neuralgischen Punkte liegen. Man kann nicht zwei Strategien zur Verteidigung Deutschlands entwickeln, sondern nur eine. Die Frage ist weniger, welchen Status die französischen Truppen in Deutschland haben wollen, als vielmehr, welchen Auftrag die französischen Truppen in Deutschland zu erfüllen bereit sind. Der französische Staatspräsident hat mir gesagt: Ich bin gern bereit, mit der NATO alle denkbaren Modell-Lösungen durchzuspielen, die sich bei einer Aggression ereignen könnten. Es ist selbstverständlich: Wenn ein Angriff auf Deutschland erfolgt, dann stehen wir da; das ist der Auftrag der französischen Soldaten in Deutschland. Aber er will keine automatischen Bindungen eingehen. Er läßt auch noch die Frage offen: Was ist der nicht provozierte und der provozierte Angriff? Ich glaube, wir müssen auf bilateraler Ebene und auf multilateraler Ebene, d. h. auf der NATO-Ebene und im unmittelbaren Gespräch mit Frankreich diese Dinge weiter zu klären versuchen. Wie ich in der letzten Erklärung vor dem Bundestag gesagt habe, sind wir der Meinung, daß wir bilateral beiderseits befriedigende Lösungen finden können. Aber wir können uns nicht völlig von den anderen Gesprächen trennen, die auf NATO-Ebene geführt werden müssen. – Soviel zu dieser Frage.

Ich glaube, ich sollte jetzt zu der Innenpolitik kommen, und da sind eine ganze Reihe von Fragen von unmittelbarer Aktualität. Die Bundesregierung hat zur Sicherung von Wirtschaft und Währung ein Stabilitätsgesetz vorgelegt.<sup>17</sup> Ich bin sehr erfreut, daß die CDU und CSU im Grundsatz eine sehr positive Haltung dazu eingenommen haben, auch wenn von dieser oder jener Gruppe an dem einen oder anderen Bestandteil dieses Gesetzes die eine oder andere Änderung gewünscht werden würde. Aber im Grunde genommen erkennt man an, daß dieses Stabilitätsgesetz eine Notwendigkeit ist. Ich glaube, man kann auch feststellen: Schon die bloße Ankündigung dieses Gesetzes, seine Einbringung, hat eine Beruhigung geschaffen, und zwar sowohl auf dem Arbeitsmarkt wie in der Preisbewegung und nicht zuletzt auch am Kapitalmarkt. Ich habe gehört, daß gestern im Wirtschaftsausschuß des Bundestags die erste Lesung über die Bühne gegangen ist, und daß wir füglich hoffen können, daß wir in einer Geschlossenheit für dieses Gesetz eintreten.

Meine Damen und Herren, dieses Gesetz ist keine Wunderwaffe. Es heilt nicht alle Schmerzen, und man kann damit nicht alle Probleme lösen. Aber wenn man vergleichsweise einen Blick auf Großbritannien tut, was sich dort ereignet und vollzieht und was

---

16 François Seydoux de Clausonne (1905–1981), französischer Diplomat; 1958–1962 und 1965–1970 Botschafter in der Bundesrepublik Deutschland. – Zum Gespräch vgl. AAPD 1966 Nr. 314.

17 Entwurf eines „Gesetzes zur Förderung der wirtschaftlichen Stabilität“ (Drs. V/890 vom 2. September 1966); Beratung am 14. und 15. September 1966 im Bundestag, vgl. Sten.Ber. 5. WP 55. Sitzung S. 2655–2706 und 56. Sitzung S. 2727–2792. Vgl. auch Nr. 7 Anm. 76. – Das „Ergänzungsgesetz zum Steueränderungsgesetz“ wurde am 8. November 1966 beschlossen (Drs. V/1096).

dort notwendig geworden ist<sup>18</sup>, dann muß man doch sagen – man kann ja auch mal etwas Positives herausstellen –, das, was in Deutschland noch in Ordnung ist, was völlig in Ordnung ist, das ist im Grunde genommen unsere Wirtschaft, und zwar unbeschadet des Umstandes, daß es einige trübe Stellen gibt wie etwa bei der Kohle oder auch bei Eisen und Stahl. Aber wenn ich z. B. höre, daß die Bundesanstalt meldet, die Zahl der Arbeitslosen sei zwar um 15.000 Mann gestiegen, es bestehe aber immer noch ein Verhältnis zwischen Arbeitslosen und offenen Stellen von 1:5, und wenn ich dazu noch die 1,3 Mio. Fremdarbeiter hinzurechne, dann möchte ich glauben, daß das Gesamtgefüge, die Gesamtstruktur der deutschen Volkswirtschaft in Ordnung ist. Das schließt nicht aus, daß da und dort pfleglicher operiert werden muß, damit sich nicht einige Krisenherde ausweiten.

Jedenfalls ist das im ganzen eine sehr positive Bilanz. Wir brauchen keinen Preisstopp, wir brauchen keinen Lohnstopp, keine Devisenbewirtschaftung, wir brauchen nicht Steuern auf alle Dinge, die zum zivilisatorischen Bedarf gehören. Wir brauchen nicht an die übrige Welt heranzutreten, um Stützung für unsere Währung zu erhalten. Im Gegenteil, wir haben bisher immer nur von unserer Seite aus dazu beigetragen, andere Währungen zu stützen.

Ich habe neulich vor dem Bundestag erklärt, es gibt zwei Sorten von Ländern. Die einen Länder haben Zahlungsbilanzschwierigkeiten, und die anderen haben mal Haushaltnöte. Es ist sehr viel angenehmer, Haushaltnöte zu haben; die kann man – wenn auch nicht leicht – überwinden, während Zahlungsbilanzschwierigkeiten die Struktur einer Volkswirtschaft betreffen. Im letzten Falle geht es um die Grundlagen, bei denen die Dinge falsch liegen. Zahlungsbilanzschwierigkeiten sind deshalb sehr viel beängstigender und sehr viel schwerer zu überwinden. Wenn Sie wollen: Die Auseinandersetzung, die wir im Augenblick mit den Vereinigten Staaten und mit Großbritannien haben, geht darauf zurück, daß die echte Strukturkrisen, Zahlungsbilanzschwierigkeiten haben, aus denen sie nicht wissen, wie sie herauskommen sollen, während wir aus deren Sicht nur – „nur“ in Anführungszeichen – vor der Aufgabe stehen, unseren Haushalt in Ordnung zu bringen.

Nachdem ich nun von dem Stabilitätsgesetz gesprochen habe, möchte ich auf den Bundeshaushalt 1967 überleiten. Wir haben den Haushalt verabschiedet und werden am Mittwoch noch die mittelfristige Vorausschau verabschieden, so daß das Gesamtpaket dem Bundesrat und dem Bundestag zugeleitet werden kann.<sup>19</sup> Dann – und meiner An-

---

18 In Großbritannien war es zu einer schweren Wirtschaftskrise gekommen, das Vertrauen in die britische Währung gesunken. In Zusammenarbeit zwischen Regierung, Industrieverband und Gewerkschaften wurde ein Preis- und Einkommensstop beschlossen, der bis zum Jahresende 1966 Geltung haben sollte. Am 10. August 1966 verabschiedete das Unterhaus das verschärfte Preis- und Einkommensgesetz. Vgl. Alan SKED/Chris COOK: Post-war Britain. A political history. New York 1979 S. 249–252.

19 Vgl. „Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1967“ (Drs. V/1000 vom 2. November 1966).

sicht nach erst dann – sollte über die einzelnen Positionen, über die Möglichkeit des Auswechslens, der einen oder anderen Ausgabenminderung verhandelt werden.

Ich habe es sehr bedauert, daß man, bevor überhaupt nur eine intime Kenntnis vorhanden war, in der Presse die Dinge so zwiespältig dargestellt hat. Man konnte buchstäblich auf der ersten Seite einer Zeitung lesen, daß das doch kein Stabilisierungshaushalt sei, sondern daß er die Konjunktur anheize, daß darin schon wieder Keime für Preissteigerungen lägen, während auf der zweiten Seite der gleichen Zeitung dann stand, daß diese oder jene Einschränkung oder Ausgabenkürzung unerträglich sei.

Meine Freunde, wollen wir uns einmal hier zusichern, daß wir uns nicht gegenseitig in der Fragestellung zerfleischen, wer soll nun bei den notwendigen Kürzungen zur Kasse treten? Ich bin nicht der Meinung, daß man das einseitig machen soll. Aber daß wir den Haushalt ausgleichen müssen, steht nicht nur im Grundgesetz, sondern das ist auch unsere Aufgabe, um unsere Wirtschaft und unsere Währung stabil zu halten. Darüber werden wir nach Kenntnis der Vorlage, die von der Bundesregierung unterbreitet wird, dann noch im einzelnen zu sprechen haben.

Ich glaube, ich sollte es zunächst einmal bei dieser Sicht bewenden lassen, nicht ohne dem hinzuzufügen, daß die CDU allen Grund hat, wieder stärker zusammenzustehen und davon abzurücken, daß jeder einzelne sich bemüßigt fühlt, die Öffentlichkeit qua Person zu beschäftigen. Es ist das eine miserable Sache. Ich habe mich völlig zurückgehalten. Ich habe auf kein Interview irgendeine Antwort gegeben, irgendeine Stellungnahme abgegeben, obwohl mir das manchmal etwas schwergewollt ist. Aber ich habe es wirklich aus Disziplin getan und um unser Land, unser Volk nicht zu schädigen, um nicht nach außen hin durch das zerrissene Bild der CDU die Dinge noch weiter zu gefährden und noch weiter Unruhe und Unsicherheit in das deutsche Volk zu tragen. Ich kenne die Appelle, die wir hier so oft ausgesprochen haben, und das, was wir uns gegenseitig geschworen haben. Es hat nichts genutzt. Aber wir haben eine heilsame Lehre erfahren. Nach alledem, was sich nach dem 10. Juli<sup>20</sup> zugetragen hat, glaube ich, daß dies eine Stunde der Besinnung sein sollte. Man spricht immer von der Stunde der Wahrheit. Die Wahrheit ist ja nicht so absolut. Aber unter Besinnung kann ich mir sehr wohl konkret etwas vorstellen.

Ich meine, wir sollten hier frank und frei auch erörtern, was zu tun ist, damit wir wieder in gleichen Schritt geraten. Es ist doch eine merkwürdige Situation: Wenn wir im Bundestag zu einer Debatte auftreten – auch wenn wir am Tage vorher die größten Auseinandersetzungen miteinander hatten –, dann steht die Fraktion geschlossen und bietet gegenüber der Opposition ein starkes Bild. Aber kaum sind wir aus dem Bundestag raus und wieder in der Fraktion, dann geht das wieder von vorne an. Das geht nicht nur die Fraktion, sondern es geht vor allen Dingen auch die Partei an. In dem Kreise sind wir hier heute beisammen. Es geht hier nicht darum, ob sich der eine Landesverband zu mir bekennt oder nicht. Ich war neulich auch mit den Landesverbänden zusam-

---

<sup>20</sup> Aus den Landtagswahlen am 10. Juli 1966 in Nordrhein-Westfalen ging die SPD als Sieger hervor, vgl. Nr. 7 Anm. 1.

men.<sup>21</sup> Ich glaube, es kommt nicht darauf an abzuzählen, wer dafür ist und wer nicht. Wir sollten vielmehr eine Formel finden, die uns gemeinsam handeln läßt, nach außen überzeugend und nach innen geschlossen. (*Beifall.*) Ich möchte darüber nun die Aussprache eröffnen. Bitte, es ist alles frei. Auch die Fragen, die ich angeschnitten habe, stehen offen. – Bitte, Herr Scheufelen.

*Scheufelen:* Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Wir haben draußen im Lande etwas Schwierigkeit, zu erklären, warum ein Bundeshaushalt mit 74 Mrd. DM auch dann noch bei dieser Zahl bleiben kann, wenn sich einige Voraussetzungen in der Zwischenzeit geändert haben. Der Bundeshaushalt von 74 Mrd. DM ging zunächst davon aus, daß der Haushalt 1966 ausgeglichen sein wird, daß er also so ablaufen wird, wie das vorgesehen war. Das hat er bis jetzt nicht getan. Es sind weitere Einsparungen notwendig gewesen, so daß der Haushalt 1966 in der Form, wie er als Grundlage für den Haushalt 1967 vorausgesetzt wurde, nicht mehr stimmt. Um wieviel er nicht mehr stimmt, ist schwer vorausszusagen. Ich habe im August die Zahl von 1,2 Mrd. gehört. Das zweite ist, daß heute noch nicht feststeht, wie die Verteilung der Einkommen- und Körperschaftssteuer zwischen Bund und Ländern vorgenommen wird. (*Erhard:* Das habe ich vergessen! Dazu wollte ich noch sprechen!) Wir sind als Partei in der schwierigen Situation, weil unsere Parteifreunde im Bund sagen 39%, während unsere Parteifreunde im Land sagen 35%.<sup>22</sup> Auch die Frage können wir, wie wir das für beide, unseren Wählern, unseren Mitgliedern klarmachen sollen, nicht beantworten.

Ich war auf einer Reihe von Parteiversammlungen in den Kreisen usw., und da wurde mir die ganz glatte Rechnung aufgemacht, die ich leider nicht widerlegen konnte: 74 Mrd. unter den und den Voraussetzungen. Die haben sich geändert um einen Betrag im Haushalt 1966 von rund 1½ Mrd. und um die ungeklärte Summe – vielleicht macht man einen Kompromiß – bei der Verteilung der Einkommen- und Körperschaftssteuer zwischen Bund und Ländern, die vielleicht auch 1 Mrd. DM beträgt. Dazu kommt jetzt der Devisenausgleich, dazu kommen andere Sachen. Also Schluß: Der Haushalt 1967 in der Form, wie er vorgelegt wird, ist nicht ausgeglichen. Wo nimmt nun die Bundesregierung, wo nimmt der Bundestag das Recht her, nachdem sie selber ihre Sache nicht in Ordnung haben, zu verlangen, daß die Länder einem Gesetz zustimmen, mit dem sozusagen die Länder und Kommunen unter Aufsicht gestellt werden sollen? Diese Frage kann ich nicht beantworten.

*Erhard:* Meine Damen und Herren, ich darf darauf kurz antworten. Soweit im Jahre 1966 im Haushalt Mehraufwendungen angefallen sind – wie z. B. für den Wohnungsbau oder den Sozialhaushalt –, werden wir durch Zusammenpressung der Reste damit fertig werden. Anders ist die Sache, wenn durch das Beteiligungsverhältnis von Bund und Ländern der Knoten durchschnitten würde und man würde uns 37% geben; bitte,

21 Am 28. September 1966 im Bundeskanzleramt, vgl. ACDP 01–554–001/2.

22 Der am 7. Oktober 1966 eingebrachte Gesetzentwurf der Regierung Erhard (Bundesrat Drs. 401/66) sah vor, die 1964 getroffene Regelung des Bundesanteils von 39% (bis dahin 35%) fortzuschreiben. Der am 21. Dezember 1966 erzielte Kompromiß sah schließlich einen Bundesanteil von 37% vor. Vgl. RENZSCH S. 202f.

ich gehe von irgendeiner Annahme aus. Dann würde das bedeuten, daß auf den Bund zusätzliche Lasten von 1 Mrd. DM zukämen. Sie müßten dann im Haushalt noch verkraftet werden. Sie haben recht, es bleibt auch die Frage offen: Wie kommen wir mit unseren Alliierten, den Amerikanern und den Briten zurecht, und was kostet das? Welche Aufwendungen sind dafür 1967 erforderlich?

Ich möchte eines ganz deutlich sagen: Wenn die Bundesregierung den Haushalt auf der Basis von 73,9 Mrd. DM verabschiedet hat – das bedeutet also einen Anteil von 39% –, dann sollte das keine Kampfansage an die Länder bedeuten. Wir waren in der Arbeit schon soweit vorangeschritten, daß wir nicht wieder alles umstülpen konnten. Uns ist allein auch nichts eingefallen, was geeignet gewesen wäre, ersatzweise anzutreten.

Ich bin der Meinung, wir brauchten es nicht bis zum Vermittlungsausschuß hin treiben zu lassen, sondern wir sollten die Zeit nützen, um mit den Ländern im Gespräch zu sein. Aber die Länder haben auch ein Wort mitzusprechen. Die Länder haben dann der Bundesregierung zu sagen, was nach ihrer Vorstellung kürzungsreif wäre. In einem Gespräch, das ich geführt habe – ich will gar keinen Namen nennen – und bei dem ich nur die Frage angedeutet habe, wie man die Sache entscheiden könnte, ist mir geantwortet worden: durch eine Kürzung des Verteidigungshaushaltes. Das ist natürlich keine Lösung. Da mußte die Bundesregierung sagen: So geht es nicht. Wie geht es aber sonst? Ich glaube, dieses Gespräch mit den Ländern sollten wir frank und frei führen. Wir sollten auch nicht so tun, als ob die Anrufung des Vermittlungsausschusses, wenn es dahin käme, einen staatlichen Notstand auslösen würde. Den Fall haben wir schon öfter gehabt, und wir sind dann auch damit in aller Freundschaft fertig geworden.

Ich möchte hier die Dinge nicht dramatisieren, aber sagen, daß wir uns der Frage des Anteils von Bund und Ländern durchaus bewußt sind. Ich hatte gestern eine Sitzung mit Vertretern der Max-Planck-Gesellschaft, des Wissenschaftsrates und der Rektorenkonferenz.<sup>23</sup> Ich habe dort dargelegt, es wäre doch blamabel oder jedenfalls eine fade Lösung, zu sagen, schön, wir bekommen 1 Mrd. weniger, dafür streichen wir alle Mittel für die Länder, die auf diesem Gebiet anfallen. Das würde nicht überzeugend wirken und uns ein ganzes Stück zurückwerfen. Ich glaube, es war eine gute Sache, daß wir damit begonnen haben, auf diesem ganzen Feld zwischen Bund und Ländern zu Teilungen bei der Lösung von Aufgaben zu kommen. Man kann die Dinge nicht allein dadurch heilen – das würde auch nach außen nicht überzeugend sein –, daß man sagt: Schön, dann geben wir Aufgaben an die Länder zurück. Gerade das macht die Dinge so außerordentlich schwierig.

*Blumenfeld:* Herr Bundeskanzler! Meine lieben Parteifreunde! Ich glaube, ich sollte eines sagen, was im Rahmen der Fraktionskollegen bekannt ist, was aber im Rahmen

---

23 Teilnehmer am Gespräch mit den Präsidenten der vier großen Wissenschaftsorganisationen am 6. Oktober, 17.30 Uhr, waren die Professoren Adolf Butenandt, Hans Leussink, Rudolf Sieverts, Julius Speer, Werner Heisenberg, Günter Bock, Bundesminister Stoltenberg, Staatssekretär Cartellieri, Staatsrat von Heppe, Ministerialdirektor Osterheld, Oberst Stomp, vgl. ACDP 01-554-001/2.

der Mitglieder des Bundesvorstands noch nicht bekannt ist. Wir sind alle der Auffassung, daß eine Wiederholung der letzten Sitzung der Bundestagsfraktion vom vergangenen Dienstag schlechterdings nicht mehr durchstehbar ist.<sup>24</sup> Ich sage das so, wie es ist, weil diese Dinge ungeheuer ernst genommen werden müssen.

Wir schneiden in den Plenardebatten des Bundestags seit geraumer Zeit bei den Auseinandersetzungen mit der SPD gut ab. Ich möchte sagen, daß wir einige der Debatten und Auseinandersetzungen mit der SPD – dank der hervorragenden Leistung sowohl der Reden des Fraktionsvorsitzenden wie auch des stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden<sup>25</sup> wie auch der Darstellung der Regierungsmitglieder, insbesondere bei der letzten Bundestagsdebatte des Bundesaußenministers Schröder<sup>26</sup> – praktisch gewonnen haben. Aber was ist das Fazit, meine Freunde? Die Schlagzeilen in der Presse des nächsten Tages sind gefüllt mit den außerhalb des Parlaments erfolgten Aussagen einiger führender Mitglieder der CDU. Das ist das Fazit, und das wirkt zersetzend in der Öffentlichkeit im Hinblick auf die Meinungsbildung. Ich meine damit nicht, daß die Äußerungen dieser Herren, dieser Freunde von uns, in sich zersetzend sind, aber die Wirkung in der Öffentlichkeit ist das. Ich hatte gestern Gelegenheit, in Berlin mit einigen anderen Kollegen eine Reihe von führenden Persönlichkeiten zu sprechen. Der Eindruck ist niederschmetternd. Ich brauche das in diesem Kreise nicht zu wiederholen. Wir sitzen schließlich alle irgendwo mit an der Quelle und spüren, was im Volk und in der meinungsmachenden Öffentlichkeit vor sich geht.

Meine Freunde, es gibt zwei Sachprobleme – ich komme noch auf die Personalseite –, die wir als Union zu bewältigen haben. Das eine ist soeben angesprochen worden: Der ganze Bereich der Wirtschafts-, Finanz-, Haushaltspolitik und Haushaltsgestaltung; das andere ist der außenpolitische Bereich, der neuerdings in den letzten Tagen insbesondere durch Franz Josef Strauß und Eugen Gerstenmaier in den Vordergrund gerückt worden ist<sup>27</sup>, und zwar meiner Meinung nach unter falschen Voraussetzungen.

Lassen Sie mich zu dem wirtschaftlichen, finanziellen und haushaltspolitischen Teil nur eines sagen. Ich glaube, meine Freunde, daß wir, die CDU, die Kraft haben und in der Lage sind, diese Probleme zu lösen, wenn wir mutig genug sind, mit der Vergangenheit – d. h. all dem, was wir uns z. T. selber beschert haben – jetzt und innerhalb der

24 Die Sitzung am 4. Oktober 1966 dauerte von 15.05 Uhr bis 19.25 Uhr, vgl. CDU/CSU-FRAKTIONSPROTOKOLLE Nr. 353.

25 Stv. Fraktionsvorsitzende waren Eduard Adorno, Theodor Blank, Peter Wilhelm Brand, Aenne Brauksiepe, Franz Josef Strauß, Detlef Struve. – Hier ist wohl Strauß gemeint, der am 15. September zur Wirtschaftspolitik und zum Sofortprogramm der SPD zur Sanierung der kommunalen Finanzen (Sten.Ber. 5. WP 56. Sitzung S. 2770–2779) und am 21. September 1966 zur Bundeswehr um zum SPD-Antrag über die Vorgänge im Bundesverteidigungsministerium (Drs. V/914 vom 14. September 1966) Stellung nahm (Sten.Ber. 5. WP 57. Sitzung S. 2833–2847).

26 Am 23. September 1966 antwortete Gerhard Schröder auf die Große Anfrage der SPD-Fraktion „Betr. Vorschläge zur Rüstungsbegrenzung und Sicherung des Friedens“, vgl. Sten.Ber. 5. WP 59. Sitzung S. 2881–2923.

27 Hintergrund waren Interviews von Strauß und Gerstenmaier u. a. im „Rheinischen Merkur“ vom 30. September und 5. Oktober 1966, in denen beide Kritik an Erhard geäußert hatten.



nächsten Wochen und Monate aufzuräumen. Und wenn das noch so viele interne Auseinandersetzungen innerhalb der Fraktion und mit unseren Freunden in den Ländern bedeutet.

So, wie der Haushalt jetzt aufgestellt ist, mit seinen ganzen Spreng- und Explosionsmöglichkeiten, kann er nach meiner Auffassung von uns als Union nicht verkraftet werden; da würden wir unterliegen. Ich glaube und betone, daß die Möglichkeiten für eine Einigung und einen Durchbruch nach vorne vorliegen, wozu es allerdings notwendig ist, daß wir eine Menge über das hinaus tun, was von der Bundesregierung hinsichtlich gesetzmäßiger Maßnahmen vorgeschlagen ist. Es bedeutet, sich die Fragen ernsthaft zu überlegen. Sie dürfen nicht mehr von dem einen oder anderen Ressort gezielt vorgebracht werden. Es geht also darum, wie es mit den Erhöhungen bei der Mineralölsteuer, bei den Zigaretten und überhaupt beim Konsum aussieht. Meine Freunde, diese Dinge müssen intern diskutiert werden, bevor sie von irgend jemand dann herausgefeuert werden, womit ich nicht den Kollegen Seehofer meine<sup>28</sup>, (*Seehofer*: Es haben andere damit angefangen!) herausgefeuert in einem Sinne, der nur darauf abzielt, Sand ins Getriebe zu streuen, d. h., dieser Regierung aus den Reihen der eigenen Partei neue Schwierigkeiten zu bereiten. Das muß hier einmal mit aller Deutlichkeit gesagt werden.

Nun zu dem großen Bereich der Außenpolitik. Dabei bitte ich Verständnis dafür zu haben, wenn ich nicht, wie Eugen Gerstenmaier es gern haben würde, die Dinge systematisch und in aller Breite aufrolle. Ich möchte nur zwei Punkte herausstellen. Man spricht jetzt im Zusammenhang mit der Amerikareise von den Schwierigkeiten, die sich da ganz klar darbieten. Sie wissen, daß ich mit nach Washington kommen durfte, obwohl ich zu denjenigen gehört habe, die sogar noch vor Franz Josef Strauß gesagt haben: Herr Bundeskanzler, fahren Sie jetzt nicht, sondern warten Sie die Wahl ab.<sup>29</sup> Ich habe mich aber selbstverständlich – das ist für jeden von uns selbstverständlich – nicht nur zur Verfügung gestellt, sondern habe den Bundeskanzler und die Bundesregierung in all den schwierigen Fragen nach innen und außen unterstützt und bin ihnen nicht in die Parade gefahren, wie das der heute leider nicht anwesend sein könnende Franz Josef Strauß sowohl in der Fraktion wie auch in der öffentlichen Sitzung getan hat und wie er es sozusagen als Folge jeden Tag in die Öffentlichkeit hineinstreut.

Wir wissen alle, was für eine politische Potenz Franz Josef Strauß ist; darüber gibt es keinen Zweifel. Aber das, was er hier im Hinblick auf die Außenpolitik sagt und was Guttenberg<sup>30</sup> nicht nur souffliert, sondern dazusetzt, das ist, ich möchte sagen, für mich jedenfalls irgendwie schizopren. Es wird hier gesagt: mit Frankreich, mit de Gaulle eine gemeinsame Europapolitik, eine politische Union. Dabei wissen wir alle, daß de Gaulle zumindest eine politische Union jetzt nicht will. Er hat das sehr deutlich ge-

---

28 Vgl. FAZ vom 5. Oktober 1966 „Seehofer stoppt“.

29 In Bayern fanden am 20. November 1966 Landtagswahlen statt.

30 Karl Theodor Freiherr von und zu Guttenberg (1921–1972), Land- und Forstwirt; 1952–1957 Landrat in Stadtsteinach (CSU), 1957–1972 MdB, 1961–1972 Mitglied des CSU-Landesvorstands, 1967–1969 Parlamentarischer Staatssekretär im Bundeskanzleramt. Vgl. LEXIKON S. 260.

macht. Dann sagen sie: gemeinsam mit Frankreichs Ostpolitik. Wer lehnte denn die französische Ostpolitik am stärksten ab, wenn nicht Herr Strauß und Freiherr zu Guttenberg als der außenpolitische Sprecher der CSU in den ganzen letzten Jahren? Jetzt macht man uns und der Bundesregierung den Vorwurf, das Angebot der Franzosen, des französischen Staatspräsidenten im Hinblick auf eine gemeinsame Ostpolitik nicht aufgenommen zu haben.<sup>31</sup> (Erhard: Umgekehrt war es!) Ich kenne auch ein bißchen davon, aber ich will hier den Regierungsmitgliedern das nicht vorwegnehmen. Ich will nur sagen, ich kenne die Dinge, sowohl von deutscher, wie von französischer Seite aus. Ich bin vielleicht häufiger als Franz Josef Strauß in Paris und spreche auch mit französischen Politikern und weiß, wie die Dinge sich abspielen.

Ich erkläre rundheraus, so etwas muß man doch im Kreise des Parteipräsidiums, im Kreise des Kabinetts oder im Fraktionsvorstand erörtern, aber nicht in der Öffentlichkeit. Man darf sich nicht in der Öffentlichkeit hinstellen und so tun, als ob die Lösung darin läge, mit de Gaulles Handschlag eine Politik gemeinsam zu machen. Dann muß man auch die Ostpolitik des französischen Staatspräsidenten mitmachen.

Sie kennen meine Auffassung zur Ostpolitik, die durchaus nicht immer konform gegangen ist und vielleicht nicht konform geht mit weiten Kreisen unserer Fraktion oder unserer Partei. (Gerstenmaier: Die in der Zeitung zu lesen war!<sup>32</sup>) Entschuldigen Sie, Herr Bundestagspräsident – ich muß Sie offiziell anreden –, aber nicht im Zusammenhang – und das ist der Unterschied – mit einem schweren Angriff auf die eigene Bundesregierung. Das möchte ich hier ganz deutlich sagen.

Und dann der Vorschlag, Johnson und de Gaulle sollten sich in Paris treffen und dort im Handschlag die atlantische Partnerschaft bekräftigen!<sup>33</sup> Ich meine, weder de Gaulle noch Johnson brauchen den Ratschlag aus Deutschland, daß sie sich in Paris zusammenfinden sollten. Wenn sie das wollten, hätten sie sich woanders zusammengefunden und hätte de Gaulle die Rede in Phnom Penh nicht gehalten<sup>34</sup>, die das Verhältnis der französischen Regierung zur amerikanischen Regierung und des amerikanischen Volkes zur französischen Regierung effektiv auf den Nullpunkt gebracht hat. Was das bei so engen traditionellen Verbindungen wie zwischen den Amerikanern und den Franzosen bedeutet, das weiß man, und das muß einen ein bißchen erschrecken, insbesondere uns, die wir doch diejenigen sind, die als allererste und immer wieder darunter zu leiden haben, wenn Washington und Paris sich nicht vertragen bzw. sich in einem so beinahe irreparablen Gegensatz wie heute befinden. Jeder, der die Dinge genauestens kennt, weiß, was sich dahinter insgesamt an Problemen verbirgt.

31 Vgl. MARCOWITZ S. 186–196; OSTERHELD S. 102 f.; HILDEBRAND S. 179–182.

32 Vgl. „Stuttgarter Zeitung“ vom 9. November 1965 „Notfalls der Oder-Neiße-Grenze zustimmen“; das Interview mit dem Sender „Freies Europa“ zum „Oder-Neiße-Problem“, abgedruckt im „Hamburger Monatsblatt“ vom Dezember 1965; „Welt“ vom 20. April 1966 „Münchener Abkommen null und nichtig“.

33 Wer den Vorschlag gemacht hat, ist nicht zu ermitteln.

34 De Gaulle reiste vom 25. August bis 12. September 1966 nach Französisch-Somaliland, Äthiopien, Kambodscha, Französisch-Ozeanien und Guadeloupe. Am 1. September hielt er im Stadion von Phnom Penh eine Rede. Vgl. AdG 1966 S. 12699–12704; VAÏSSE S. 532 f.

Ich muß hier ganz deutlich einmal fordern, daß dieser Bundesparteivorstand der CDU die Kraft nicht nur in sich verspürt, sondern sich die Kraft und den Mut auch nimmt, mit den Freunden der CSU gemeinsam diese Dinge ganz offen und endgültig im internen Kreise auszudiskutieren. Wir vertragen es nicht mehr, wir zerbrechen daran, daß das in der Öffentlichkeit geschieht, sei es durch Fernsehinterviews, sei es durch Zeitungsartikel. Sie brauchen nur einmal die Journalisten in Bonn zu hören oder auch das Fernsehen anzuschauen oder zu lesen, was in den Zeitungen steht. Da heißt es schon: Die Außenpolitik Schröders ist vorbei; es sei nur eine Frage der Zeit, wann eine Wende eintrete. Man fragt: Wie lange wird er noch Außenminister sein? Der Verteidigungsminister Hassel ist sowieso angeschossen; er hält sich nur noch eine kurze Zeit. So reden die Auguren nicht nur in Bonn, sondern überall. Warum? Weil die Munition aus den Reihen der eigenen führenden Leute geliefert wird.

Hier in diesem Bundesparteivorstand sitzen sowohl die führenden Persönlichkeiten unserer Partei wie auch diejenigen, die sozusagen in der zweiten oder in der dritten Linie als etwas gehobenes Fußvolk arbeiten. (*Heiterkeit.* – *Kohl*: Ein völlig neues Blumenfeld-Gefühl! – *Barzel*: Vom Wähler her gesehen sitzen wir alle auf Schleudersitzen!) Hier unter uns wollen wir uns im klaren sein, daß es eine Elite gibt oder jedenfalls eine solche, die als solche angestrahlt wird und berechtigterweise vielleicht auch einen Führungsanspruch erheben kann. Ich unterstreiche, daß eine Reihe der hier Vertretenen einen solchen Führungsanspruch anmelden. Dann, meine Freunde, darf es aber von diesen führenden Persönlichkeiten auch keine doppelte Moral geben. Wenn man die Führung beansprucht, dann darf man sich nicht gleichzeitig versagen, im internen Kreise die Dinge zu besprechen und draußen verkünden, was man will. Sonst kann man nicht erwarten, daß das Parteivolk – seien es die Landesvorsitzenden, seien es die einfachen Mitglieder, seien es die Kollegen aus der Fraktion – dieser Führung folgen. Das möchte ich einmal ganz deutlich sagen.

Deshalb erhebt sich die Frage – Herr Bundespartei vorsitzender, wir sagen das ganz offen –, ob dieses Parteipräsidium, in das wir neu gewählt worden sind<sup>35</sup>, sich endlich im Laufe der nächsten Wochen zu einer Arbeitsfähigkeit zusammenfinden kann oder nicht, nicht im Sinne der Organisation, sondern im Sinne des gemeinsamen politischen Wollens, um mit dem Parteivorsitzenden und Bundeskanzler zusammen die Dinge durchzustehen. Das ist eine Frage, die in diesem Bundesvorstand auch einmal offen gestellt werden muß. (*Beifall.*)

*Erhard*: Ich kann hier nur antworten, das Parteipräsidium hat noch nie so häufig getagt wie nach der Übernahme der Kanzlerschaft durch meine Person. Es hat sich sicher mehr mit den Materien befaßt, als das bisher jemals der Fall gewesen ist. Daß wir auch

---

35 Auf dem 14. Bundesparteitag wurden gewählt: Erhard zum Parteivorsitzenden, Barzel zum Ersten Stellvertretenden Vorsitzenden, von Hassel und Lücke als weitere Stellvertreter. Zur Unterstützung wurde – so die Ausführung von Dufhues – ein Präsidium als „Arbeits- und Führungsteam“ eingesetzt. Ins Präsidium gewählt wurden: Dufhues, Brauksiepe, Gerstenmaier, Amrehn, Schröder und Blank. Vgl. CDU, 14. BUNDESPARTEITAG S. 193–220. – Blumenfeld war nie Präsidiumsmitglied.

nicht alle Probleme gelöst haben, ist klar. Aber daß wir Anstrengungen mit allen Mitteln unternommen haben, kann ich durchaus feststellen.

*Adorno:* Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Ich möchte etwas zu dem Beteiligungsverhältnis sagen. Sie haben vorhin einige Bemerkungen vorausgeschickt. Kollege Blumenfeld hat die Einheit zwischen der CDU und der CSU beschworen, sicher mit Recht. Aber es mutet einen fast gespenstig an, wenn man weiß, daß zur gleichen Stunde der Landesvorstand der CSU in München tagt, und zwar anläßlich eines Parteitags unmittelbar vor den bayerischen Landtagswahlen.<sup>36</sup> Wir müssen also befürchten, daß dieser Landesvorstand der CSU zu anderen Ergebnissen kommt in wichtigen Fragen als der Bundesvorstand der CDU. Und das mutet fast gespenstig an. (*Barzel:* Sehr richtig!)

Nun zum Beteiligungsverhältnis! Mein Freund Scheufelen hat mit Recht darauf hingewiesen, daß der Haushalt, wie er von der Bundesregierung eingebracht worden ist, aus den verschiedensten Gründen nicht solide sei. Ich will mich nur auf das Beteiligungsverhältnis beschränken. Herr Bundeskanzler, es ist seit einem Jahr bekannt, daß zum 1. Januar 1967 die Frage des Beteiligungsverhältnisses geregelt sein muß. Das war auch dem Bundesfinanzminister bekannt. Spätestens seit März, als der Antrag aus der Partei an den Vorstand, an den Vorsitzenden gestellt worden ist, ein parteiinternes Gremium zu bilden, das sich bemühen sollte, einen Kompromiß zu erarbeiten, war bekannt, daß das Ergebnis der Arbeit dieses Gremiums abgewartet werden müsse, ehe man einen Haushalt, der auf 39% basiert, einbringt. Leider ist die erste Sitzung bei dem uns bekannten Immobilismus erst im Juni möglich gewesen.<sup>37</sup> Von da an war doch sichtbar, daß die CDU als Partei sich bemüht, wenigstens zwischen der CDU im Bund und der CDU in den Ländern zu einem tragbaren Weg zu kommen.

Dieses Gremium hat an Sie, Herr Parteivorsitzender, auch die Bitte gerichtet, in einer Sitzung mit den CDU-Ministerpräsidenten diese Frage anzusprechen. Es hat sich auf einen Kompromiß geeinigt. Sie haben die Herren Ministerpräsidenten zu sich gebeten.<sup>38</sup> Sicher war bei dieser Sitzung mit den Ministerpräsidenten eine Einigung noch nicht erzielt worden. Ich glaube, sagen zu dürfen, daß wir einer Einigung sehr nahegekommen sind. Einige Ministerpräsidenten – wie der bayerische Ministerpräsident und der Ministerpräsident aus Schleswig-Holstein – haben zu erkennen gegeben, daß sie bei 37% eine Lösungsmöglichkeit sehen. Sie haben darüber hinaus erklärt, sie würden dafür eintreten, daß die Länderhaushalte mit ihren konjunkturwirksamen Ausgaben für 1967 nicht über 5% hinausgehen sollen.

---

36 Vgl. HILDEBRAND S. 219.

37 Die Bund-Länder-Kommission zur Beratung des Bundesanteils an der Einkommen- und Körperschaftssteuer sowie der Finanzverfassungsreform wurde in der Sitzung der Fraktionsvorsitzenden vom 2.–4. März 1966 in Saarbrücken beschlossen. Die konstituierende Sitzung fand am 21. Juni 1966 in Bonn statt. Vorsitzender war Bundeskanzler Erhard, im Fall seiner Verhinderung Eduard Adorno (Akten in ACDP 07–001 Bundesgeschäftsführer unverzeichnet).

38 Am 21. September 1966, vgl. ACDP 01–554–001/2.

Nun geht Herr Dahlgrün her und gibt, bevor sich das Kabinett endgültig einig geworden ist, seinen Standpunkt bekannt, daß dieser Haushalt selbstverständlich auf der Basis von 39% eingebracht werde. Wir erleben nun ein Trauerspiel. Wir brauchen nur heute die Zeitung aufzuschlagen. Derselbe Bundesfinanzminister, aus dessen Haus die Gesetzesvorlage zur Änderung des Sparförderungsgesetzes stammt und eingebracht worden ist, enthält sich in der Kabinettsitzung<sup>39</sup> aus Parteidisziplin der Stimme. (*Zuruf*: Dann soll er seinen Hut nehmen!) So können wir doch nicht weitermachen. Wir nehmen ständig in allen wichtigen Fragen auf diesen Koalitionspartner Rücksicht. Dann liest man am nächsten Tag in der Zeitung: „Weyer: Die FDP bleibt nicht im lecken Boot.“<sup>40</sup>

Der Herr Bundesfinanzminister hat Ihnen, Herr Bundeskanzler, just an dem Tage einen Brief geschrieben, wo Sie die Ministerpräsidenten der CDU/CSU zu diesem Gespräch bezüglich einer Einigung in der Beteiligungsfrage eingeladen haben. Er hat Ihnen in diesem Brief sehr massiv seinen Standpunkt dargetan.<sup>41</sup> Das hat sicher dazu beigetragen, daß wir in der Frage des Beteiligungsverhältnisses noch keinen Schritt weitergekommen sind und vor der Tatsache stehen, daß diese Frage todsicher im Vermittlungsausschuß landen wird. Wo soll sie noch landen, wenn nicht im Vermittlungsausschuß? Damit ist dann wieder eine für unsere Partei schädigende Auseinandersetzung in der Öffentlichkeit zwischen der CDU im Bund und der CDU im Land verbunden.

Deshalb mein Vorschlag, Herr Bundeskanzler, daß dieses Gremium, das oberste Parteigremium, heute einen Beschluß in dieser Frage faßt, der dann auch für die CDU im Bund und in den Ländern bindend ist. Wir können auf die Dauer nicht so fortfahren, daß die CDU in den Ländern einfach sagt: Was kümmert es mich, wenn der Bundesparteivorstand einen Beschluß faßt; ich habe nur die Aufgaben meines Landes zu sehen. Das gilt auch für die Bundesregierung – insbesondere für die CDU-Minister in der Bundesregierung – in ihrem Verhältnis zum Koalitionspartner, zur FDP. Ich darf deshalb noch einmal meinen Antrag wiederholen, daß dieses Gremium sich heute mit der Frage so ernsthaft befaßt, daß nicht nur diskutiert wird und daß am Schluß nicht alles offenbleibt, sondern daß ein Beschluß gefaßt wird. Ich darf hinzufügen: Auch die Konferenz der Vorsitzenden der CDU/CSU-Landtagsfraktionen hat in Hannover vor zehn Tagen zu erkennen gegeben, daß man bereit ist, auf einen berechtigten Kompromiß ein-

---

39 Kabinettsitzung am 5. Oktober 1966, vgl. FAZ vom 8. Oktober 1966 „Spaltung“; „Frankfurter Rundschau“ vom 10. Oktober 1966 „Ein Mann mit Eigenschaften“.

40 Vgl. „Bonner Rundschau“ vom 7. Oktober 1966 „Weyer: Die FDP bleibt nicht in leckem Boot“; „Westdeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 7. Oktober 1966 „Weyer: CDU muß ihren Streit beenden“.

41 Das Treffen fand am 21. September 1966 statt. Teilnehmer waren Lemke, Röder, Goppel, Meyers; Kiesinger und Altmeier sagten ab. Ferner nahmen teil: Langeheine, Niederal, Adorno, Brand und Pohle (für Strauß und Barzel), vgl. ACDP 01-554-001/2. – Veröffentlichung des Schreibens an den Bundeskanzler vom 15. Juli 1965 in „Welt“ vom 8. November 1966 „Dahlgrün: Ich habe rechtzeitig gewarnt“. Vgl. auch „Spiegel“ vom 21. November 1966 „Jeder hat's gewußt“. Dahlgrün hatte verschiedentlich Vorwürfe gegen die mittelfristige Haushaltsvorausschau der Länder erhoben (dpa vom 20. Juli 1966). Vgl. auch Anm. 86.

zugehen.<sup>42</sup> Es sollte also ein Beschluß gefaßt werden, der für die CDU in Bund und Ländern bindend ist.

*Grundmann:* Es wurde hier das Interview angesprochen, das Herr Weyer gegeben hat. Herr Weyer hat in Kleve vor einem großen Kreis von Journalisten dieses Interview gegeben und eine Form gewählt, die uns aufmerksam machen sollte. Er hat in einem sehr langen Gespräch eine Fülle von Fragen angesprochen und ist dabei auch dann auf die Koalition in Bonn und in Düsseldorf eingegangen. Wenn Herr Weyer dabei eine solche Erklärung abgegeben hat, dann bin ich sicher, daß er dabei absolut mit seiner Bundespartei koordiniert war. Er hat ständigen Kontakt mit Mende. Was er also bezüglich Nordrhein-Westfalens erklärt hat, hat er in Übereinstimmung mit Politikern auf der Bundesebene gesagt.

Er hat eine zweite Formulierung gebraucht, die nicht neu ist. Er hat gesagt, er sei der Meinung, daß die Hebelwirkung der beiden Koalitionen in Bonn und Düsseldorf nach wie vor bestünde und daß er keinen Zweifel darüber lasse, daß das, was dort geschehe, auch anderswo seine Wirkung habe. Das ist ein geschichtliches Verfahren, das schon einmal angewendet worden ist. Sie entsinnen sich der Vorgänge im Jahre 1956.<sup>43</sup>

Er hat keineswegs nur die Frage der inneren Schwierigkeiten bei uns angesprochen, sondern er hat auch politische Fragen angesprochen. Er hat z. B. erklärt, er sei der Meinung, daß die Person Mendes in Fragen seines gesamtdeutschen Auftrages unterbewertet sei und im Rahmen der Bundesregierung nicht die Funktion habe, die ihm normalerweise zukomme. Ich sage dazu folgendes, Herr Meyers und Herr Mikat können das bestätigen: Er treibt im übrigen auch in der Koalition zur Zeit einen Stil, der neu und sehr hart ist und der immer im Hintergrund Alternativen für seine Position im Rahmen dieser sehr knappen Koalitionsregierung offenläßt.

Ich meine, das Präsidium sollte es nicht bei dieser Erklärung belassen, sondern sollte die Forderung erheben, daß die Freien Demokraten sich jetzt auf der Parteiebene zu einem Gespräch stellen und daß Auskunft über den Anlaß des Auftretens von Herrn Weyer in Kleve und seine Erklärungen zur Frage der Koalition in Bonn und in Düsseldorf gegeben wird.

Vor einem möchte ich warnen: zu unterschätzen, daß Herr Weyer diese Dinge gesagt hat. Er hat unbestreitbar im Augenblick aufgrund einer wachsenden Position im vorparlamentarischen Raum – Sport, im Bereich der Polizei und in anderen Gruppierungen – eine Stellung in der FDP, die ihn alles erreichen lassen kann, wenn er will. Der Tatbestand, daß er nicht will, zeigt, daß er eine Angelstellung hat. Die Grenze in der Koalition setzt er immer sehr scharf. Er macht immer einen scharfen Unterschied zwischen seinen Erklärungen als Koalitionsmitglied und als Vorsitzender der nordrhein-westfälischen FDP und als stellvertretender Bundesvorsitzender. Ich jedenfalls bin aus den Erfahrungen des Jahres 1956 gewitzt. Damals hat man die Warnungen überhört und die

---

42 Protokoll der Fraktionsvorsitzendenkonferenz vom 21.–23. September 1966 in Hannover, vgl. ACDP 07 Bundesgeschäftsführer unverzeichnet.

43 Sturz des nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Arnold am 26. Februar 1956 durch eine Koalition aus SPD, FDP und Zentrum.

Konsequenzen eines solchen taktierenden Verhaltens nicht richtig eingeschätzt. Darum bin ich der Meinung, daß das Präsidium ein offizielles Gespräch auf der Parteebene mit der FDP zur Klärung solcher und anderer Fragen führen sollte.

*Scheufelen:* Ich habe nur noch eine Frage zum Haushalt 1967. Darf ich Ihrer Antwort entnehmen, daß der Haushalt 1967 auf dem Ist und nicht auf dem Soll des Haushalts 1966 basiert? Ist und Soll des Haushalts 1966 sind ja unterschiedlich. Ich wiederhole also meine Frage: Der Haushalt 1967 basiert auf dem Ist und nicht auf dem Soll des Haushalts 1966? (*Erhard:* Ja!)

*Dichtel:* Herr Bundeskanzler! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich weiß nicht, ob vorgesehen ist, heute auch einen kurzen Bericht über die Sitzung der Landesvorsitzenden zu geben, die in der letzten Woche zusammengetreten sind.<sup>44</sup> Es ist mir nicht bekannt, ob jeder von uns den „Spiegel“ liest, wo man einiges über die Sitzung nachlesen kann. Es stimmt zwar nicht alles, was dort geschrieben wird, aber ich frage mich doch, wo man eigentlich diese Informationen her hat.

So nachdenklich wie von dieser Sitzung bin ich noch nicht heimgegangen. Ich darf feststellen – es wird kaum Widerspruch geben –, daß in der Sitzung der Landesvorsitzenden darüber Einigkeit bestand, daß die CDU sich in einer sehr ernststen Vertrauenskrise, in einer sehr ernststen Lage befindet. Ich möchte persönlich hinzufügen, wir haben zur Zeit in der CDU einen Tiefstand, wie wir ihn noch nicht erlebt haben. Wenn es überhaupt noch gelingen soll, bis zu entscheidenden Wahlen diesen Tiefstand wieder zu überwinden, dann wird es des Zusammenstehens aller Beteiligten und des Zurückstellens aller persönlichen Dinge bedürfen. Sonst sehe ich für die CDU schwarz. Ich habe ganz große Sorgen für die Gebiete, die in der nächsten Zeit unter den gegenwärtigen Verhältnissen zur Wahl antreten müssen. Mehr möchte ich zu der allgemeinen politischen Lage nicht sagen.

Das, was ich zur Frage des Etats und des Anteils von Bund und Ländern sagen wollte, hat Kollege Adorno schon angesprochen. Ich unterstreiche und billige seine Ausführungen und möchte sie jetzt nicht wiederholen. Ich möchte nur auf eine Wechselwirkung hinweisen. Bei der Bevölkerung übersieht man, daß hier im Bund ein Partner – die FDP – dabei ist. Man sieht bei dem Gebaren des Bundes immer nur die CDU. Bei dem Gebaren der Länder übersieht man, daß es eine ganze Anzahl Ministerpräsidenten der SPD gibt. Man sieht immer nur die CDU. Die Wechselwirkung, die in der Öffentlichkeit entsteht, ist folgende: Nicht einmal die aus der gleichen Familie im Bund und im Land sind in der Lage, sich über entscheidende Fragen zu verständigen. Wenn wir

---

<sup>44</sup> Protokoll der Konferenz der CDU-Landesvorsitzenden vom 28. September 1966 nicht zu ermitteln. – Vgl. auch „Spiegel“ vom 3. Oktober 1966 „Aufstand geprobt“. In der Sitzung waren einige CDU-Politiker wegen ihrer Kritik an Ludwig Erhard heftig kritisiert worden, u. a. Gerstenmaier, der – so der „Spiegel“ – „notfalls bereit [sei], Bundeskanzler oder Außenminister zu werden“. Gerstenmaier verlangte aufgrund dieser Meldung mit Schreiben vom 3. Oktober 1966 eine Gegendarstellung auf der Grundlage der dpa-Meldung vom 28. September 1966 (ACDP 07-001-060/1).

im Lande als bescheidene Vertreter gegen diese Dinge auftreten, dann heißt es: Laßt uns in Ruhe, die entscheidende Regierung liegt im Bund bei der CDU.

Ich möchte hier ganz offen sagen, ich bedauere, daß der Etat mit dieser Zwiespältigkeit vorgelegt worden ist. Ich möchte das nicht so leichtnehmen. Ich möchte darum bitten, daß bei der Etatgestaltung endlich objektive Sachlichkeit waltet. Sie ist bei der Etatgestaltung für 1967 nicht gegeben. Ich begrüße das, was Herr Adorno gesagt hat.

Wir in diesem Kreise, die wir nun schon einige Jahre dem Vorstand angehören, haben selten – das will ich doch einmal sagen – zur politischen Willensbildung beigetragen. Wir sind in den ganzen Jahren sehr, sehr wenig Vorstand gewesen. Es wäre gut, wenn wir jetzt auch etwas zu politischer Bedeutung kämen. Ob das, was Herr Adorno vorgelegt hat, ein Antrag sein soll, über den Beschluß gefaßt wird, ob es eine Empfehlung oder eine Bitte sein soll, lasse ich offen. Ich bin sowohl dem Bund wie dem Land verhaftet und hoffe, daß wir hier zu einer vernünftigen Lösung kommen und daß wir in der nächsten Zeit keine Auseinandersetzungen mehr zwischen den CDU-Fürsten des Bundes und der Länder erleben.

Ich habe mit Interesse in der Presse gelesen, daß zuerst der Vorstand und dann die Fraktion des Bundestags<sup>45</sup> sich mit der inneren Führungskrise und mit den Schwierigkeiten beschäftigt haben, die uns zur Zeit bewegen und die geeignet sind, die CDU zu zerstören. Wir haben vorhin von Herrn Blumenfeld gehört, daß wir solche Sitzungen nicht oft erleben können. Wenn sie aber bereinigend wirken, dann sind sie wenigstens nützlich. Bitte, gestatten Sie dem Laien, der das von der Ferne gesehen hat, zu sagen, sie haben mindestens bei uns zu einer Klärung geführt: Wir stellen uns hinter die Regierung Erhard, wir wollen jetzt endlich mit diesen Auseinandersetzungen, seien es persönliche Auseinandersetzungen, seien es Interviews, aufhören.

Wer heute morgen die Zeitung gelesen hat, weiß, daß die Öffentlichkeit an diese Sitzung des Bundesvorstands ganz bestimmte Erwartungen knüpft. Wir werden heute an diesen Fragen nicht vorbeikommen. Ich möchte sagen, Herr Kollege Barzel, ich bin froh und glücklich darüber gewesen, daß wir, wenn auch nach hartem Kampf – das mag man ruhig tun – doch eine Klärung mit einer großen überwältigenden Mehrheit bekommen haben. Der Bundesvorstand sollte sich diesem Beschluß und dieser Auffassung der Fraktion des Bundestags in einer Erklärung anschließen, damit jetzt diese Dinge endgültig aufhören. Dann sollte sich aber auch jeder hinsichtlich Zeitungserklärungen, die in der Regel später doch wieder verbessert werden müssen, weise Beschränkung auferlegen. Wenn wir das tun, dann kommen wir endlich einmal aus diesem Gerede raus und können anfangen, wieder Grund zu fassen.

Eine Meinung möchte ich aus einem ganz bestimmten Grunde hier aber noch vortragen. Ich habe mich mit dem Ministerpräsidenten Röder das letzte Mal etwas – im guten Sinne – über die Frage gestritten, ob man mit Appellen an die Einigkeit etwas erreicht. Wenn ich recht gehört habe, wurde hier auch die Formulierung gebraucht, mit Appellen

---

45 Vgl. Fraktionssitzung vom 4. Oktober 1966 (CDU/CSU-FRAKTIONSPROTOKOLLE S. 1997–2043).



allein schaffe man das nicht. Der Herr Ministerpräsident hat darauf hingewiesen, bei all diesen Dingen würden nicht nur Personalfragen, sondern weitestgehend sachliche Probleme eine Rolle spielen. Aber, Herr Bundeskanzler, sachliche Probleme und sachliche Meinungsverschiedenheiten zwischen Ländern und Bund, zwischen Gemeinden und Ländern wird es so lange geben, wie es Menschen gibt. Aber diese sachlichen Fragen dürfen nicht die Existenz und die Grundlage überwuchern. Das ist leider bei uns geschehen, und das ist unmöglich.

Ich habe morgen abend wieder die Ehre, bei einer 20-Jahrfeier der CDU als Festredner aufzutreten.<sup>46</sup> Ich werde den Herren etwas darüber erzählen, wie es vor 20 Jahren gewesen ist, wo wir einmal angefangen haben. Damals sind die Türen hier in diesem Saal von der SPD als Luxus angeprangert worden. Ich meine, man sollte sich wieder etwas auf den Ursprung besinnen, auf dem wir angetreten sind. Vielleicht stellt man dann auch das eine oder andere etwas zurück, um der Allgemeinheit zu dienen. Vielleicht helfen wir uns gegenseitig, statt festzustellen, es ist genauso gekommen, wie ich es vorhergesehen habe. Wenn wir uns in dieser Form finden, dann schaffen wir es. Wenn nicht, dann werden wahrscheinlich über die Frage, wer künftig was wird, andere Leute entscheiden. (*Beifall.*)

*Mikat:* Ich möchte nur eine kurze Anregung zur Geschäftsordnung geben. In den einzelnen Diskussionsreden wurden bisher eine Reihe von Problemkreisen angesprochen. Vielleicht ist es gut, wenn wir die einzelnen Themen systematisch nacheinander diskutieren. Sonst ist nämlich eine echte Diskussion außerordentlich schwierig, so wertvoll die Beiträge im einzelnen auch sein mögen. (*Zustimmung.*)

*Erhard:* Ich will das gern aufgreifen und würde sagen: Wir haben parteiinterne Fragen, wir haben Fragen der Innenpolitik und Fragen der Außenpolitik, die ich mit denen der Verteidigung verbinden möchte. Vielleicht können wir so diskutieren.

*Gerstenmaier:* Herr Vorsitzender, ich bin nicht ganz sicher, ob wir und wie wir jetzt trennen sollen. Ich bin auch bereit, Herr Konprofessor, nach Kapiteln zu diskutieren. Aber jetzt befinden wir uns in einer Art allgemeiner Aussprache. Ich finde, das tut uns ganz gut, auch wenn das Bild nicht notwendigerweise so zu sein braucht, wie es am letzten Dienstag in der Fraktion war.<sup>47</sup> Das hat auch mir eigentlich nicht so richtig gefallen, nicht deshalb, weil einige Leute ihre sämtlichen Pfeile auf mich abgeschossen haben. Zu diesem Punkt könnte ich nun Ludwig Uhland zitieren: „Er ließ sich den Schild mit Pfeilen spicken und tat nur spöttisch um sich blicken.“<sup>48</sup>

---

46 Veranstaltung nicht zu ermitteln. – Der Gründungsparteitag der BCSV fand am 24. Februar 1946 in Freiburg statt; inoffiziell war die Partei am 12. Dezember 1945 gegründet worden. Der letzte KV, Rastatt, wurde erst im Juli 1946 gegründet (vgl. Paul WEINACHT/Tilman MAYER: Ursprung und Entfaltung christlicher Demokratie in Südbaden. Eine Chronik 1945–1981. Sigmaringen 1982 S. 316–331).

47 Vgl. Anm. 27. In der Fraktionssitzung am 4. Oktober kam es u. a. zu einer Diskussion über die Interviews von Strauß und Gerstenmaier, vgl. den Redebeitrag von Gerstenmaier in CDU/CSU-FRAKTIONSprotokolle S. 1998–2004, 2018 f.

48 Zeile aus dem Gedicht „Der wackere Schwabe“ von Ludwig Uhland (1787–1862).

Das gilt vor allem hinsichtlich der munteren Anträge, die ich diesem Gremium unserer Partei nicht vorenthalten möchte, der Anträge, die ich eigentlich als Zumutung an den Geist der Partei – nicht gegen mich – empfinde, nämlich mit disziplinarer [sic!] Mitteln, sei es der Fraktion, sei es der Partei, dagegen vorzugehen, wenn ein Mann von dem Recht Gebrauch macht, das ihm in der Verfassung zugestanden ist. Diese Partei ist eine Verfassungspartei und zieht an der Verfassung, ihren Rechten nichts ab. Wenn solche Komplexe hochkommen, die mich nur an die Treueschwüre vergangener Jahre erinnern, dann mag man sich sagen lassen, daß das überhaupt keinen Eindruck macht. Es muß in dieser Partei völlig klar sein, wessen Geistes Kind wir sind. Dafür stehe ich jedenfalls. Wenn ein Zweifel an etwas besteht, was ich bisher für eine moralische Selbstverständlichkeit gehalten habe – daß die Loyalität gegenüber dem Land der Loyalität gegenüber der Person vorgeht –, so bin ich gern bereit, darüber zu diskutieren. Meinen Standpunkt in dieser Sache habe ich dargetan, und dazu stehe ich.

Aber nun wollte ich folgendes sagen. Ich kann mich nicht dazu bekennen, daß das Elend, in dem wir uns befinden, durch einige Interviews hervorgerufen ist. Wir standen im Jahre 1965, also vor einem guten Jahr, etwa bei 50%. Wir standen am 15. September meines Wissens bei 28%.<sup>49</sup> Es gibt einige andere Zahlen: Ende September 25%. (Zuruf: 38%!) Jedenfalls pendelt es binnen einiger Wochen um 10% hin und her. Wir haben im Laufe dieses Jahres in der Öffentlichkeit, in der Stimmung einen rapiden Abfall gehabt. Ich kann mich nicht dazu bekennen, daß der wesentliche Grund dessen einige Interviews seien, jedenfalls nicht das Interview, das am 30. September im „Rheinischen Merkur“ stand.<sup>50</sup> Das macht mir niemand vor.

Aber ich glaube, daß es sich lohnt, etwas den Gründen nachzugehen. Da bin ich allerdings auch nicht der Meinung, auf die ich vielfach in diesen Wochen und Monaten innerhalb unserer Partei gestoßen bin und die ganz breit auch außerhalb der Partei vertreten wird, nämlich daß die Gründe in der Person an der Spitze liegen. Das glaube ich nicht. Diese Personenfrage spielt eine große Rolle; verzeihen Sie, Herr Bundeskanzler. (Erhard: Bitte, bitte!) Man kann nicht daran vorbeigehen. Sie spielt zweifellos eine Rolle; möglicherweise eine bedeutende Rolle. Ich kann aber, nachdem ich mir jetzt wieder acht oder zehn Tage Mühe gegeben habe, möglichst genau nachzudenken und mir dabei nichts zu schenken, mich nicht dazu bekennen, daß das, was ich anfangs angeführt habe, richtig ist.

Ich glaube, daß wir uns jetzt einfach in einem Rückstoß der Entwicklung befinden. Es ist nicht so, als ob das begründet wäre – womit die Sozialdemokraten im nordrhein-westfälischen Wahlkampf angetreten sind – durch eine Art Mobilisierung der Urangst, der Existenzangst. Ich glaube nicht, daß das begründet ist. Aber es gibt natürlich Symptome. Das Licht über unserer Wirtschaftslandschaft hat sich etwas gewandelt, und die Leute bekommen Angst. Einem Volk, daß das hinter sich hat, was wir in unserer Gene-

---

49 EMNID ermittelte im September 1966 auf die Frage, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, für die SPD 39%, für die CDU/CSU 30% (ACDP Meinungsumfrage-Archiv).

50 Vgl. „Rheinischer Merkur“ vom 30. September 1966 „Eugen Gerstenmaier hält sich als Kanzler bereit“.

ration hinter uns haben, kann man es noch nicht einmal übelnehmen, daß es Angst bekommt, wenn sich auch nur das Licht verändert.

Es gibt einige andere Gründe. Das Licht verändert sich nicht nur in unserer Wirtschaftslandschaft; es hat sich auch in der internationalen Landschaft verändert. Das Licht, in dem unser Sicherheitsbündnis und die großen Organisationen geboren wurden, hat sich auch verändert. Ich rede noch nicht einmal davon, daß die Strukturen sich möglicherweise ändern. Ich sage nur, auch hier gibt es Schatten. Darauf reagiert ein an seiner Sicherheit existentiell interessiertes Volk außerordentlich lebendig, um nicht zu sagen, nervös. Wir haben es mit einer Nervosität zu tun, die ihren schließlichen Grund auch darin hat – und damit komme ich zum Praktischen –, daß wir, um es kurz zu sagen, in den guten Jahren, in den sieben fetten Jahren, einfach über unsere Verhältnisse gelebt haben. Wir haben das oder das getan, was ganz schön war. Wenn man aber nun zusammenrechnet und fragt, wie man mit dem, was sich finanziell und materiell ergibt, in die Zukunft kommt, dann stellt man fest, daß man sich den Tornister ganz schön voll geladen hat. Wenn es dann warm oder sogar heiß wird, dann wird es doch recht mühsam zu marschieren. In dieser Lage befinden wir uns. Das halte ich für den Hauptgrund, und das hat sich in diesem Jahr mehr dem Gefühl mitgeteilt, und es ist nicht so sehr rational nachweisbar. Daraus kommt ein ungutes Gefühl.

Nun denkt man: Der Bundeskanzler an der Spitze ist der große Zauberer, der macht den Tornister ruckzuck ganz schnell wieder leer. So ist es natürlich nicht. Deshalb kann ich nur das sagen, was ich auch im Fernsehen gesagt habe:<sup>51</sup> Auch ein funkelnelgeuer Bundeskanzler würde sich haargenau vor den gleichen Schwierigkeiten sehen. Auch ein funkelnelgeuer Bundeskanzler hätte kein Geheimrezept, mit dem er diese Lage so schnell ändern könnte, ohne jemand weh zu tun.

Ich will gar nicht darüber reden, was in der Außenpolitik fällig ist, obwohl das eigentlich das war, was mich mehr interessiert hat. Ich will nicht darüber reden, weil ich nicht glaube, daß die unmittelbare Existenzprobe, vor die die Bundesregierung unter Führung Ludwig Erhards gestellt ist, einstweilen in der Außen- und in der Sicherheitspolitik vor sich geht. Das kommt. Aber die große Existenzprobe, vor der wir stehen, ist, ob aus diesem Stabilitätsgesetz und aus der strukturellen Bewältigung des Haushalts etwas wird. Bleiben wir da hängen, dann glaube ich nicht, daß es damit getan ist, daß Sie einen anderen Bundeskanzler wählen, um es kurz zu sagen. Ich hätte das gern am Dienstag vor der Fraktion gesagt. Aber die Stimmung war so, daß man darüber eigentlich gar nicht richtig reden konnte. Hier kann man das besser tun.

Nun muß ich aber doch noch etwas anderes sagen, weil Erik Blumenfeld etwas ausgeführt hat, was so nicht im Raume stehenbleiben kann. Erstens einmal, Erik Blumenfeld, ich habe niemand angegriffen und niemand kritisiert. Ich habe mir einige Bemerkungen erlaubt. Ich frage dieses illustre Gremium, was eigentlich die Leute in der vor-

---

<sup>51</sup> Gerstenmaier äußerte sich im „Bericht aus Bonn“, vgl. dpa vom 30. September 1966 „Gerstenmaier: Ich erhebe keinen Anspruch“; „Stuttgarter Zeitung“ vom 1. Oktober 1966 „Gerstenmaier wehrt sich gegen Mißdeutungen“; „Pforzheimer Kurier“ vom 1. Oktober 1966 „CDU-Präsidium kritisierte Gerstenmaiers Vorstoß“.

deren Linie tun sollen. Wissen Sie, was mich über all diesen Diskussionen der Partei beschäftigt: Ob es immer richtig ist, zu schweigen, fein still zu sein, oder ob und wie man es macht, daß man noch überzeugend bleibt, wenn man sich rein auf die Akklamation zu Kommunikués beschränkt, sei es aus Stockholm, aus Washington oder sonst.

Im allgemeinen rede ich nicht von mir aus, sondern nur wenn ich gefragt werde. Aber was sage ich, wenn ich gefragt werde? Was im „Bulletin“ zu lesen ist, und möglichst im gleichen Ton? Ist das alles? Glauben Sie, daß wir damit die Position bekunden, daß wir damit auf dem öffentlichen Feld wirksam werden und überzeugend bleiben bei einer überwiegenden Mehrzahl von Leuten, die kein Verhältnis zu Parteien haben, die jeder Parteiverlautbarung mit einem Soupçon gegenübertritt? Diesen Soupçon zu durchbrechen ist nur möglich, wenn Sie mit einer individuellen Überzeugungskraft operieren.

Aus dem, was ich in den Diskussionen in diesen acht Tagen erlebt habe, kann ich nur den Schluß ziehen: Verzichte auf jede individuelle Note; verzichte darauf, das auch nur anzudeuten, was du eigentlich meinst; verzichte darauf um des Friedens willen, den wir brauchen um der Einheit willen, die natürlich notwendig ist; verzichte darauf, um deines eigenen lieben Friedens willen, um deiner eigenen Bequemlichkeit willen.

Da ich das nicht kann, komme ich zu dem Ergebnis: So, wie die Sache jetzt steht, kann ich nur schweigen. Ich bin deshalb nicht imstande, lieber Herr Fricke, Ihrer drängenden Aufforderung zu folgen und hinter Herrn Brandt und Mende in Hameln anzutreten.<sup>52</sup> Ich habe alle Fernsehinterviews abgesagt. Ich werde im Fernsehen nicht mehr auftreten. Ich trete im hessischen Wahlkampf nicht auf, ich werde für den bayerischen Wahlkampf absagen. Ich kann das nicht. Ich kann nur das sagen – auch wenn ich in völliger Loyalität zu dieser Regierung stehe –, was ich mit einer überzeugenden eigenen Stimme sagen kann. Kann ich das nicht, dann glauben es mir die Leute sowieso nicht. Dann hat es keinen Wert. Dann ist es am besten, ich bleibe sitzen und schweige. Dazu bin ich bereit, obwohl es mir leid tut.

Aber, Herr Kollege Blumenfeld, ich muß einfach, weil Franz Josef Strauß jetzt nicht da ist, auch dieser Ehrenpflicht genügen: Ich kann Ihr „schizophren“ in diesem Raum nicht stehenlassen; ich muß das zurückweisen. Das, was Herr Strauß hier gesagt hat, habe ich vorher überhaupt nicht gekannt. Ich lese es jetzt wie Sie aus dieser Zeitung.<sup>53</sup> Ich sehe hier diese Zusammenfassung. Nach dem, was ich daraus sehen kann, kann ich nicht sagen, daß das das Prädikat „schizophren“ verdient. Da kann ich nur sagen: Es hat Raison, man kann darüber reden. Ich will mich gar nicht dazu äußern. Ich verstehe den Fraktionsvorsitzenden, der darüber natürlich kreuzunglücklich ist. (*Barzel*: Kann man wohl sagen!) Er hat am Dienstag mit Ach und Krach einen – wenn ich recht verstanden

<sup>52</sup> Gerstenmaier sollte auf Wunsch von Alexander Elbrächter MdB ebenfalls im Gemeindevahlkampf in Hameln auftreten, vgl. CDU/CSU-FRAKTIONSprotokolle S. 2019.

<sup>53</sup> Vgl. Anm. 27. Nach dem Bericht der „Bonner Rundschau“ vom 30. September 1966 („Keine Verschwörung gegen Erhard im Hunsrück“) hatten sich in einem Jagdhaus des Evangelischen Bildungswerks, das Gerstenmaier zur Verfügung stand, Bruno Heck, Josef Hermann Dufhues und Helmut Kohl getroffen.

habe, ich mußte leider weg – schwierig zustande zu bringenden Beschluß in der Fraktion durchgebracht. Und nun hat er wieder mit solchen Sachen zu tun. Aber, meine Damen und Herren, jetzt sind Sie doch so gut und ziehen Sie die Lehre: daß es sich nicht – jedenfalls nicht in erster Linie – um Personenfragen handelt. Es handelt sich um Sachfragen. Ich nehme hier eine Zweiteilung vor.

In der Haushaltsgeschichte gibt es nach meiner Überzeugung wahrscheinlich noch sehr große Meinungsverschiedenheiten. Das Schicksal dieser Bundesregierung ist nach meiner Überzeugung zunächst in unsere Hand gegeben. Es ist einfach nicht wahr, daß es sich dabei um persönliche Rivalitäten handelt. Es ist vielmehr die Frage, ob diese Regierung bei dieser Vorlage soviel Unterstützung findet, wie sie braucht, um nicht hängenzubleiben, oder ob es so geht, wie es bis jetzt gegangen ist: Drei Punkte werden öffentlich bekannt – nämlich das Kilometergeld, die Seeböhmsche Mineralölsteuer und die Einschränkung der Sparförderung –, und zu allen drei Punkten hört man nicht nur vom Koalitionspartner – von der Opposition sowieso –, sondern aus unseren eigenen Reihen nicht nur Stirngerunzel, sondern lebhaften Widerspruch. (*Zuruf:* Die machen von ihren Verfassungsrechten Gebrauch!) Hier wird zunächst die Existenzprobe für diese Regierung gemacht; alles andere kommt hinterdrein. Das zweite: Wir stehen seit einigen Jahren – das ist einfach nicht zu bestreiten – vor Grundfragen in der Konzeption und in der Orientierung unserer Außen- und Sicherheitspolitik. Die ergeben sich nicht aus persönlichen Rivalitäten – das ist einfach nicht wahr, das wird uns von einem Haufen Journalisten vorgeschwätzt –, sondern die liegen in der Sache. Sie liegen auch in der Veränderung der Weltpolitik.

Ich mochte übrigens Erik Blumenfeld in diesem Punkte eine kleine Konzession machen. Ich warne vor allzu großen Illusionen hinsichtlich der neuen Frankreich-Bemühungen. Ich habe mit großem Vergnügen gesehen, daß sich der Herr Bundeskanzler schon in diesen Tagen sehr, sehr darum bemüht hat. Ich habe mit Freude festgestellt, daß in der Fraktion hier eine klare Meinung war. Aber ich muß sagen, so sehr ich diesen Bemühungen heißen Erfolg, allen Erfolg wünsche, so sehr warne ich vor allzu großen Illusionen. Ich kann zu dem, was Herr Strauß hier gesagt hat, was ich nur in der Zusammenfassung kenne, nur sagen, ich könnte dem folgen. Ich warne aber davor zu glauben, daß das, wenn wir das konzipieren, auch schon politische Realität wäre. Ich sage, Herr Bundeskanzler, wir sollten es versuchen. Aber es geht nicht, daß man denjenigen, der eine solche Konzeption vorträgt und auch die Schwierigkeiten klar sieht, mit dem nicht sehr angemessenen Attribut „schizophren“ belegt. (*Russe:* Aber wo vorträgt!) Wo vorträgt? Wollen Sie etwa diese schwierigen Fragen nur an diesem Tisch hier austragen, oder wo? (*Russe:* Aber nicht in der Zeitung!) Wenn Sie in der Öffentlichkeit diese CDU mitvertreten, dann werden Sie auf eine ganze Reihe von Fragen angesprochen. Was tun Sie, Herr Russe? Sie äußern sich unablässig dazu. Wenn wir in unserem Arbeitsbereich angesprochen werden, dann müssen wir aufpassen, ob wir nicht einer Art Ketzergericht ausgeliefert werden. Neulich ist es ja formuliert worden, mit disziplinarischen [sic!] Maßnahmen solle man vorgehen. Was dem einen recht ist, ist dem anderen billig.

Aber wie gesagt, äußern Sie sich dazu, wenn Ihnen das nicht gefällt, daß ein Mann mit seiner Überzeugung das sagt, von dem er glaubt, daß es im Interesse der Partei und des Landes liegt. Wenn Sie meinen, daß er das nicht tun sollte, dann sagen Sie das. Dann bin ich gern bereit, loyal mich hinzusetzen und zu schweigen.

*Barzel:* Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe das Wort genommen, weil hier Herr Kollege Gerstenmaier eine Rede gehalten hat. Herr Kollege Gerstenmaier, fangen wir gleich bei dem Praktischen an und bei den Auswirkungen für unsere Partei. Ich würde es für falsch, ja unmöglich halten, wenn draußen bekannt würde, was Sie hier mitgeteilt haben, daß Sie an zwei Landtagswahlkämpfen nicht teilnehmen wollen. Ich würde es für unmöglich halten, wenn ein Mitglied des Parteipräsidiums in einer Situation, wo unsere Freunde draußen im härtesten Kampf stehen, sich nicht an der Hilfe für seine Freunde draußen beteiligen würde.

Meine Damen und Herren, nun zu den Dingen, die uns auch in dieser Woche wieder beschäftigt haben. Dadurch, daß wir dauernd derartige allgemeine Aussprachen haben, geht uns Zeit und Kraft für die anstehenden Sachfragen verloren. (*Beifall.*) Es zerrinnt uns unter den Händen – wie z. B. in den letzten 48 Stunden – der Beschluß, den wir in der letzten Sitzung hier gefaßt haben: nichts in Berlin ohne salvatorische Klausel. Dies nur als ein Beispiel. Wir sind mit uns beschäftigt, die anderen nutzen das aus, um ihre Vorhaben auszuführen. Deshalb muß das nun wirklich aufhören.

Hier sind besorgte Stimmen laut geworden. Ich glaube, daß Herr Dichtel und Herr Blumenfeld offen gesprochen haben. Ich bin über den Tisch gebeten worden – das möge zur Klarheit beitragen –, einiges über diese Debatte in der Bundestagsfraktion zu sagen. Ich stimme zu, wenn Herr Blumenfeld gesagt hat, daß so eine Sitzung wie die vom letzten Dienstag nicht mehr tragbar ist, und zwar für uns und für die Regierung und für alle, die hier Führung tragen. Es soll sich keiner irgendwie der Illusion hingeben, daß er sich ausnehmen könne. Es geht um alle zugleich, um alle Mitglieder des Präsidiums, um alle Mitglieder der Regierung, um alle Mitglieder der Fraktion. Wenn die nicht anfangen, solidarisch zu sein, dann verdienen sie, daß einer nach dem anderen nach Salami-Taktik verschwindet.

Nun diese Interviews, die ich nach wie vor für unglücklich halte; ich will sie nicht weiter qualifizieren. Wir haben uns, wie Sie aus der Presse entnehmen konnten, auf meine Einladung hin darüber ausgesprochen. Ich will darauf nicht noch einmal zurückkommen.

Ich möchte hier in aller Form sagen – ich hoffe, daß das alle hören, die es irgendwie angeht –, daß wir zu fünf drei Punkte hatten, mit denen wir vor die Fraktion und vor den Vorstand getreten sind. Diese drei Punkte in der Sache waren die Basis für die Zurückhaltung im anderen. Der eine dieser drei Punkte in der Sache hieß: Wir bitten, einen Schritt auf Frankreich zu machen. Das war eine Basis des Kompromisses zu fünf. Die Fraktion hat sich dem angeschlossen. Ich hoffe, daß alle, die an dieser Sitzung beteiligt waren, das auch hinterher honorieren.

Wir hatten dann eine Fraktionssitzung, die wirklich nicht zu den erfreulichsten gehört; das ist nicht anders mitzuteilen. Wir hatten im Fraktionsvorstand den einstimmigen

gen Beschluß gefaßt, daß wir am Schluß sagen: Ludwig Erhard ist und bleibt Bundeskanzler.<sup>54</sup> Das ist eine politische Aussage. Manche hatten gesagt, es genüge, daß wir kein konstruktives Mißtrauen wollten. Ich bin immer dafür, es positiv auszudrücken. Andere haben in der Fraktion gesagt, es genüge, wenn gesagt werde: kein Kanzler auf Zeit. Ich finde, man muß sich positiv und nicht negativ äußern.

Wir hatten nun in der Fraktion eine viereinviertelstündige Debatte, wo es wirklich aller Kraft bedurfte, um am Schluß zu einer annähernd einmütigen Auffassung zu kommen. Es gelang zum erstenmal nicht, in einer so schwierigen Frage allgemein die Stimmung festzustellen. Weil es so ungewiß war, mußte am Schluß durch eine förmliche Abstimmung Klarheit geschaffen werden, eine Abstimmung, die nach Meinung einiger Kollegen besser namentlich oder geheim erfolgt wäre; soweit war Ihre Bundestagsfraktion. Das Ergebnis kennen Sie: Es haben neun Kollegen sich nicht bereit gefunden, und drei haben sich der Stimme enthalten. Geben Sie sich keiner Illusion hin, in Wirklichkeit waren die Verhältnisse sehr viel ernster.

Ich muß hier sagen – ich habe mir vorgenommen, nach der Wahl von Düsseldorf ganz offen zu reden –, es ist ein unerträglicher Zustand – ich bitte die Kollegen, mir zu erlauben, das zu sagen –, wenn in einer solchen Situation, nachdem der Fraktionsvorstand zu einer einmütigen Auffassung gekommen ist, in der Fraktion diskutiert wird und die Mitglieder der Regierung des Herrn Bundeskanzlers schweigen. Das geht nicht. Das hat auf die jungen Kollegen und auch auf die anderen den miserabelsten Eindruck gemacht. Es kann einfach nicht angehen, daß das so bleibt. Wer da etwas hat, soll es da sagen, wo es hingehört.

Meine Damen und Herren, ich trage das so vor, damit Sie ein bißchen von der Atmosphäre mitbekommen und die ganze Landschaft spüren, in der wir sind. Ich denke, ich brauche nicht erneut meine Auffassung darzutun. Ich glaube, ich habe mich in dieser Sache in der Öffentlichkeit und in der Partei nun exponiert genug, und dies aus einem guten Grunde, denn ich war es – da denke ich immer noch dran –, der auf dem Parteitag vor der Wahl vor der Gefahr des Kanzlers auf Zeit gewarnt hat.<sup>55</sup>

Wenn ich das alles sage, dann können wir natürlich nicht nur die Kollegen beschimpfen oder nicht nur einen von uns, sondern das geht uns alle miteinander an. Da wird gesagt, wir hätten keine Linie, wir müssen erst einmal wieder anfangen. Ich habe in der Fraktion gesagt, ich bin bereit, eine Klausurtagung zu machen. Bitte, nehmen Sie die Regierungserklärung des Bundeskanzlers und schreiben Sie mir einen Brief, in welchen Punkten Nuancen erfolgen können. Ich habe noch keinen Brief erhalten. Wir haben eine Linie. Wir haben klare Beschlüsse des Parteitags vor den Wahlen. Die Bundestagsfraktion hat jahrelang in schwierigen Geschichten – nämlich in der Frage des Sozialpaketes – den Parteitagsbeschluß durchgehalten. Das werden wir auch in Zukunft tun. Also reden wir nicht davon, wir hätten keine Linie.

<sup>54</sup> Vgl. Anm. 45, hier S. 2043.

<sup>55</sup> In dieser Formulierung nicht zu ermitteln. Barzel sprach sich für eine „stabil führende Bundesregierung“ aus, vgl. CDU, 14. BUNDESPARTEITAG S. 118.

Wir haben jetzt drei große Debatten geführt. Wir werden weitere führen, wenn es sein muß, um durch den Schleier der uns nicht wohlgesonnenen Leute der Presse durchzukommen. Wir machen mit Ihnen, Herr Bundeskanzler, wenn Sie eine Gelegenheit suchen, auch eine Debatte über allgemeine Fragen. Treten Sie vor den Bundestag, kommen Sie noch einmal mit fünf, sechs oder sieben Punkten Ihres Programms für das nächste Jahr. Das ist, glaube ich, wichtig, da muß Klarheit sein. Wir pauken Sie nicht nur raus. Es ist ja lächerlich, wenn Sie diese Debatten ansehen: Die Sozialdemokraten haben bestenfalls noch zweieinhalb Redner, die ihre Meinung vortragen können. Wir werden das weitermachen. Aber es nützt uns nichts, eine Debatte zu gewinnen, wenn an einem Tag danach ein Minister zurücktritt<sup>56</sup> oder an einem anderen Tag von etwas anderem die Rede ist.

Meine Damen und Herren, ich glaube, ich bin schuldig, den Ernst der Lage auch aus der Sicht Ihres Fraktionsvorsitzenden darzustellen. Sie alle wissen, wie es im Bundesrat aussieht, wenn wir weitere Landtagswahlen verlieren. Da wir vom deutschen Volk für vier Jahre in den Bundestag gewählt sind, sind wir ihm auch eine Regierung schuldig, die regieren kann, und zwar unter Zurücksetzung parteipolitischer Aspekte. Es könnte nämlich passieren, wenn wir hier nicht Tritt fassen, daß wir wegen der Majoritätsverhältnisse im Bundesrat aus Schwäche in die große Koalition hineinschlittern. Das würde unsere parteipolitische Situation doppelt verschlechtern. Wir dürfen deshalb nicht so tun, als ob wir ewig Zeit hätten, diese Dinge zu lösen. Hier tickt die Uhr, nicht die des Herrn Weyer.

Nun sind wir aber unterschiedlich beraten. Unsere Freunde aus Hessen sagen uns, wenn ich Sie richtig verstanden habe, erklärt ganz fest: Erhard und keine Kabinettsreform. Unsere Freunde aus Bayern sagen uns, erklärt ganz fest: Kabinettsreform. Beide stehen vor Wahlen, und beide Wahlen sind wichtig.<sup>57</sup> Was uns die Freien Demokraten erklären, habe ich neulich ganz offen vor den Landesvorsitzenden gesagt. Ich will das insoweit hier nicht wiederholen. Das ist die Lage.

Nun zur FDP. Ich bin dem Kollegen Grundmann sehr dankbar, daß er das hier so ernst gesagt hat. Weyer ist ernst zu nehmen; das ist keine Schwätzerei gewesen. In diesem Hause ist Weyer einmal nicht ernst genommen worden, und acht Tage später war Karl Arnold gestürzt. Daran muß man sich erinnern. Ob das so dramatisch ist, weiß ich nicht. Aber ich weiß – vermute nicht, glaube nicht, nehme nicht an –, ich weiß, daß die Freien Demokraten spätestens zum Jahreswechsel allen Ernstes Fragen an uns richten werden, wenn wir bis dahin nicht – wie sie sich ausdrücken – wieder Tritt gefaßt haben sollten. Dieser Punkt gehört auch in das Bild, das wir vor uns haben.

Ich will auf einen Beitrag zum Haushalt und zum Stabilitätsgesetz verzichten. Ich bin Herrn Scheufelen und Herrn Adorno für Ihre Ausführungen sehr dankbar. Herr Bundeskanzler, ich glaube wirklich, daß Sie mit Herrn Dahlgrün ein ernstes Wort sprechen müssen auch über dessen Art, die Dinge scheinbarweise der Öffentlichkeit be-

---

<sup>56</sup> Am 15. September 1966 hatte Bundesminister Ludger Westrick Bundeskanzler Erhard um seine Entlassung gebeten.

<sup>57</sup> Am 6. November 1966 in Hessen, am 20. November 1966 in Bayern.



kanntzugeben. Wenn Sie dem Publikum sagen: Wir denken an das Junktim, wir haben nicht vergessen, daß der Lücke-Plan<sup>58</sup> dies zur Voraussetzung hatte, dann laufen Ihnen die Leute nicht weg. Aber Herr Dahlgrün sagt es in einer Weise, als ob er geradezu Leute wegzerren wollte. Jetzt entsteht der Eindruck, der Bund baut nicht nur keine Straßen, sondern das Autofahren wird auch noch teurer. Den Eindruck bringen Sie erst einmal wieder weg. Ich glaube, mit Herrn Dahlgrün muß man hier noch einmal sprechen. Die Stabilitätsgesetzgebung, die jetzt eine Rolle spielt, steht hoffnungsvoll, dank der Bemühungen des Kollegen Schmücker, in der Koalition.

Was den Haushalt 1967 betrifft, Herr Scheufelen, so will ich darüber nichts sagen. Die Bundestagsfraktion ist hier frei, weil diese schweren Entscheidungen aus Gründen, die ich hier nicht dartun möchte, nicht vorher mit ihr besprochen worden sind – oder besprochen worden sein können; ich will beides offenlassen.

Nun, Herr Kollege Gerstenmaier, erlauben Sie mir, zum Schluß noch etwas zu sagen. Ich glaube, wir alle müssen reden, selbstverständlich auch in den Wahlkämpfen. Wir haben eine Linie. Der Herr Bundeskanzler hat doch in seinen beiden Eigenschaften angeboten, durch Gespräche im kleinen Kreis oder im Präsidium – wie immer das sein soll – das, was wir miteinander die „Nuancen“ nennen, zu erörtern, zu klären. Das sollten wir beide tun. Da gehört das hin, und da kann man alles sagen. Da kann man auch dieses oder jenes über die neuesten Interviews sagen. Nur vor einem möchte ich Sie warnen, jetzt etwa hier quasi disziplinaire Beschlüsse zu fassen. Denn wollen Sie vielleicht übermorgen diesen oder jenen disziplinieren? Ich will jetzt die Namen gar nicht nennen; es ist offenkundig. Wir müssen uns wirklich bemühen, durch Gespräche, zu denen der Bundeskanzler einlädt, in den sachlichen Dingen wieder klarzukommen. Herr Kollege Gerstenmaier, also verzichten Sie bitte nicht auf Ihre individuelle Note. Diese individuelle Note, die Sie für die Union, für uns alle bedeuten, ist uns allen gut bekommen. Wir brauchen Sie auch morgen. Ich bitte Sie sehr herzlich, Ihre Einlassung zu überprüfen, daß Sie sich in den Wahlkämpfen nicht beteiligen könnten. Unsere Freunde draußen stehen in einem schweren Kampf. Sie brauchen jeden von uns.

Bleibt am Schluß die Frage, ob dieser Parteivorstand einen ähnlichen Beschluß fassen soll wie die Bundestagsfraktion. Ich bin nicht ganz sicher, ob das durch Wiederholung besser wird. Aber das kann man natürlich erörtern. (*Dichtel*: Das höchste Gremium!) Das kann man erörtern. Ich stehe gern zur Verfügung.

*Lücke*: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! In der Bundesregierung sitzen meines Wissens 16 CDU/CSU-Minister. Wir sind jetzt knapp ein Jahr – genau elf Monate – in dieser zweiten Regierung Erhard zusammen. Ich möchte, um falsche Eindrücke einmal richtigzustellen, sagen, daß die Zusammenarbeit in diesem Kabinett gut ist. Die 16 CDU/CSU-Minister geben keine Interviews und keine anderslautenden Erklärungen ab. Wir, die wir in dieser Regierung sitzen, tun das – nehmen Sie uns das bit-

---

58 Der sog. „Lücke-Plan“, das „Gesetz über den Abbau der Wohnungszwangswirtschaft und über ein soziales Miet- und Wohnrecht“, wurde 1960 verabschiedet und überführte den Wohnungsmarkt in die Soziale Marktwirtschaft. Das Gesetz sah u. a. die Aufhebung der Mietpreisbindung und den Abbau der Wohnungszwangswirtschaft vor.

te ab –, auch wenn es uns sehr, sehr schwerfällt. Aber ich möchte für meine Person ganz deutlich sagen: Ich halte es nicht für gut, wenn wir die Tatsache, daß ein Kollege, der nicht in der Regierung sitzt, sich zu Fragen äußert, mit solchen kritischen Randbemerkungen versehen. Wir sind eine freie Partei, und unsere Stärke besteht darin, daß wir unsere Schwächen offen diskutieren. Warum soll das nicht möglich sein?

Herr Kollege Gerstenmaier, als Günter Gaus vor geraumer Zeit Adenauer interviewte<sup>59</sup>, stellte er ihm die spitze Frage – dafür ist Gaus bekannt –: „Sie haben in Ihrem Leben und in der Politik doch so oft etwas verschwiegen.“ Darauf sagte damals Adenauer ganz böse: „Herr Gaus, ich verbitte mir das. Ich habe oft in der Politik geschwiegen.“ Meine Damen und Herren, das ist allerdings eine Aufgabe, die der Elite wert wäre. Es gibt Situationen in der Politik, in denen die Elite, die führen muß, schweigen muß, weil sie die Zusammenhänge kennt und nicht erwarten kann, daß im Volk das alles verstanden wird, was an Schwierigkeiten – nicht nur jetzt, sondern auch das, was in 17 Jahren in diesem Kabinettsaal verhandelt worden ist – vorhanden ist.

Meine Bitte an Sie, lieber Freund Gerstenmaier. Sie haben gesagt, Sie schweigen. Wenn das überhaupt ein Argument wäre, dann wäre es das schlechteste, was Sie bisher vorgetragen haben. Sie haben immer in Anspruch genommen, offen Ihre Meinung zu sagen. Ich unterstütze das. Ich unterstütze jeden, der seine Meinung sagt. Ich habe darauf hingewiesen: Die Kabinettsmitglieder sind durch Kabinettsdisziplin gezwungen, das nicht zu tun. Sie haben das eingehalten. Aber wenn Sie jetzt als Reaktion nicht mehr redeten, Herr Kollege Gerstenmaier, dann würde das eine Bankrotterklärung für Ihre Person sein. Dann würden Sie etwas verschweigen. Das liegt Ihrem Wesen nicht.

Dann zur Haltung der FDP im Kabinett. Ich will auch hier zur Klärung beitragen. Ich bin ebenso wie Sie über das entrüstet, was gestern und heute in den Zeitungen steht. Hier haben wir am Mittwoch zusammengesessen und auf Drängen der CDU-Kollegen verlangt, daß endlich das Änderungsgesetz zum Sparförderungsgesetz verabschiedet wird.<sup>60</sup> Die Freien Demokraten haben irgendwann einen andersartigen Beschluß gefaßt, daß in dieser Kabinettsitzung die Vorlage nicht verabschiedet werden sollte. Die CDU-Kollegen haben sich durchgesetzt. Das Ergebnis war positiv. Die Maßnahmen, die zur Sparförderung getroffen worden sind, sind Dinge – das geht ja auch in Richtung Eigentumspolitik –, die ich unbedingt positiv bewerte. So wurde es auch von den Ministerkollegen im Kabinett ausgeführt. Dann hat Herr Mende gesagt, er enthielte sich, nicht aus sachlichen Gründen, sondern weil er erst die Zustimmung seiner Fraktion zu dem und dem haben müsse. Die hat er offenbar nachmittags – wie der Herr Bundeskanzler heute früh im Präsidium berichtet hat – eingeholt. Also in der Sache ja, in der Form – so haben die Herren ausgeführt – könnten sie nicht zustimmen. Nun stehen Schlagzeilen

---

59 Interview mit Konrad Adenauer am 29. Dezember 1965, vgl. Günter GAUS: Zur Person. Von Adenauer bis Wehner. Portraits in Frage und Antwort. Köln 1987 S. 18–31, hier S. 24.

60 Entwurf eines „Zweiten Gesetzes zur Überleitung der Haushaltswirtschaft des Bundes in eine mehrjährige Finanzplanung (Steueränderungsgesetz 1966)“, Drs. V/1068 vom 2. November 1966. Vgl. auch CDU/CSU-FRAKTIONSPROTOKOLLE S. 2047.

in den Zeitungen. In unserer Fraktion und in der Partei gibt es, durch diese Sache entstanden, einen Riesenärger. Ich kann nur hoffen, daß das ausgebügelt werden kann.

Im übrigen bin ich dem Kollegen Grundmann sehr dankbar für das, was er hier ausgeführt hat. Herr Bundeskanzler, ich kann aufgrund meiner persönlichen Informationen, die mir auf andere Weise – auch aus persönlichen Gesprächen mit Weyer – zugänglich sind, das nur unterstützen. Ich habe das Gefühl, daß sich etwas zusammenbraut. Daher meine Bitte, daß sich das Präsidium überlegt, wie offen mit den Freien Demokraten gesprochen werden kann.

Darum ein Wort zum Haushaltssicherungsgesetz. (*Zuruf.*) Lassen Sie mich es so nennen. Ich bin noch bei dem alten Haushaltssicherungsgesetz. Das erste, was diese Regierung in den elf Monaten tun mußte, war, daß sie eine Reihe von Gesetzen, die vor der Wahl beschlossen worden waren, außer Kraft setzen mußte, was einen Riesenärger im Lande zur Folge hatte. Ich verweise darauf, daß wir vor der Bundestagswahl an diesem Tisch oft und oft verlangt haben, daß Art. 113<sup>61</sup> gegen Beschlüsse des Bundestags angewendet werden solle, die Mehrausgaben beinhalten. Meine Damen und Herren, wir alle miteinander müssen hier „*mea culpa*“ sagen. Wir alle miteinander, meine Freunde, haben in dem Punkt hoffentlich eines gelernt, daß die Dispensierung von beschlossenen Gesetzen nach der Wahl bei den Wählern, vor allem bei unseren Freunden einen Schock ausgelöst hat, der bis zur Stunde – ich habe das bei meiner Kreispartei in den letzten Tagen wieder gemerkt – noch nicht überwunden ist.

Man muß nun weitere Gesetze – da wird Herr Schmücker noch etwas dazu sagen – erarbeiten, ein Stabilitätsgesetz, das sich aus dem eigentlichen Stabilitätsgesetz, aus dem Haushalt, aus einer mittelfristigen Finanzplanung und aus dem Suspendieren wichtiger Bestimmungen von wichtigen Gesetzen zusammensetzt. Ich stimme dem Kollegen Barzel zu: Wenn die CDU den Finanzminister stellen würde – das ist jetzt einmal eine hypothetische Überlegung –, würden ganz sicherlich diese ganzen Fragen an einem Tag verabschiedet und an einem Tag dem Bundestag serviert worden sein.

Aber ich muß hier auch sagen: Wir haben in der Kabinettsitzung 14 Stunden, acht Stunden getagt.<sup>62</sup> Diese Regierung ist in wichtigen Fragen – vom Freund Seebohm bis zum Kollegen Katzer und anderen Kollegen – einig geworden. Es war die härteste Sitzung, die ich in meinen neun Jahren Ministerschaft mitgemacht habe. Das Problem steckt darin, daß immer Teilprobleme in der Öffentlichkeit diskutiert worden sind, die Verkehrsgeschichten oder die Sparförderung, und daß sich daran Kombinationen knüpften, mit denen der Wähler nicht fertig wird.

Darum mein Drängen, im Bundesvorstand in einer Form eine Erklärung abzugeben, die etwa dahin lautet: Erst in der nächsten Woche, wenn die mittelfristige Planung verabschiedet ist, kann der Bundestag, kann die Bundespartei, können wir zu dem Thema Stellung nehmen. Die Größe X ist im Ausgabevolumen notwendig, um die Stabilität zu sichern. Aber die Größe Y zu bestimmen, überlassen wir dem Parlament und den Frak-

61 Art. 113 GG befaßt sich mit den Einspruchsrechten der Bundesregierung gegen Erhöhung der Ausgaben durch den Bundestag.

62 Die Kabinettsitzung fand vermutlich am 26. August 1966 statt, vgl. KNORR S. 110.

tionen, nämlich wie sie innerhalb des Volumens diese und jene Position umgruppieren. Das wird eine der großen, – und ich muß sagen, Kollege Barzel, Sie werden es erleben – eine der bittersten und schwierigsten Bewährungsproben der CDU/CSU-Fraktion werden. Im übrigen: Wenn die Kollegen, so wie im Kabinett, vor die gesamte Aufgabe gestellt werden, dann fällt es ihnen viel leichter, zu diesem und jenem Verzicht Ja zu sagen, wenn sie wirklich überzeugt sind. An der Sache haben alle teil. Also, meine Bitte: daß bei diesem Komplex die Diskussionen erst eingeleitet werden, wenn er ganz dem Bundestag vorliegt.

Ein Wort zu dem Ausgleich Bund-Länder. Der frühere Kollege Schäffer und später der Kollege Starke haben zwei- oder dreimal den Anteil von Bund und Ländern ändern müssen.<sup>63</sup> (*Adorno*: In einer anderen Situation!) Dieser Prozeß ist schmerzlich, denn es geht um Geld. In den Ländern sind die Auffassungen sehr unterschiedlich. Ich habe deshalb von Anbeginn an diese Bemühungen von uns unterstützt. Aber daß eine solche Sache in den Vermittlungsausschuß geht, das sollte, wenn man es nicht verhindern kann, nicht unbedingt ein Unglück darstellen. Das ist bisher überhaupt nicht anders möglich gewesen.

Dann kommen wir zu der Frage: Was geschieht mit den finanzschwachen und den finanzstarken Ländern? Diese Frage muß erörtert werden. Hier sind die Länder untereinander nicht einer Meinung. Darum würde ich sagen, wir sollten diesen Streit nicht als einen Streit der Partei empfinden; das ist keine Frage der CDU. Das hängt eben mit dieser wichtigen verfassungsrechtlichen Frage des Bundesanteils an der Einkommen- und Körperschaftssteuer, mit den Finanzen der Länder und Gemeinden zusammen. (*Adorno*: Es wird aber draußen als ein Streit der Partei angesehen!) Dennoch würde es nützlich sein, wenn wir von uns aus sehr ernsthaft auf dieses Problem und die Tatsache hinweisen würden, daß es früher auch nicht anders war und daß es trotz aller Bemühungen im Vermittlungsausschuß ausgestanden werden muß. Es zeichnen sich ja auch brauchbare Lösungen ab, wenn die anderen Lösungen nicht gehen. Ich wäre glücklich, es ginge ohne Vermittlungsausschuß.

Dann zu dem Passierscheinabkommen.<sup>64</sup> Vielleicht darf ich ganz kurz mitteilen, wie ich die Sache ansehe. Vor acht oder zehn Wochen war vom Senat Berlin eine neue Vereinbarung überlegt worden, die wir nicht billigen konnten. Daraufhin hat der Herr Bundeskanzler den Regierenden Bürgermeister eingeladen. Es erschienen der Bürgermei-

---

63 Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 384 und PROTOKOLLE 4 S. 172–199. Bis 1969 schwankte die Beteiligung des Bundes an der Einkommen- und Körperschaftssteuer zwischen  $33\frac{1}{3}$  und 39%

64 Das 4. Passierscheinabkommen legte Besuchszeiten vom 7. bis 20. April und 23. Mai bis 5. Juni 1966 fest. Nach langwierigen Verhandlungen zwischen Staatsrat Horst Korber und Staatssekretär Michael Kohl wurde am 6. Oktober 1966 vereinbart, die Berliner Passierscheinstelle vom 10. Oktober 1966 bis 31. Januar 1967 wieder zu eröffnen, vgl. dpa vom 6. Oktober 1966.

ster Albertz und Senator Schütz<sup>65</sup>, die folgendes erklärten: Wir vom Senat Berlin werden nichts tun, was die Bundesregierung nicht mitmacht. Dahinter steckte allerdings ein verwegener Satz. Sie hatten bereits gehandelt und den Schwarzen Peter Bonn zugeschoben. Hier im Kabinett wurde noch einmal erklärt, sie würden nichts tun, was die Bundesregierung nicht unterstütze. Daraufhin sind wir so verblieben, daß eine bestimmte Formulierung, die die Gedanken der salvatorischen Klausel beinhaltet, von der Gegenseite, also von der Sowjetzonenseite, entgegengenommen werden sollte, ohne gegen diese Erklärung unsererseits Stellung zu nehmen. Dem stimmten Herr Albertz und Herr Schütz zu.

Dann sind da einige Pannen hin und her passiert. Der Herr Bundeskanzler hat, als der Senat wieder eigene Wege gehen wollte, den Herrn Regierenden Bürgermeister<sup>66</sup> zu sich gebeten. Er kam sofort von einer Reise aus Dänemark zurück, und Herr Senator Schütz kam aus Sylt. Die Herren sind dann hier im Kabinett gewesen und hier mit Nachdruck darauf hingewiesen worden, daß wir von dieser Regelung nicht abgehen könnten. Es wurde noch einmal verbindlich erklärt, daß nur so verfahren werden sollte, wie vor acht Wochen beschlossen worden war. So ist dann – soweit ich das im Fernsehen verfolgen konnte – auch verfahren worden, so daß wir hier keine Position aufgegeben haben. Ich möchte hier auch bemerken, daß dabei dem Bundeskanzler und der Regierung ein großes Verdienst zukommt. Sie haben gegenüber bestimmten Schachzügen Berlins eine große Geduld aufgebracht. Hier geht es nun um die Krankenbesuche und die Härtefälle. Ich glaube, daß bei dieser Lösung von uns keine Rechtsposition aufgegeben worden ist.

Zu dem, was die Zone betrifft, darf ich folgendes sagen. Wir stehen vor einem propagandistischen Großangriff der Zone, über den wir uns wundern werden. Im Moment ist der Herr Bundespräsident ihr Ziel.<sup>67</sup> Am 30. Oktober werden wir mit großen Aktionen – Notstandsverfassung und ähnlichen Überlegungen – in Frankfurt zu rechnen haben.<sup>68</sup>

Gestern abend vollzog sich dreimal ein Vorgang an der Elbe, den wir in diesem Gewicht überhaupt noch nicht erlebt haben. Ein Peilboot der sowjetzonalen Seite fuhr auf die westliche Seite der Elbe und stellte dort Peilungen an, als ob das ganze Gebiet zur

---

65 Klaus Schütz (geb. 1926), Politikwissenschaftler; 1954–1957 und 1963–1977 MdB (SPD), 1957–1962 MdB, 1961–1966 Senator für Bundesangelegenheiten und für das Post- und Fernmeldewesen in Berlin, 1966/67 Staatssekretär im Auswärtigen Amt, 1967–1977 Regierender Bürgermeister von Berlin, 1977–1981 Botschafter in Israel, 1981–1987 Intendant der „Deutschen Welle“, 1987–1993 Direktor der Landesanstalt für Rundfunk Nordrhein-Westfalen. Vgl. Dirk ROTENBERG: Klaus Schütz, in: Wolfgang RIBBE (Hg.): Stadtoberhäupter (Berlinerische Lebensbilder 7). Berlin 1992 S. 543–569.

66 Willy Brandt.

67 Seit 1965 unternahm die SED eine Verleumdungskampagne gegen Lübke, indem ihm aktive Beteiligung bei der Errichtung von Zwangs- und Konzentrationslagern vorgeworfen wurde, vgl. MORSEY S. 505–535. Am 5. Oktober 1966 teilte der Bundespräsident den vier Parteivorsitzenden mit, auf „die Hilfe der Gerichte“ zu verzichten, vgl. EBD. S. 522.

68 Kongreß des Kuratoriums „Notstand der Demokratie“ in Frankfurt, vgl. SCHNEIDER S. 174–186.

SBZ gehörte. Da habe ich sofort veranlaßt, daß die Engländer gebeten wurden – sie haben sich etwas Zeit gelassen –, mit ihrem Boot, und zwar unter englischer Flagge, aufzukreuzen. Das haben sie getan. Dann ist das Boot an die andere Seite rübergefahren, und ein Polizeiboot der SBZ hat sich daneben gelegt. Gestern waren sie nun wieder mitten in der Elbe und führten diese Peilungen durch. Die Bitte des Grenzschutzes, ob er die Erlaubnis bekäme, irgend etwas zu tun – vor den Bug zu schießen –, habe ich ebenso entschieden ablehnen müssen wie die Frage verneint werden muß: Können wir überhaupt den Grenzschutz schießen lassen? Es ist eine entsetzliche Situation für die Männer, die sehen, wie Position um Position abbröckelt, und sie können nicht schießen. Die Engländer sind gebeten worden – die Engländer müssen schießen, nicht auf das Boot – hinzufahren, und wenn die dann nicht folgten, müßten die Engländer ihre Position auch militärisch verteidigen. Dabei sind wir im Augenblick. Eine solche Situation gab es noch nicht. Ich habe das nur erwähnt, um zu zeigen, daß die Propagandaaktion der Zone auf vollen Touren läuft. Sie hängt auch mit der gewandelten Politik zusammen.

Meine Damen und Herren! Wir im Vorstand der Partei der CDU würden einen verhängnisvollen Fehler begehen, wenn wir unterschiedliche Auffassungen über die Deutschlandpolitik als die unterschiedlichen Meinungen von Personen ansehen würden. In der Weltpolitik hat sich in den letzten Jahren so vieles so grundlegend gewandelt, daß sehr wohl in einer großen Partei über diesen und jenen Schritt in der deutschen auswärtigen Politik eine andere Meinung vertreten werden muß. Die Welt dreht sich. Wir erleben, wie der Osten mit vollem Gewicht dabei ist, und wir erleben, daß sich in der westlichen Auffassung viele Positionen gelockert haben, sowohl in der amerikanischen Öffentlichkeit als auch in der englischen Öffentlichkeit. Wir erleben diese innere Unsicherheit, die Kollege Gerstenmaier mit dem Wort „Urangst“ umschrieben hat. Das ist das, was sich in unserem Volk auswirkt.

Um so mehr scheint es mir die Aufgabe dieses Führungsgremiums zu sein, die Sachfragen von den Personenfragen zu lösen und Schluß zu machen mit der Diskussion um die Kabinettsumbildung. Das führt uns nicht weiter. Nur wenn wir die Sachprobleme Stück für Stück lösen, werden wir mit der Aufgabe fertig werden.

*Behrendt*<sup>69</sup>: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Nach so viel Äußerungen von Prominenten ist ein Vertreter des „gehobenen Fußvolkes“ etwas beklommen, wenn er das Wort ergreift, speziell dann, wenn er in bestimmten Fragen eine etwas ketzerische Auffassung vertritt.

Herr Bundeskanzler, Sie werden sich erinnern, daß in dem Gespräch, das Sie dankenswerterweise mit den Landesvorsitzenden angefangen haben – ich gebrauche den Ausdruck „angefangen“, wir litten unter der zeitlichen Beschränkung –, ich doch deutliche Worte aus der Sorge um unsere Partei herausgefunden habe. Ich schließe mich

---

69 Dr. Hans-Jürgen Behrendt (geb. 1917), Arzt; 1951/52 und 1963–1975 MdA (CDU), 1959–1965 Vorsitzender des Kreisverbands Berlin-Charlottenburg, 1961–1963 Senator für Gesundheitswesen, 1965–1967 2. Vorsitzender der CDU Berlin.

voll dem Appell an, der dahin geht, Disziplin zu wahren, die Einigkeit nach außen zu betonen.

Aber ich meine, daß es mit der Disziplin allein nicht getan ist. Man kann Personen- und Sachprobleme nicht nur mit dem Appell zur Disziplin regeln. Ich meine also, daß das, was ich in dem Gespräch mit den Landesvorsitzenden kritisch ausgeführt habe, auch heute noch – ja vermehrt – Gültigkeit hat. Ich möchte auf die Einzelheiten nicht mehr eingehen, sondern nur noch einmal unterstreichen, daß sicher gewisse Personenfragen für die Bundesregierung und für die Partei von Bedeutung sein mögen, daß aber die Regelung bestimmter Sachfragen wichtiger ist. Ich begrüße, daß heute ein Ansatz gemacht worden ist, sich hier zu Sachfragen zu äußern. Ich meine, daß ein Gespräch über außenpolitische und andere Fragen gerade in diesem Kreis und in den anderen berufenen Gremien geführt werden sollte und daß diese Fragen nicht so sehr in Interviews erörtert werden sollten.

Der verehrte Kollege Blumenfeld hat – für mein Empfinden etwas vereinfachend – die Fragen der Außenpolitik so dargestellt – so lag jedenfalls der Akzent –, als ob es eine CDU und eine CSU gäbe. Ganz so einfach sind die Dinge nicht. Schon das Gespräch hier heute morgen hat gezeigt, daß auch in diesem Kreise verschiedene Auffassungen bestehen. Dabei frage ich mich mit dem beschränkten Einfühlungsvermögen eines Vertreters des gehobenen Fußvolkes, ob unser außenpolitischer Spielraum noch so weit ist, daß es nicht möglich ist, die Meinungen halbwegs auf einen Nenner zu bringen. Dieser Versuch sollte doch wirklich ernsthaft unternommen werden.

Dabei darf ich als Arzt dem Kollegen Blumenfeld die Versicherung abgeben, daß Herr Strauß nicht an Schizophrenie leidet. (*Heiterkeit.* – *Blumenfeld:* Das war nicht medizinisch gemeint!)

Herr Bundeskanzler, wenn ich als Vertreter Berlins hier spreche, dann bitte ich um Verständnis dafür, daß ich diesem Kreis die besonderen Berliner Sorgen unterbreite. Ich hoffe, daß dieser Kreis dafür ein besonderes Verständnis haben und dafür besonders aufgeschlossen sein wird. Ich möchte nicht auf die leidige Passierscheinangelegenheit zu sprechen kommen. Herr Dr. Barzel hat schon die Frage der salvatorischen Klausel angeschnitten.

Ich möchte aber unserer Sorge Ausdruck geben, daß in dieser veterinärpolizeilichen Verordnung viel mehr politischer Sprengstoff drin steckt, als bei einem flüchtigen Studium zunächst erscheint. Diese Verordnung bietet die Möglichkeit zu einer sehr laschen, flexiblen Handhabung. Sie bietet aber gleichzeitig die Möglichkeit, die Dinge ganz straff bis zur Blockade anzuziehen. Ich muß das mal gesagt haben, ohne daß ich den Teufel an die Wand malen will und ohne daß ich der Meinung wäre, daß wir das Schlimmste zu befürchten hätten. Aber ich möchte sorgenvoll auf diesen Punkt hingewiesen haben und Sie darum bitten, über die Interzonenhandelsstelle diese Gespräche einzuleiten und hier auf eine Änderung des Zustands zu drängen.

Ich muß noch einmal wiederholen, Herr Bundeskanzler, was ich im Gespräch mit den Landesvorsitzenden gesagt habe: daß wir Sorgen haben über die politische Präsenz in Berlin. Das Amt des Bundesbevollmächtigten ist praktisch seit dem Ausscheiden un-

seres Freundes Dr. Vockel<sup>70</sup> verwaist. Wir brauchen hier eine politische Präsenz, die in der Lage ist, den Grundsatzüberlegungen der Bundesregierung – aber auch der CDU, das deckt sich hoffentlich – Durchschlagskraft zu verleihen. Das ist zur Zeit nicht der Fall. Wenn wir schon das gesamtdeutsche Ministerium an die FDP abgegeben haben, muß um so mehr Wert darauf gelegt werden, daß auf diesem Wege auch die politische Präsenz der CDU in Berlin gewährleistet ist. Falls also Ihre Überlegungen, Herr Bundeskanzler, nicht darauf hinausgehen sollten, das Kabinett umzubilden, meinen wir, daß zumindest in diesem Punkt eine personelle Reform dringend nötig ist.

*Stoltenberg:* Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Ich habe es sehr begrüßt, daß wir uns hier in diesem Kreise mit der gebotenen Offenheit aussprechen. Ich glaube auch, daß diese Diskussion offen sein muß, wenn wir den tieferen Ursachen für die lange Vertrauenskrise, ja für eine gewisse Krise unserer Partei wirklich nachgehen und zu einer Heilung kommen wollen. Diese Heilung wird nicht einfach sein. Sie liegt zweifellos nicht in gegenseitigen allgemeinen Appellen zum guten Willen und zur Disziplin. Es müssen dabei vielmehr bestimmte Fragen – sowohl in der Sache, wie auch im Stil unserer Zusammenarbeit – behandelt werden. Ich glaube, daß dazu bereits sehr viel Gutes gesagt worden ist, was ich im einzelnen nicht wiederholen möchte.

Ich möchte doch sehr betonen, daß diese latente Krise der Zusammenarbeit in der CDU und vor allem auch mit Teilen der CSU nicht erst durch dieses ungünstige Wahlergebnis in Nordrhein-Westfalen entstanden ist. Dieses ungünstige Wahlergebnis, diese Wahlniederlage hat im Grunde genommen Dinge mit voller Stärke zum Ausdruck gebracht, die vorher schon vorhanden waren und die uns schon vorher geschadet haben; sie sind z. T. mit ursächlich für dieses Wahlergebnis gewesen. Wir haben in der vergangenen Zeit wiederholt Auseinandersetzungen dieser Art gehabt. Im Frühjahr letzten Jahres haben wir noch einmal einen Aufschub erreicht. Wir hatten dann zur Zeit der Regierungsbildung und unmittelbar nach der Regierungsbildung ein Aufleben dieser latenten, meistens in sehr unglücklicher Form geführten Diskussionen und Auseinandersetzungen. Ich verweise auf die Dinge, die mit der Aktivität unseres Kollegen von Guttenberg, mit dem Fall Huyn, dann aber auch mit der Sache in Deidesheim zusammenhängen.<sup>71</sup> Dann die permanenten Leitartikel im „Bayernkurier“. Wenn man das alles zusammen nimmt, kann man sagen, daß die Homogenität der Regierung, der fünf Minister der CSU angehören, auf das Schwerste beeinträchtigt ist.

Dazu gehört wohl auch die Serie der Interviews. Ich bin der Auffassung, daß Politiker Interviews geben können. Ich habe das gelegentlich auch getan. Das Interview ist

---

70 Dr. Heinrich Vockel (1892–1968), Ökonom; 1922–1933 Generalsekretär der Deutschen Zentrumspartei, 1930–1933 MdR, 1945 Mitgründer der CDU Berlin, 1950–1962 erster Bevollmächtigter der Bundesrepublik Deutschland in Berlin. Vgl. LEXIKON S. 388.

71 Zum Fall Huyn vgl. Martin SCHAAD: Eine „gaullistische Inszenierung“: zur Affäre um den Grafen Huyn, in: HPM 8 (2001) S. 95–111. – Zu den Ereignissen in Deidesheim vgl. Ulrich WIRZ: Karl Theodor von und zu Guttenberg und das Zustandekommen der Großen Koalition (Oberfränkische Köpfe 4). Grub am Forst 1997 S. 425–428. Vgl. auch „General-Anzeiger“ vom 27. Juni 1966 „Heftige Attacke Guttenbergs gegen Erhard und Schröder“; „Allgemeine Zeitung Mainz“ vom 27. Juni 1966 „Kohl löst Bestürzung in Bonn aus“. – Vgl. auch Nr. 2 Anm. 40.



ein legitimes Mittel zum Ausdruck politischer Auffassungen zu Sachfragen. Ich halte es aber nicht für tragbar, daß interne Fragen unserer Partei und Fragen, die den Nerv unserer Politik und unserer Zusammenarbeit berühren, in dieser Form, wie das jetzt geschehen ist, in Interviews behandelt werden. Das sind zwei ganz verschiedene Dinge. Ich bin auch der Auffassung, daß man sich die Wahl seiner Gesprächspartner bei Interviews überlegen muß. Meine Auffassung ist – ich sage das ganz offen im Sinne der Stunde der Wahrheit oder der Besinnung, daß ich Herrn Wenger<sup>72</sup> – ein Mann, dessen notorischer Haß gegen diese Bundesregierung uns allen bekannt ist – nicht für einen geeigneten Interviewpartner für die Erörterung von Grundfragen der CDU/CSU halte.

Ich glaube, daß sachliche Auffassungsunterschiede, wenn sie in Fragen der Außenpolitik in unserem Kreise bestehen, zwar bedauerlich sind, bei einer großen Partei wie der CDU/CSU müssen sie aber berechtigt sein. Ich möchte ausdrücklich sagen, daß ich verstehe und würdige, wenn in der unerhört komplexen Situation, in der wir uns befinden, auch in den Grundfragen der deutschen Außenpolitik verschieden nuancierte Auffassungen vorhanden sein können. Ich möchte das betonen, glaube aber, daß gerade in diesen entscheidenden Fragen der Außenpolitik die Form der Diskussion wesentlich ist. Insofern ist es wohl für uns eine entscheidende Frage, daß wir diese Diskussion wirklich in die Organe verlagern, in die sie hineingehört: in den Vorstand der Partei, in das Präsidium der Partei, in den Vorstand der Fraktion und in die Organe der Fraktion.

Dabei kann es dann auch notwendig werden, daß wir uns in den Organen der Fraktion nicht nur einmal in der Woche treffen, daß wir uns im Vorstand der Partei alle zwei, drei Wochen hier zusammenfinden und uns dann – unbelastet durch vorherige Interviews, die nur zu tiefen und schweren Verstimmungen führen – sofort der Sache widmen, um uns hier anzunähern und tragbare Lösungen zu finden. Das ist das einzige, was bleibt.

Man muß sich nämlich darüber im klaren sein, daß weit über die realen Absichten derer hinaus, die in dieser Form ihre abweichenden Meinungen kundtun, in der öffentlichen Meinung und auch in der Anhängerschaft unserer Partei eine Vertrauenskrise mit einem Wust an Gerüchten, an Kombinationen, an Verdächtigungen entsteht, die schließlich, wenn es so weitergeht, zu einer Zerstörung auch der Zusammenarbeit in den Führungsgremien von Partei und Fraktion führen muß. Niemand möge sich darüber täuschen.

Einiges, was wir hier jetzt zum Thema FDP gehört haben, ist natürlich auch ein Reflex dieser Sache. Ich möchte hier ganz offen – die Erfahrungen der Fraktionsführung mögen etwas anders sein – aufgrund der guten Zusammenarbeit im Kabinett folgendes sagen: Nach den Erfahrungen des einen Jahres in der Bundesregierung können wir uns

---

72 Paul Wilhelm Wenger (1912–1983), Jurist und Journalist; 1945–1948 Landgerichtsrat am Landgericht Tübingen, 1946 Mitgründer der CDU Südwürttemberg, 1948–1983 Redakteur beim „Rheinischen Merkur“. – In der Auseinandersetzung zwischen Atlantikern und Gaullisten trat er entschlossen für eine enge deutsch-französische Freundschaft ein und war auf publizistischer Seite ein Gegenspieler von Außenminister Schröder.

im Grunde, wie die Dinge in Deutschland sind, einen relativ akzeptableren und zur Zusammenarbeit bereiteren Koalitionspartner als die FDP im Augenblick nicht vorstellen. Ich möchte das mit aller Deutlichkeit sagen, weil es ein verständliches Bemühen bei uns ist, sich manchmal mit der FDP kritisch auseinanderzusetzen. Wir können uns einen akzeptableren Koalitionspartner als die FDP mit ihrer jetzigen Führung nicht vorstellen. Aber das, was sich in unserem Lager seit Anfang August ereignet hat, muß natürlich zu starken Rückwirkungen in einer Partei führen, bei der intern die sachlichen Auffassungsunterschiede nicht geringer sind als bei uns, die nur aus ihren verheerenden Niederlagen der 50er Jahre gelernt hat und diese sachlichen Auffassungsunterschiede in einer viel geschickteren und glücklicheren Form austrägt, als wir das in der letzten Zeit getan haben.

Dann gibt es bei der FDP wohl auch die Vermutung, daß diese starke Aktivität von Kreisen der CDU/CSU, die gegen den Bundeskanzler und die Regierung eingestellt sind, auch weitergehende Überlegungen zum Ziele hat. Es gibt dort die Sorge – ob sie begründet ist, weiß ich nicht –, daß es Kräfte in der CDU/CSU gibt, die mit Personalien eventuell auch andere Koalitionskonstruktionen meinen. Sie müssen deshalb in diesen Äußerungen von Herrn Weyer – die ich natürlich bedauere – einen Reflex darauf sehen. Man will zum Ausdruck bringen: Wir sind auch in der Lage, daß wir anders handeln können. Die Ursachen für diese sehr bedauerlichen Schwierigkeiten mit der FDP, die Ursachen für diese jetzt zutage tretende Schärfe in der FDP-Haltung, die ich mißbillige und der wir entgegenzutreten haben, liegen sicher in dem, was sich bei uns seit August ereignet hat.

Ich möchte zu den anderen Fragen der Haushalts- und Finanzpolitik nichts mehr sagen; sie sind im allgemeinen hier schon behandelt. Ich bin auch der Auffassung, daß die Präsentation dieses Haushaltes in manchem hätte geschickter sein können. Das ändert aber nichts an den Sachfragen. Der Bundestag und der Bundesrat stehen vor unerhört schweren Entscheidungen, den schwersten, denen ich mich jedenfalls finanzpolitisch seit meiner Zugehörigkeit zum Bundestag gegenübergesehen habe.

Diese so in der Öffentlichkeit und in den eigenen Reihen als schwach und handlungsunfähig gekennzeichnete Bundesregierung hat sich in der Kabinettsberatung zu Maßnahmen entschlossen – und für die Ressortminister ist es nicht angenehmer als für die Abgeordneten, so etwas zu machen –, deren Realisierung im Bundestag bis zum Ende dieses Jahres ein Maß an Härte und Entschiedenheit und Konsequenz erfordert, das wir in voller Schärfe sehen sollten. Nicht nur in der Presse wurde gesagt, daß noch ein bis zwei Mrd. DM offen seien. Es gibt dazu auch Äußerungen aus unseren Kreisen. Ich brauche die Namen im einzelnen nicht zu nennen. Es gibt viele Äußerungen aus der CDU/CSU und der FDP. Wir erleben ja jetzt wieder solche Äußerungen aus den Regierungsfraktionen. Es werden einzelne Positionen herausgenommen und als untragbar bezeichnet, ohne daß die CDU/CSU und die FDP bis jetzt Ersatzlösungen hätten. Es ist nicht damit getan, daß jeweils eine Gruppe sagt, was sie als Ersatz anbietet. Es müssen alle zwei Fraktionen sich völlig geschlossen auf die Ersatzlösung für weitere Kürzungen einigen. Das hat im einzelnen noch zu geschehen. Wir dürfen also auf die Entschie-

denheit und die Kraft unserer Fraktionsführung, dahin zu arbeiten, vertrauen. Wir sollten weder die Schwere noch die Konsequenzen dieser finanzpolitischen Entscheidungen herabsetzen. Wir sollten sie nicht – wie das in den öffentlichen Diskussionen z. T. geschehen ist – in ein falsches Licht bringen lassen. Wenn diese Entscheidungen so oder vergleichsweise ähnlich fallen, haben wir nach meiner Überzeugung die Grundlage für eine geordnete Finanzwirtschaft für den Rest dieser Wahlperiode. Das ist das, was wir erreichen müssen.

Aber, meine Damen und Herren, dafür brauchen wir eine handlungsfähige Bundesregierung. Man kann nicht die Stellung dieser Regierung und ihrer Mitglieder auf der einen Seite durch eine z. T. ungezügelter öffentliche Debatte erschüttern und auf der anderen Seite dann sagen, daß das alles gar nicht gehe, sei nur eine Folge der Schwäche dieser Regierung. Das ist leider der Widerspruch, den wir in manchen Äußerungen der letzten Wochen zu verzeichnen haben. Ich sage ganz offen, daß die Zurückhaltung, von der der Kollege Lücke mit Recht für die Mitglieder der Bundesregierung gesprochen hat und die wir alle für uns in Anspruch nehmen, auch ihre Grenzen hat. Wenn die Dinge wieder so aufleben, wie es in den letzten Wochen war, werden mehrere Mitglieder der Bundesregierung – zu denen ich persönlich als erster gehöre – offen mit der gleichen harten Sprache antworten, wie wir sie aus dem „Bayernkurier“ und aus den Interviews kennen. Ich stimme Herrn Dichtel zu: Das ist ein Tiefpunkt für unsere Partei, der kaum noch zu übertreffen ist.

Ich glaube allerdings auch folgendes: Wir befinden uns jetzt im ersten Jahr dieser Wahlperiode. Wenn wir uns durch eine erneuerte Form, einen erneuerten Stil der Zusammenarbeit – ich sage noch einmal: wenn notwendig, sollten wir uns jede Woche treffen –, im Verstehen gegenseitiger Sachauffassungen, aber im Willen, die notwendige Stabilitätspolitik – Stabilitätsgesetz und Haushalt – durchzuführen, finden, dann haben wir, glaube ich, die Chance zu einem Wiederaufstieg, vor allem weil die Opposition wirklich nichts an Alternativen bietet. (*Beifall.*)

*Erhard:* Bevor wir einen Imbiß einnehmen, darf ich noch einmal zusammenfassen. Was Kollege Stoltenberg am Ende sagte, war durchaus richtig. Ich habe auch Interviews gegeben, im Fernsehen, im „Monitor“, im „Report“, sogar mit Herrn Gaus, dessen Gesinnung uns bekannt ist.<sup>73</sup> Sie werden in diesen Interviews nichts gefunden haben, was irgendeine Spitze gegen irgendeine Person hatte. Ich bin auf dem Boden der strengen Sachlichkeit geblieben. Man kann auch Interviews geben, ohne daß man sozusagen ausschlägt. (*Zustimmung.*)

Dann so ein kleines Beispiel: Die FDP wollte mich zwingen, das Sparförderungsgesetz unter gar keinen Umständen im Kabinett zu behandeln. Ich habe die Herren darauf aufmerksam gemacht, daß es so nicht geht und daß sie als Mitglieder des Kabinetts eine originäre Verantwortung haben und so gesehen nicht den Weisungen der Fraktion unterworfen sind. Es wäre meiner Ansicht nach eine ganz schlechte Sache gewesen, wenn

---

<sup>73</sup> Interview am 9. September 1966 mit Rudolf Rohlinger und Claus Hinrich Casdorff in der Sendung „Monitor“, am 19. September 1966 mit Günter Gaus in der Sendung „Report“.

die Bundesregierung darauf verzichtet hätte, dieses Sparprämien-gesetz zu verabschieden. Die Herren sind von hier aus in die Fraktion gegangen. Ich habe sie nachher gesprochen, und sie sagten, sie seien überzeugt, die Sache sei jetzt erledigt, nachdem eine breitere Behandlung stattgefunden habe. Ich habe die Koalitionsspitzen für Dienstagmorgen eingeladen. Ich glaube, der Gegenstand wird uns wenig beschäftigen. Aber wir können diese Gelegenheit benutzen, um noch andere Fragen der Koalition und der Zusammenarbeit dort zu erörtern.

Dann zu den Äußerungen hinsichtlich der Interviews und dergleichen. Meine lieben Freunde, was mich im besonderen gestört hat, war, daß diese Interviews ausgerechnet erfolgt sind – und in der Öffentlichkeit und Presse dann breitgetreten worden sind –, kurz nachdem der Bundeskanzler in Begleitung des Außenministers usw. von einer Auslandsreise zurückgekommen war. Das macht natürlich den miserabelsten Eindruck überhaupt. Hier ist davon gesprochen worden, wie eng bei uns der Spielraum in der Außenpolitik ist. Wenn die Regierung in dieser Weise diskriminiert wird, wird der Spielraum noch viel enger; sie kann nicht mehr glaubwürdig auftreten.

Wir kamen z. B. aus Oslo und aus Stockholm zurück.<sup>74</sup> Da wurden meine Äußerungen in bezug auf die Zusammenarbeit und die Verbindung zwischen EWG und EFTA kritisiert, als ob ich das Vaterland verraten hätte. Was habe ich denn gesagt? Ich habe genau den Standpunkt vertreten, wie ihn z. B. der französische Ministerpräsident<sup>75</sup> einnimmt, daß durch die wirtschaftliche Integration nicht die politische Union, nicht eine neue politische Gestalt Europas entsteht, sondern daß da neue und originäre Anläufe erforderlich sind.

Nun, wie war das? Die Fragen der politischen Union – sprich: Fouchet-Plan I oder II – waren im Frühjahr 1962 völlig zusammengebrochen.<sup>76</sup> Als ich im Oktober 1963 mein Amt antrat, war es das erste, diese Gespräche um die politische Union, um die politische Zusammenarbeit neu zu beleben. Der französische Staatspräsident stimmte mir zu. Er sagte: Die EWG möge ihre Aufgabe erfüllen. Aber die EWG wird nicht das Gehäuse für das politische Europa. Die EWG hat originäre wirtschaftliche Aufgaben, die sicher politische Akzente haben; aber sie kann nicht das politische Europa sein.

So habe ich argumentiert, als ich in Oslo war. Ich habe dort nichts anderes gesagt, als was 14 Tage später der Präsident Hallstein<sup>77</sup> ausgeführt hat – ohne kritisiert zu werden

---

74 Erhard hielt sich vom 18. August bis 1. September in Norwegen und vom 1.–4. September 1966 in Schweden auf. Vgl. AdG 1966 S. 12690–12692, Nr. 269, 271.

75 Georges Pompidou.

76 Vgl. Nr. 2 Anm. 45. – Christian Fouchet (1911–1974), französischer Diplomat und Politiker; 1954/55 Minister für tunesische und marokkanische Fragen, 1958–1962 Botschafter in Kopenhagen, 1961/62 Vorsitzender des Sachverständigenausschusses zur Ausarbeitung der Statuten für eine politische Union, März bis Juli 1962 letzter Hochkommissar in Algerien, Dezember 1962–1967 Erziehungsminister, 1967/68 Innenminister.

77 Prof. Dr. Walter Hallstein (1901–1982), Jurist; 1950/51 Staatssekretär im Bundeskanzleramt und 1951–1958 im Auswärtigen Amt, 1958–1967 Präsident der Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, 1968–1974 Präsident der Europäischen Bewegung, 1969–1972 MdB (CDU). Vgl. LEXIKON S. 261.

–, nämlich daß man nach Wegen suchen müsse, um auch andere europäische Länder in die EWG einzubeziehen. Hier ist der Sache eine völlig falsche Deutung gegeben worden, falsch in bezug auf die Sache, nämlich hinsichtlich der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, falsch aber auch in der Beziehung, daß man daraus einen Gegensatz zwischen Deutschland und Frankreich ableitete.

Dann kamen wir von Amerika zurück, und ohne daß die Betreffenden überhaupt eine Ahnung hatten, was da gesprochen wurde, wurden Deutungen hineingetragen, die nicht nur falsch, sondern gefährlich sind. So wurde z. B. der Vorschlag, diese Dreier-Kommission zu bilden, als neues Direktorium dargestellt. Das Wort „Direktorium“ ist nie gefallen. Es kommt in keinem Kommuniqué vor und wurde von den Ministern, die in Washington mit dabei waren, niemals ausgesprochen.

Ich möchte also sagen: Es ist das Schlimmste, wenn diese Äußerungen noch mit Reisen zusammenfallen, die der Bundeskanzler im Ausland unternimmt. Da wird die Sache dann vorher oder nachher in der Presse so gedeutet, als ob er zu Hause überhaupt nichts zu sagen hätte. Wenn das noch vom ganzen Bundestag geschehen würde, dann wüßte ich, daß eine Opposition dahinter ist. Aber wenn das fast nur aus den eigenen Reihen kommt, ist die Sache mißlich. Mich hat im letzten Jahr keine Äußerung der SPD sonderlich gestört. Was die SPD will und welche Taktik sie einschlägt, ist durchsichtig genug. Nein, gefährlich sind nur die Äußerungen aus den eigenen Reihen. Wenn ich da Überschriften lese von der „Not des Vaterlandes“, „Das Vaterland ist in Gefahr“, dann möchte ich fragen, ob diese Gefahr durch solche Interviews gebannt wird. Meiner Ansicht nach wird sie nur größer werden.

Meine Damen und Herren, dann komme ich zu der Frage der Kabinettsreform. Mein Amtsvorgänger, Herr Adenauer, hat einmal gesagt: Ein Bundestagswahlkampf ist verhältnismäßig einfach; aber eine Kabinettsbildung ist ungleich schwieriger und erregt die Menschen sehr viel mehr. Ich kann im Augenblick unmöglich in dieser schon überhitzten Diskussion in der Öffentlichkeit und in der Darstellung der Presse jetzt auch noch den Streit um Personen bei einer Kabinettsumbildung brauchen. Deshalb habe ich glatt gesagt: Nein! Ich glaube, das müßte und sollte respektiert werden, nicht nur formell, sondern auch aus Überzeugung.

Dann kommen wir zu der Frage des Haushaltes. Ja, meine Freunde, wir haben nicht dem Finanzminister allein die Planung überlassen, wie er den Haushalt – insbesondere nach der Ausgabenseite hin – gestaltet, sondern wir haben einen Kabinettsausschuß berufen, in dem vier Mitglieder unserer Partei saßen – drei von der CDU; es waren dies die Minister Schmücker, Stoltenberg, Katzer von der CDU und von der CSU Herr Niederal<sup>78</sup> –, alles gerade auf diesem Gebiet erfahrene Leute, die schon lange im Kabinett sitzen oder aus ihrer längeren Mitgliedschaft im Bundestag über diese Materie Bescheid wissen. Ich muß wirklich sagen: Diese Leute hätten einen besseren Dank für ihre aufopfernde Arbeit verdient, als daß man an einzelnen Punkten dieses Etats die Kritik

---

78 Alois Niederal (1911–2004), Jurist; 1953–1969 MdB (CSU), 1962–1966 Bundesminister für Angelegenheiten des Bundesrates und der Länder. Vgl. KEMPF/MERZ S. 503–506.

ansetzt, obwohl der Etat noch gar nicht bekannt ist; denn man kann die Dinge nur in der Zusammenschau wirklich richtig erkennen.

Meine Damen und Herren, wenn Sie dann in der Fraktion darüber beraten, werden Sie etwas Weiteres spüren. Vorhin ist von dem geringen Spielraum gesprochen worden – ich zitiere das Wort noch einmal –, der uns bleibt. Ich meine jetzt nicht die Außenpolitik, sondern die Innenpolitik und vor allen Dingen die Haushaltspolitik. Meine lieben Freunde, wir wenden nämlich nicht erst seit gestern und vorgestern, sondern seit zehn und mehr Jahren eine Methode an, die auf die Dauer nicht mehr brauchbar ist. Indem wir überzeugt waren, daß die Sache ruckartig hochschießt, haben wir Ausgaben beschlossen, die mit automatischen Erhöhungen verbunden waren, ohne zu wissen, ob die Haushalte der nächsten Jahre das verkraften können. Das werden Sie selber spüren, wenn Sie darüber beraten. Die Manipulationsmasse, innerhalb deren eine wirklich freie Entscheidung über die Mittelverwendung möglich ist, ist außerordentlich gering.

Den Punkt, den Herr Barzel hier angesprochen hat, halte ich für richtig: Wir müssen in unserer Haushaltsgebarung – nicht in der jährlichen, sondern in der Vorausschau auf mehrere Jahre – gewisse Rangordnungen, gewisse Wertigkeiten aufstellen und Überlegungen nach Notwendigkeiten und Nützlichkeiten anstellen. Aber das scheidert vielfach daran, daß eben die ungebundene Masse des Haushalts so außerordentlich gering ist. Dazu, wie wir aus dieser Misere, die uns noch jahrelang beschäftigen wird, herauskommen werden, kann ich Ihnen kein Geheimrezept nennen.

Nun zu der Frage der Zone. Wir werden damit noch viel Ärger haben, und es wird noch manche Überlegung notwendig sein. Wir hatten in dieser Woche auch eine Unterhaltung mit den deutschen Sportverbänden.<sup>79</sup> Was da an Problematik auf uns zukommt, kann ich Ihnen gar nicht drastisch genug schildern. Das ist eine Frage, die sorgfältigster Überlegungen bedarf. Damit ist nämlich hohe Politik angesprochen, und das berührt die Grundsätze, die wir bisher in unserer Politik konsequent vertreten haben.

Das gleiche gilt z. B. in bezug auf die Post. Ich möchte das hier nicht vor Ihnen ausbreiten. Aber der Kollege Stücklen hat von drüben einen Brief erhalten, der zu den größten Befürchtungen Anlaß gibt, wie die Weiterführung der Post zwischen der Bundesrepublik und der Zone gestaltet werden soll.

In einer Sache bin ich mit Ihnen, Herr Kollege Behrendt, völlig einverstanden; ich habe das vorher schon mit dem Kollegen Barzel abgesprochen. Ein halber Bundesbeauftragter – ich zitiere Barzel wörtlich – ist keine Lösung. Unabhängig, was dort geschieht, nach Berlin gehört ein Bundesbevollmächtigter hin, der infolge seiner politischen Kraft und Geltung den Rang hat, der für die Sache Berlins notwendig ist. Das werden wir in Kürze regeln. Der bisherige Zustand war nicht als Endlösung gedacht. Ich darf sagen, daß da taktische politische Rücksichtnahmen eine Rolle gespielt haben.

---

<sup>79</sup> Erhard, Lücke, Mende und Schröder trafen sich am 4. Oktober 1966 mit Vertretern der Sportverbände, vgl. „Kölner Stadtanzeiger“ vom 4. Oktober 1966 „Sport als Prügelnabe“; „Welt“ vom 5. Oktober 1966 „Der Sport am Strafraum der Politik“; „Rheinische Post“ vom 5. Oktober 1966 „Politik überfordert den Sport“.

Ich darf abschließend sagen: Wenn wir so weiterfahren, daß wir immer zur Sache kommen und uns der Problematik und Schwere der Aufgabe in einer völlig veränderten Welt bewußt sind, dann werden wir auch den rechten Standort für unsere deutsche Politik finden, und wir üben Einfluß aus, soweit wir können. Aber wir sind nicht nur Subjekt des weltpolitischen Geschehens, wir sind auch Objekt. Hier den richtigen Standort zu finden, ist nicht immer eine leichte Aufgabe. Aber die Bundesregierung hat bisher immer konsequent gehandelt, nicht zuletzt auch in Washington, als es z. B. um die Frage der Genfer Verhandlungen ging. Wir haben gesagt: Wir werden kein Abkommen unterschreiben, das nicht eine Regelung im Bündnis vorsieht, ein befriedigendes Arrangement vorsieht. Wir werden keine Regelung gutheißen, die den Status quo hinsichtlich der Zone und Berlins zementiert. Also wir haben wirklich gestanden. Es sollte in allen Parteigremien kein Zweifel sein, daß die Bundesregierung nicht nur bereit ist, diesen Standpunkt zu vertreten, sondern auch durchzusetzen.

Damit möchte ich für jetzt die Sitzung unterbrechen; ich glaube, wir sollten uns zu einem kleinen Imbiß zurückziehen. (Kohl: Zur Geschäftsordnung!) – Ja, bitte.

Kohl: Herr Bundeskanzler, ich möchte beantragen, daß der Punkt 1 zuerst abgeschlossen wird. Ich stehe auch noch auf der Rednerliste und habe mich sehr früh gemeldet. Ich nehme an, daß sich auch andere Kollegen dieser Auffassung anschließen. Nach den bisherigen Erfahrungen war es ja so, daß nach der Pause erstens einmal das Gremium gelegentlich nicht mehr beschlußfähig war und daß zum zweiten auch die Aufmerksamkeit nicht mehr die allergrößte war. Ich glaube, daß wir alle durch das Wirtschaftswunder biologisch so gediehen sind, daß wir auch noch  $\frac{1}{2}$  oder  $\frac{3}{4}$  Stunde zusammenbleiben können.

Erhard: Ich habe nichts dagegen. Wir haben noch vier Wortmeldungen vorliegen. Sollen wir sie noch erledigen? – (Zustimmung.) Gut, dann kommen Sie selber dran, Herr Kohl.

Kohl: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß die Diskussion in einem engen Zusammenhang geführt werden muß. Ich stimme Herrn Barzel in dem zu, was er von der Gesamtsituation der Partei gesagt hat. Das gilt für die Partei auf allen Ebenen, in den Gemeinden genauso wie in den Ländern und im Bund. Hinsichtlich des Ansehens bei der Bevölkerung ist es bei uns 5 Minuten vor 12.

Ich glaube, man sollte in unseren Reihen nicht davon träumen, daß etwa auf dem Wege einer großen Koalition die Dinge zu lösen wären. Ich glaube überhaupt nicht, daß das eine Lösung ist. Das, was wir heute beobachten, ist seit vielen, vielen Jahren angelegt. Ich stelle mit Amusement fest, daß mancher, der heute gegen Interviews ist, vor einigen Jahren erhebliche Interviews gemacht hat. Hier haben sich die Fronten z. T. auch etwas gewandelt. Wie utopisch es ist, mit disziplinareren [sic!] Maßnahmen hier vorzugehen, lassen Sie mich nur an einem Beispiel sagen: Wollen Sie etwa den Ehrenvorsitzenden der CDU<sup>80</sup> mit diesen disziplinareren [sic!] Mitteln behandeln, der jahrelang die Lokomotive der CDU war? Man muß das in diesem Maßstab sehen.

---

80 Konrad Adenauer.

Das, was wir heute als die Misere der CDU bezeichnen, ist nicht heute und gestern entstanden. Man kann es ganz konkret festlegen. Hier in diesem Raum war im Jahre 1959 ein ähnlicher Kreis wie heute zusammen, und der hat Konrad Adenauer zum Bundespräsidenten vorgeschlagen. Von diesem Zeitpunkt an können Sie sehr konkret die steigende Führungslosigkeit innerhalb der CDU beobachten.

Ich will das sagen, obwohl Herr Adenauer nicht da ist. Ich würde es auch sagen, wenn er dabei wäre. Es soll ja manche führenden Parteifreunde geben, bei denen man den Eindruck hat, wenn der Ehrenvorsitzende da ist, reden sie nicht mit der gleichen Präzision, wie wenn er nicht da ist. Ich habe den Eindruck gewonnen, daß mancher in zwischen seine Haltung etwas modifiziert hat. Ich habe nicht zu denen gehört, die die Fahne Konrad Adenauers unter allen Umständen bei allen Fragen – auch der innerparteilichen Demokratie – gehißt haben. Damals sind nämlich die Dinge in der CDU eingeführt worden, unter denen wir heute noch leiden. Es hätte manchem gut angestanden zu jenem Zeitpunkt, als dieses System der Zusammenarbeit begründet wurde – ich will ein Wort aufnehmen –, schon damals aus Gründen der innerparteilichen Demokratie aufzustehen. Es scheint mir wichtig zu sein, das zu sagen.

Es sind dann einige Dinge gesagt worden, auf die ich in der Kürze der Zeit nicht eingehen kann. Das wichtigste scheint mir zu sein, daß unsere Anhänger draußen im Lande, und zwar überall quer durch die Bundesrepublik, zwei Fragen an die CDU stellen und daß die Mehrheit im Augenblick diese Fragen verneint. Das ist das Ergebnis der jetzigen demoskopischen Umfragen und der furchtbare Ausgangspunkt für die bevorstehenden Landtagswahlen in einigen Ländern.

Die erste Frage ist: Ist diese CDU in der Lage, sich solidarisch zu verhalten? Das wird von weiten Kreisen unserer Parteifreunde in den Ortsverbänden wie von unseren Wählern entscheidend verneint. Es wird aber nicht erst seit heute verneint, sondern schon seit einiger Zeit.

Das zweite: Ist diese CDU in der Lage, ihre Führungspotenzen, die sie ohne Zweifel hat – alles was hier über die SPD gesagt worden ist, unterstreiche ich aus meiner Sicht –, so zusammenzufassen, daß sie die dynamische Führungskraft der deutschen Politik bleibt? Auch die zweite Frage wird verneint. Das ist nicht nur Gerede der Leute, sondern es gibt Dutzende von Belegstellen dafür, warum der Wähler denkt, daß wir die Führungskraft nicht haben.

Sie können hier noch so ausgezeichnete Ausführungen über die Problematik unseres Verfassungsaufbaus im Verhältnis Bund-Länder machen; der Normalbürger sagt: Die CDU-Ministerpräsidenten im Bundesrat und die CDU-Bundestagsfraktion können sich in der Frage des Bund-Länder-Anteils nicht einigen. Den Normalbürger interessiert überhaupt nicht, wie schwierig und ausgegoren dieser Punkt unserer Verfassung aus dem Jahre 1948/49 ist. Der Normalbürger sagt: Wir haben diese Leute gewählt, sie haben gesagt, sie seien stark und kräftig – und wir waren es durch 15 Jahre hindurch –, warum sind sie jetzt nicht in der Lage, sich zusammenzusetzen? Ich will nicht auf die rechtlichen Institutionen – Vermittlungsausschuß – eingehen. Die politische Zeche – egal, was rauskommt – bei dieser Sache zahlen wir. Der Normalbürger sagt: Was ist das



für ein Haushalt, wenn die Bundesländer jetzt mit einer solchen Quote – von Ihrem Rechtsstandpunkt ausgehend – rechnen, während der Bund einen Haushalt mit einer anderen Beteiligungsquote vorlegt und seinen Rechtsstandpunkt betont? Dabei sagt man doch immer, wir seien für Haushaltsehrlichkeit, für Stabilität. Die Voraussetzung für Stabilität ist ein Status. Dieser Status soll gerecht und ehrlich sein. Ich soll am Dienstag zum Etat reden.<sup>81</sup> Ich weiß nicht, was ich zu diesem Punkt im Landtag sagen soll. Ich kann nur sagen: Die anderen machen es genauso. Das ist aber eine ganz mißliche Ausrede.

Genauso ist es bei dem Thema Einsparungen und Opfer. Es ist nicht die Schuld des Bundeskanzlers Ludwig Erhard, es ist die Schuld von uns allen, daß wir vor der Wahl Gesetze gemacht haben, die wir alle nach der Wahl für falsch hielten. Der Normalbürger sagt, das sei Wahlbetrug. Wenn Sie ihn anzeigen würden, würde das in einem normalen Rechtsstreit wahrscheinlich in der Form akzeptiert werden.

Wir fangen jetzt an und sagen, es müßten Opfer gebracht werden. Das ist eine Sache, die einem in dieser Form einfach nicht passieren darf. Es ist das eine Frage, wenn ich so sagen soll, des mangelnden Durchsetzungsvermögens. Es gibt eine Reihe von Fragen, wo wir erwarten, daß unsere Bürger Opfer bringen. Ich glaube, der durchschnittliche Bürger in unserem Lande ist bereit, Opfer für die Stabilität zu bringen. Das kann man in jeder Versammlung erleben. Die Leute sagen: Ich bin bereit, zu geben, ich will aber das Gefühl einer ungefähren Gerechtigkeit haben, so daß alle Leute mit drankommen. Man darf nicht anfangen, das Kilometergeld, die Sparförderung und die Mineralölsteuer nacheinander auf den Tisch zu legen, sondern das Ganze muß an einem Tag der Öffentlichkeit übergeben werden. Kommt das in einer so wichtigen Frage nicht zustande, dann können wir nicht von Stabilität innerhalb der Führung und von Führungskraft reden.

Ich bin mit allen, die das gesagt haben, der Meinung, daß unser Hauptproblem im Augenblick nicht die Personalfragen sind, sondern die mangelnde Erörterung und Beschlußfassung in den zuständigen Kreisen über die Sachfragen. Man macht es sich zu einfach, in der Außenpolitik zu sagen: Das sind Gaullisten, das sind Atlantiker. Das ist eine ganz törichte Gleichstellung der Leute. Daß wir mit Personalproblemen bis zum Überdruß angereichert sind, ist eine Sache für sich. Aber eine funktionierende Partei muß in der Lage sein, diese Gegensätze unter sich auszutragen.

Das ist auch meine Frage an diesen Vorstand, seit ich ihm angehöre. Wir haben in der ganzen Zeit vier oder sechs Sitzungen abgehalten. Wir müssen uns hier zusammensetzen. Über die Wahlergebnisse von Hessen und Bayern werden wir wahrscheinlich in eine sehr schwierige Situation kommen.

Herr Kollege Stoltenberg, hier ein Wort zu dem Problem CSU. Es nützt überhaupt nichts, solche Proklamationen in diesem Kreise abzugeben. Wer hindert uns eigentlich, mit dem geschäftsführenden Landesvorstand der CSU – das wäre das adäquate Gremi-

---

<sup>81</sup> In der Landtagssitzung am 11. Oktober, vgl. Sten.Ber. des Landtags Rheinland-Pfalz 63. Sitzung S. 2273–2276 und S. 2285–2287.

um – zusammenzutagen? Ich weiß nicht, ob das, was Sie hier gesagt haben, in der Form auch vor dem Fraktionsvorstand gegenüber dem Kollegen Strauß gesagt wurde. Ich habe den Eindruck, daß eine Reihe unserer sogenannten starken Männer kometengleich durch die Gegend schießen, ihre Reden ablassen, sich dann ins Hinterland zurückziehen und dann dem anderen den Scherbenhaufen überlassen.

Nur eines sollten Sie nicht meinen. Mein Leib- und Magenblatt ist nicht der „Rheinische Merkur“. Er ist aber das Hauptblatt der katholischen Pfarrer in der Bundesrepublik. Ich würde Sie also bitten, den „Rheinischen Merkur“ nicht mit diesem Akzent zu versehen. (*Zuruf:* Herrn Wenger!) Herrn Wenger können Sie nicht mit dem „Rheinischen Merkur“ identifizieren; er ist dort Redakteur.

Man kann ernsthaft mit dem Kollegen Gerstenmaier reden, ob es richtig ist, in dieser Situation ein Interview abzugeben. Aber umgekehrt hat es uns allen jahrelang gutgetan, daß Leute wie Eugen Gerstenmaier und andere im intellektuellen Bereich so ein Aushängeschild der CDU waren. Wenn er nun heute eine etwas unbequeme Meinung sagt, dann kann man es nicht in der Form abtun, wie er es z. T. in der Bundestagsfraktion, z. T. und noch mehr in den Couloirs der Bonner CDU-Politik geschehen ist.

Ich stehe dafür, daß der Kollege Gerstenmaier einen Satz zurücknimmt, den er gesagt hat. Herr Kollege Gerstenmaier, es ist einfach falsch, aus Ihrer Haltung heraus, die Sie in der Diskussion eingenommen haben, zu sagen, daß Sie nicht an den Wahlkämpfen teilnehmen. Ich halte das nicht für richtig. Ich bin auch überzeugt: Wenn Sie die Sache überschlafen haben, werden Sie zu dem gleichen Ergebnis kommen. Sie sind ein streitbarer Schwabe. Ich habe insofern nichts dagegen, wenn Sie einen solchen Satz in der Erregung herausgebracht haben. Ich würde Sie herzlich bitten, diesen Satz zurückzunehmen. Unsere Partei ist dadurch groß geworden, daß wir eine Fülle von Talenten haben. An hervorragender Stelle gehört auch der amtierende Bundestagspräsident dazu. Das sollte in dieser Diskussion mit aller Entschiedenheit und Deutlichkeit herausgestellt werden. (*Unruhe.*)

Zur Solidarität gehört auch, daß man aufeinander hört. Ich bin gern bereit aufzuhören. Aber wir in den Landesverbänden sind doch diejenigen, die zunächst die Haut zu Markte tragen. Deshalb müssen Sie die paar Ausführungen schon anhören.

Ich bitte dringend darum, daß wir in diesem Kreise möglichst bald – ich habe das schon vor vier Sitzungen beantragt – einmal nur über die Fragen der Außenpolitik sprechen, und zwar in Gegenwart der Herren der CSU, so daß man tatsächlich einmal die Möglichkeit hat, die Meinungen kennenzulernen. Wir haben über außenpolitische Fragen im Bundesvorstand – mit Ausnahme der Eingangsberichte – in all diesen Jahren überhaupt nicht gesprochen. Zur Zeit des Bundesvorsitzenden Adenauer war es üblich, daß nach dem Bericht unmittelbar das kalte Büfett eröffnet wurde. (*Heiterkeit.*)

Später war es dann so – ich erinnere mich, ich saß hier –, wenn eine Auseinandersetzung kam, daß Herr Schröder ein Gesicht zog, und Herr Adenauer sagte: Der Herr Schröder schreibt mit. Aber der Herr Schröder hat sich dann nicht zu Wort gemeldet. (*Zuruf:* Das war nicht immer so, Herr Kohl! – *Schröder:* Soweit ich weiß, hat Herr Dr. Adenauer das nicht zu Ihnen gesagt! – *Weitere Zurufe.*)

Mir hat jedenfalls gefehlt, daß er heute nicht da ist. Ich würde aber sagen, bei dieser Diskussion muß er dabei sein. (*Schröder*: Nein, nein, das lassen Sie lieber! Die anderen genügen!)

Da muß ich Ihnen entschieden widersprechen. Für die CDU in Deutschland – Sie mögen Ihre Haltung gegenüber Adenauer modifiziert haben –, für viele unserer Anhänger ist Konrad Adenauer immer noch ein enormes Kapital. (*Beifall*. – *Schröder*: Das hat nichts mit dem Thema zu tun! Es handelt sich hier um Fragen der Nützlichkeit! Jetzt geht es um die Organisation einer solche Aussprache!) Aber Herr Kollege Schröder, wir sind uns hoffentlich einig, daß bei einer solchen Debatte, ein Mann, dessen Namen in unserer Geschichte diese Rolle spielt, auch an den Beratungstisch gehört.

Ich würde nur darum bitten, daß der Bundesparteivorsitzende diese Gespräche bald anberaumt und daß der Kollege Stoltenberg dann auch aufsteht, und das Entsprechende sagt. (*Stoltenberg*: Das habe ich auch getan!) Ich möchte einmal dabei sein, Herr Stoltenberg, und ich hätte gern, daß auch andere aufstehen und das einmal sagen.

Ich sage das nicht aus irgendeiner Bösartigkeit oder irgendeinem Komplex. Ich möchte aber, daß jemand, der nicht im Bundestag sitzt, der aber in der Partei in einer gewissen Verantwortung steht, auch Gelegenheit hat, in einem geschlossenen Kreis darüber zu sprechen. Mir wurde erst jetzt gesagt, daß es nicht möglich war, daß Sie auf den letzten zwei Parteitag ein Referat zum Thema Außenpolitik gehalten haben. Es wurde ja auch der Vorwurf erhoben, daß sich der Evangelische Arbeitskreis mit Außenpolitik befaßt. (*Schröder*: Ich spreche viel lieber auf dem Parteitag! – *Weiterer Zuruf*: Zur Sache!)

Das gehört alles zur Sache. Das sind Dinge, die heute bei uns diskutiert werden. Sie bringen diese Geschichten nicht aus der Welt, wenn wir nicht in diesem Kreis unter uns darüber sprechen. Deshalb mein dringender und herzlicher Wunsch, Herr Bundeskanzler – ich brauche ihn nicht in einen Antrag zu kleiden –, machen Sie dieses Gespräch bald, damit jeder die Möglichkeit hat – wie wir in der Pfalz sagen –, sich auszukotzen und nicht hinterher einer sagen kann, er habe nicht Gelegenheit gehabt, über dieses Thema zu sprechen. Dann brauchen wir nicht mehr über disziplinäre [sic!] Mittel zu reden.

Lassen Sie mich noch folgendes sagen. Ich habe nicht den Eindruck, daß wir mit Proklamationen, in einem formellen Beschluß diese Dinge ändern können. Ich halte mehr davon, wenn wir jetzt den Versuch unternehmen, die Führungskraft dadurch wiederherzustellen, daß wir nicht dauernd darüber reden, sondern Taten folgen lassen. Ich habe ein bißchen das Gefühl, daß wir uns in der ganzen Sache in den letzten Wochen noch weiter auseinander geredet haben. Wir haben vorhin gehört, daß der CSU-Landesvorstand heute tagt. Wie schon angedeutet wurde, wird er möglicherweise bestimmte Beschlüsse fassen. Wir können uns vorstellen, was wir erst in dem Fall zu erwarten haben, daß die bayerischen Landtagswahlen nicht so ausgehen, wie wir alle das wünschen. Deshalb möchte ich, Herr Vorsitzender, daß vor diesem Wahltermin in diesem Kreise ein solches Gespräch ermöglicht wird. (*Beifall*.)

*Schmücker*: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Die allgemeine Debatte war sehr lang. Die Erkenntnis, die ich immer aus solchen Debatten ziehe, ist: Wie reich

ist doch die deutsche Sprache, daß man über ein und denselben Gegenstand mit so verschiedenen Formulierungen reden kann.

Jemand hat die Forderung gestellt, wir sollten sachlich arbeiten, aber noch niemand hat eine Sache unmittelbar angesprochen. (*Zuruf: Doch, doch!*)

Hier liegt nun der Antrag des Kollegen Adorno vor. Ich meine, dazu müssen wir uns äußern. Das geht aber nicht so, daß wir uns an den Knöpfen abzählen: 35, 37, 39%. Herr Kollege Adorno, es ist bisher noch niemals gelungen, sich vorher zu einigen. Es ist immer erst im Vermittlungsausschuß gelungen, wo Position gegen Position aufgerechnet werden konnte. Wenn wir uns heute entscheiden wollen – ich bin dafür, daß wir das tun –, müssen wir das allgemeine Reden drangeben und Position gegen Position aufrechnen.

Ich will aber zur Unterstützung Ihres Anliegens einen Vorschlag machen, einen Vorschlag, der die Länder ärgern wird, nämlich daß wir bei 39% bleiben. Bei der Schaffung des Grundgesetzes war nämlich noch nicht vorauszusehen, daß die vermehrten Verteidigungsausgaben auf den Bund zukommen. Wenn man aber heute eine Kürzung vornimmt, dann muß auch die Möglichkeit gegeben werden, wesentliche Kürzungen vorzunehmen. Das kann aber nur so verkräftet werden, daß man Aufgaben an die Länder abtritt. Dazu müßten sich die armen Länder einmal äußern. Oder aber man müßte bei bestehenden Gesetzen weitere Kürzungen vornehmen. Schließlich gibt es noch die Möglichkeit, die Steuern zu erhöhen. Solange zu diesen drei Punkten nicht konkret Stellung genommen worden ist, nützt eine Aussprache über den Anteil von Bund und Ländern gar nichts. (*Kohl: Das ist dann ein Gegenstand der Aussprache!*) Lieber Herr Kohl, bisher ist es so gewesen, daß nur gefordert wird: Wir müssen alles tun. Mit dieser Forderung wird die Sache nicht erledigt. Ich meine, nachdem nun der Antrag Adorno hier vorliegt, müssen wir uns zu einer Mehrheitsentscheidung hier durchringen. Das sollte meine Anregung dazu sein. Wir sollten den Versuch machen, künftig die allgemeine Aussprache nicht in dieser Art und Weise ausufern zu lassen. Was hier gesagt worden ist, wissen wir alle. (*Beifall.*)

*Dittmar:* Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Es ist hier so viel das solidarische Verhalten unserer Partei beschworen worden. Ich möchte sagen, daß ich dieses solidarische Verhalten in einem ganz konkreten Punkte im Monat August vermißt habe. Das war, als unser Freund von Hassel in der erbärmlichsten Weise von allen möglichen und unmöglichen Zeitungen angegriffen worden ist.<sup>82</sup> Das haben viele Mitglieder unserer Partei nicht verstanden. Damals haben Solidaritätskundgebungen gefehlt. Die sollten wir eigentlich jetzt nachholen. Wir können es nicht dem Landesvorstand von Schleswig-Holstein allein überlassen, hier eine entsprechende Äußerung von sich zu geben. Ich habe mich sehr für Sie gefreut, wie Sie diese Dinge überstanden haben. Ich

---

82 Verteidigungsminister von Hassel hatte am 25. August 1966 Heinz Trettner (Generalinspekteur der Bundeswehr) und Werner Panitzki (Inspekteur der Luftwaffe) in den einstweiligen Ruhestand versetzt, vgl. HILDEBRAND S. 213; vgl auch die Aufzeichnungen im „Militärischen Tagebuch“ von Hassels (ACDP 01–157–003/2). – Zur Kritik in den Zeitungen, vgl. „Welt“ vom 25. Juni und 25. August 1966; „Süddeutsche Zeitung“ vom 24. August 1966.

möchte Ihnen dazu meinen Glückwunsch sagen, und ich glaube, ich bin in der Partei nicht der einzige. Ich glaube, wenn wir uns auch in dieser Richtung die Sache eine Überlegung wert sein ließen, dann wäre das gut. In eine solche Situation wie Herr von Hassel kann jeder unserer führenden Leute kommen. Herr Blank hat es vor nunmehr zehn Jahren auch erlebt,<sup>83</sup> und auch er hat damals merken müssen, daß die Partei nicht so hinter ihm gestanden hat. (*Blank*: Das ist immer so!) Es muß nicht immer so sein.

Hier ist bei den Sachfragen die Kilometerpauschale angesprochen worden. Herr Fay, Sie werden das in Ihrem Landtagswahlkampf spüren. Die Kürzung der Kilometerpauschale kann nicht verkauft werden, wenn sie nur die Arbeitnehmer betrifft. Wenn ein Bankdirektor von Kronberg nach Frankfurt im Auto geholt wird, dann ist das für ihn keine einkommensteuerpflichtige Sache. (*Zuruf*: Meinen Sie einen bestimmten?)

Ich könnte mir vorstellen, daß, wenn ein Rechtsanwalt von dort mit dem Auto fährt, das auch keine Rolle spielt. Hier sollte aber für uns der wichtige Grundsatz der steuerlichen Gleichbehandlung gelten. Wir sind doch nach dem Gesetz angetreten, in der Politik Gerechtigkeit walten zu lassen. Bei der Steuer fängt es an. Wir wissen doch, zu welcher Perversion diese Kilometerpauschale geführt hat. Ich könnte hier allerhand Beispiele aus Hamburg oder Frankfurt anführen. So geht es nicht. Hier sollte sich die Fraktion und der Fraktionsvorstand überlegen, wie man eine steuerliche Gleichbehandlung erreichen kann. Gerechtigkeit erhöht ein Volk, das gehört auch dazu.

Auch bei der Sparprämie handelt es sich um ein Sachproblem, das wir seit Mitte 1964 kennen. Der Bundestag bzw. die Fraktionen haben dieses Problem immer vor sich hergeschoben. Auch die Bundesregierung hat das Problem seit 1964 vor sich hergeschoben. Die Eigentumsbildung erfordert auch, daß wir die Mißverhältnisse im Bereich der Sparförderung, die sich erst im Laufe der Jahre herausgestellt haben, nicht auf unbestimmte Zeit fortbestehen lassen. Wir sind auf dem richtigen Wege. Es ist jedoch notwendig, daß wir die Dinge propagandistisch richtig verkaufen. Wir dürfen das nicht als eine Sache des momentanen Haushalts, sondern der Grundsatzpolitik unserer Partei betrachten. (*Beifall*.)

*Barzel*: Der Herr Bundeskanzler hat mich gebeten, für einen Moment die Leitung zu übernehmen, weil der Antrag des Kollegen Dichtel noch zu erledigen ist. Ich glaube, daß wir das vor Tisch noch schaffen.

Ich möchte aber zu den Einzelheiten des letzten Diskussionsredners noch einiges sagen. Nach dem, was ich von der Regierung durch Zuruf höre, sind Sie über die Kilometerpauschale objektiv falsch informiert.

Herr Dichtel hat nun den Antrag gestellt, auch der Parteivorstand solle über die Erklärung, die die Fraktion abgegeben hat – Erhard ist und bleibt Bundeskanzler –, abstimmen, um diese Debatte in der Öffentlichkeit zu beenden. Meine Damen und Herren, finden Sie das für richtig, daß wir das machen, oder wünschen Sie eine Aussprache, ob das tunlich ist oder nicht? (*Zurufe*: Abstimmen!)

---

83 Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 721 f.

Dann können wir also gleich in die Abstimmung eintreten, ob in das Kommuniké über unsere Sitzung dieser Hinweis aufgenommen werden soll. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Handzeichen. – Ich bitte um die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das war ein einstimmiger Beschluß.

Wir haben dann noch den Antrag des Kollegen Adorno.

*Adorno:* Zur Geschäftsordnung. Ich bedauere, daß ich heute nachmittag leider nicht mehr da sein kann. Die Sitzung war ja ursprünglich für 9.30 Uhr angesetzt. Ich habe einen Weg nach Hause von über acht Stunden. Am Wochenende habe ich eine Veranstaltung. Ich kann also nicht hierbleiben.

*Barzel:* Ich nehme sowieso an, daß es – selbst wenn heute nachmittag der größte kooperative Wille, gepaart mit der größten Genialität hier sichtbar wird – nicht möglich ist, in den zwei oder drei Stunden, die wir noch zur Verfügung haben, die Frage des Beteiligungsverhältnisses auszudiskutieren. Es ist aber hier wohl sichtbar geworden – das sollten wir dem Bundeskanzler sagen –, in welcher Richtung der Wunsch geht: nicht zu warten und die Sache als unabänderlich in den Vermittlungsausschuß gehen zu lassen, sondern zu versuchen, noch einmal die Gespräche aufzunehmen. Zu etwas anderem kommen wir auch in drei Stunden nicht. (*Adorno:* Das ist mein Vorschlag gewesen!)

*Seebohm:* Das Gesetz ist beschlossen, es geht jetzt an den Bundesrat. Im Bundesrat werden diese Gespräche mit den Ländern geführt. Ich würde nicht empfehlen, daß wir uns hier jetzt vorher festlegen. Wir wollen auch unsere Ministerpräsidenten in den Ländern durch unser Gremium nicht auf irgendeine Formel festlegen. Ich stimme Herrn Adorno zu, daß es gut gewesen wäre, wenn sein Bemühen zu einem Erfolg geführt hätte. Die Sache war vor einigen Wochen anders. Das ist aber nicht gelungen. Wir sind jetzt nicht mehr in einer Lage, in der wir die Dinge auf diesem Weg abbiegen können.

*Barzel:* Ich glaube, es entsteht jetzt doch wieder eine Sachdebatte. Wir sollten sie heute nachmittag führen. Wir hatten uns vorgenommen, jetzt zu Tisch zu gehen. Wir machen heute nachmittag weiter.

*Unterbrechung von 13.45 bis 14.20 Uhr.*

*Erhard:* Wir fahren nun in der unterbrochenen Sitzung fort. Ich darf als erstem dem Herrn Kollegen Altmeier das Wort erteilen.

*Altmeier:* Meine lieben Parteifreunde! Es ist hier schon einiges zu dem Verteilungssystem gesagt worden. Ich bin nur einer von fünf oder sechs Ministerpräsidenten. Ich möchte auch einiges dazu sagen, wenn auch nicht in der einseitigen Weise, wie das durch die Ausführungen des Herrn Kollegen Schmücker geschehen ist. Ich glaube, daß der Fall doch etwas anders liegt.

Zunächst ist folgendes festzustellen. Wir Ministerpräsidenten der CDU haben ganz bestimmt nicht gewünscht, daß die Angelegenheit wieder im Vermittlungsausschuß endet. Die Behandlung im Vermittlungsausschuß ist ein legitimes, im Grundgesetz vorgesehenes Verfahren. Man muß von der Tatsache ausgehen, daß im Grundgesetz be-

stimmte Sätze, 35 und 65%, festgesetzt sind. Da ist auch gesagt, unter welchen Voraussetzungen das Beteiligungsverhältnis geändert werden kann.<sup>84</sup>

Wenn nun im Laufe des Gesetzgebungsverfahrens die Auseinandersetzung darüber im Vermittlungsausschuß endet, dann ist das nichts, was in unserem Kreise so gedeutet werden könnte, als wenn die CDU-Ministerpräsidenten hier eine Linie einnehmen würden, die geradezu konträr zum Standpunkt der CDU stünde. Ich bin einer der wenigen, die vom ersten Tage des Bestehens der Bundesrepublik an bis heute im Vermittlungsausschuß dieses Vermittlungsgeschäft hinsichtlich der Prozente mitgemacht haben. Ich stehe nicht an, zu erklären: Es war immer ein Verfahren, das zu einem Ende geführt hat, wenn ich auch sagen muß, ein Verfahren, das nach meiner Meinung unmittelbar nach dem Pferdestehlen kommt.

Schuld daran, daß wir in die derzeitige Situation hineingekommen sind, ist die Rechtsfrage. Wir wissen, daß vor drei Jahren das Verhältnis durch ein Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrats bedurfte, festgesetzt worden ist.<sup>85</sup> Damals ist eine befristete Vereinbarung – 39 und 61% – erfolgt. Es wäre also sicherlich lange genug Zeit gewesen, um über die Frage nachzudenken, ob eine veränderte Situation eingetreten ist. Man ist damals befristet auf dieses Verhältnis abgekommen, weil der Bund Besonderheiten hinsichtlich verschiedener Dinge anführte. Das hat damals im Vermittlungsausschuß eine Rolle gespielt. Die Auseinandersetzung hatte das Ergebnis, daß die Befristung in das Gesetz hineingekommen ist.

Herr Dahlgrün hat nun von Anfang an – zuletzt noch vor wenigen Tagen im Fernsehen – die These vertreten, die Verfassungswirklichkeit und die Verfassungsmäßigkeit spreche für die Auffassung des Bundes, daß der Satz von 61 bzw. 39% unverändert auch über das Jahr 1966 hinaus bestehenbleiben müsse.<sup>86</sup> Diese Rechtsauffassung konnten die Länder unter keinen Umständen billigen. Im Gesetz steht, daß die Sätze für drei Jahre festgelegt worden sind.

Die Drohung, die in dem gleichen Interview dazukam, wenn die Länder nicht wollten, dann würden eben die 2,2 Mrd. DM Subventionen oder Leistungen des Bundes an die Länder gestrichen – also ein Entweder-Oder –, hat die Situation auch für uns CDU-Ministerpräsidenten – das sage ich in aller Klarheit – nur noch verstärkt. Ein solches Verhalten läßt einfach für die Ministerpräsidenten nichts anderes zu, als daß sie sich auf den Rechtsstandpunkt stellen und die Auffassung vertreten: Dieser Rechtsstand spricht für uns.

Herr Adorno hat gesagt, Bayern, Schleswig-Holstein usw. hätten andere Auffassungen bekundet. Ich kann dazu nur sagen, die Ministerpräsidenten waren in der vorigen Woche in Berlin zusammen, und sie konnten nichts anderes als dies sagen: Dann müs-

---

84 Vgl. Art. 106 GG. Von einer Aufteilung von 35% bzw. 65% ist nicht die Rede.

85 „Erstes Gesetz zur Änderung des Beteiligungsverhältnisses an der Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer“ vom 11. März 1964, BGBl 1964 I S. 137. – Vgl. PROTOKOLLE 4 S. 486–506; RENZSCH S. 177–179.

86 Vgl. das Interview Dahlgrüns mit dpa über das Aufteilungsverhältnis zwischen Bund und Ländern in BULLETIN Nr. 120 vom 14. September 1966.

sen wir der Rechtsauffassung des Bundes, ausgedrückt durch Herrn Dahlgrün, die Rechtsauffassung der Länder gegenüberstellen. So sind alle fünf oder sechs Ministerpräsidenten übereinstimmend zu der Feststellung gekommen: Von der Rechtslage her muß an den 35% festgehalten werden.

Herr Adorno, es ist auch abwegig, wenn Sie sagen, Schleswig-Holstein habe im Laufe der Verhandlungen den Standpunkt eingenommen, daß man auf einen anderen Satz unter der Voraussetzung abkommen könne, daß die Differenz, die für die finanzschwachen Länder entstehen, durch eine Ergänzungsabgabe nach dem Beispiel des vergangenen Jahres gedeckt werde.

Aber nicht nur die Rechtslage war ausschlaggebend für die bisherige Haltung der Ministerpräsidenten, sondern auch die Finanzlage. Herr Schmücker sagte: Wenn die Länder dem Bund keine 39% geben wollen, dann müssen Streichungen vorgenommen werden. So sagte es Herr Dahlgrün, so sagen Sie es: Dann müssen andere Wege beschritten werden. Ich sage: Es ist das legitime Recht – zugleich aber auch die Pflicht – der Mitglieder des Bundesrats, daß sie von der Rechtslage ausgehen, also von 35% und nicht von 39%. Allerdings haben dann die Länder im Bundesrat auch nachzuweisen, was sie für Streichungen bei den Ausgaben vorschlagen. Die Bundesregierung hat dann zu diesen Vorschlägen Stellung zu nehmen.

Der Auffassung des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Dr. Diederichs, das geht uns nichts an, wir müssen nachweisen, daß der Satz von 39% falsch ist und müssen ihn infolgedessen als verfassungswidrig zurückweisen, dieser Auffassung sind wir auf unserer Berliner Sitzung entgegengetreten. Wir haben dort auf die Verpflichtung aufmerksam gemacht, die sich daraus ergibt, daß die Länder im Bundesrat an der Gesetzgebung und Verwaltung des Bundes mitwirken. Wenn sie daran mitwirken, haben sie auch zu allem verantwortlich Stellung zu beziehen. Das gilt selbstverständlich auch für das Gesetz der Gesetze, nämlich für das Haushaltsgesetz. In Niedersachsen hat man sich die Sache sehr viel einfacher gemacht. Man ist dort von 35% ausgegangen, und weil dann immer noch ein Defizit bestand, hat man 150 Mio. DM Einnahmen durch eine Ergänzungsabgabe des Bundes vorgesehen. Dadurch hat man einen wunderbaren Ausgleich herbeigeführt. Ich nenne dieses Beispiel, um zu unterstreichen, daß wir als CDU-Ministerpräsidenten es uns nicht so leicht machen.

Ich möchte aber noch einmal feststellen: Der Haushalt der Länder ist auf der Basis von 35% aufgestellt. Ich kann von unserem Landesetat sagen, daß wir trotz dieser 35% z. T. verheerende Streichungen an wichtigen strukturellen Maßnahmen, an bildungspolitischen Maßnahmen, an sozialpolitischen Maßnahmen durchführen mußten. Wir haben z. B. die seit Jahr und Tag im Etat stehenden Beträge für den Schulhausbau, die wir dort angesichts der Situation unserer Hauptschulen stehen hatten, gegenüber dem vergangenen Jahr um 35% gekürzt.

Es wäre also falsch, die Sache so zu sehen, als wenn es sich nur um die finanzschwachen Länder handelte. Im Gegenteil, auch die finanzstarken Länder, auch von der CDU geführte Länder haben in unseren Gesprächen zum Ausdruck gebracht, daß sie ihren Etat für 1967 nur auf der Basis von 35% bei weitestgehenden Kürzungen ausgleichen



konnten. Der Herr Kollege Kiesinger hat uns z. B. gesagt, in seinem Haushalt seien zur Zeit noch 500 bis 600 Mio. DM ungedeckt. Der Bund weist darauf hin, daß bei einer Minderung der Abgabe der Länder ein Defizit von 2 Mrd. DM entstehen würde. Demgegenüber stellt ein Betrag von 600 Mio. DM für ein Land eine viel größere Summe dar; es macht einem Land noch mehr Schwierigkeiten, in seinem Landesetat 600 Mio. DM zu decken, als dies bei einer Größenordnung von rund 2 Mrd. DM beim Bund der Fall ist.

In dem ersten Gespräch mit dem Herrn Bundeskanzler vor wenigen Tagen haben wir dringend darum gebeten, daß man sich dieses Problems einmal annimmt, daß also dann, wenn der Bund ein Defizit hat, der Ausgleich nicht durch eine Erhöhung des Abgabesatzes gesucht wird. Ich habe immer den Standpunkt vertreten, daß es für Bund und Länder eine ganz bestimmte Rangfolge gibt. Es gibt Prioritäten beim Bund und Prioritäten bei den Ländern. Hierzu gehören zweifellos alle Ausbildungsaufwendungen. Ich würde vorschlagen, daß wir uns einmal in einem Kreis zusammensetzen, um Prioritäten und Rangfolgen für den Bund und die Länder aufzustellen.

Nun zur neuesten Lage. Gestern kam auf den Tisch der Regierungen die Vorlage eines zweiten Gesetzes über das Beteiligungsverhältnis an der Einkommen- und Körperschaftsteuer.<sup>87</sup> Es heißt dazu in dem berühmten roten Zettel: zur Stellungnahme, noch nicht offiziell zugeleitet. Ich weiß nicht, ob die Vorlage heute, am 7. Oktober, offiziell zugeleitet worden ist. Denn nur dann wäre angesichts der Dreiwochenfrist überhaupt die Möglichkeit gegeben, in der vorgesehenen Sitzung des Bundesrats am 28. Oktober darüber zu sprechen.

Mit dieser Vorlage wird nun die Rechtsauffassung der Länder anerkannt. Sie bringen ein neues Gesetz, das dem Rechnung trägt, was das Grundgesetz sagt: Wenn der Abgabesatz geändert werden soll, kann das nur durch ein Gesetz geschehen, das der Zustimmung des Bundesrats bedarf. Ein solcher Gesetzentwurf ist jetzt vorgelegt worden. Die Länder sehen jetzt ihre Rechtsauffassung bestätigt. Wenn diese nicht richtig gewesen wäre, hätte die Bundesregierung kein neues Gesetz vorgelegt. Dieses Gesetz enthält neben den zwei Paragraphen eine sehr lange Begründung mit einer Gegenüberstellung der Zahlen aus den verschiedensten Gebieten, die hier angesprochen sind. Es stehen hier die Zahlen der Einnahmen der Länder und des Bundes. Dieses Gesetz bildet von jetzt ab die Grundlage der Verhandlungen, in die die Länder eintreten müssen, und zwar zunächst einmal jede Landesregierung für sich, um eine Stellungnahme für den ersten Durchgang im Bundestag zu erarbeiten. Man wird die Zahlen prüfen müssen. Dabei wird man dann feststellen müssen, ob eine Berechtigung für die Forderung des Bundes

---

<sup>87</sup> Die erste Beratung des SPD-Entwurfs eines „Gesetzes zur Änderung des Einkommensteuergesetzes und des Körperschaftsteuergesetzes“ (Drs. V/1011 vom 19. Oktober 1966) und des Regierungsentwurfs eines „Gesetzes zur Ergänzung des Zweiten Gesetzes zur Überleitung der Haushaltswirtschaft des Bundes in eine mehrjährige Finanzplanung“ (Drs. V/1096 vom 8. November 1966) fand im Bundestag am 10. November 1966 statt (Sten.Ber. 5. WP 71. Sitzung S. 3332–3377).

gegeben ist. Das ist angesichts der ungeheuer gestiegenen Leistungen der Länder sicherlich eine sehr schwere Aufgabe.

Wir haben z. B. bei der Aufstellung unseres Etats schon vorweg die zu erwartenden Bestimmungen des Stabilitätsgesetzes geprüft und beachtet. Für unser Land Rheinland-Pfalz kann ich die Beachtung der Bestimmungen in jeder Hinsicht zusagen. Wir haben bei der Aufstellung unseres Etats so gehandelt, als wenn das Stabilitätsgesetz in seinen Grundzügen bereits vorhanden wäre.

Bei dieser Sachlage würde ich es für falsch halten zu glauben, durch einen Beschluß heute könnten Sie die Dinge vereinfachen bzw. erleichtern. Daß wir CDU-Ministerpräsidenten nach der Gesetzesvorlage mit dem Herrn Bundeskanzler sprechen wollen – ich hätte es begrüßt, wenn das schon vorher geschehen wäre –, haben wir uns schon gelobt. Dazu bedarf es keines Beschlusses mehr. Ein Beschluß könnte nach meiner Meinung die Sache nur erschweren. Was ich hier gesagt habe, darf ich wohl auch zugleich im Namen der leider heute nicht anwesenden übrigen Kollegen im Amte des Ministerpräsidenten aussprechen. Die Erklärung, daß wir darüber sprechen müssen, bleibt aufrechterhalten. Das war unser Wunsch gewesen.

*Erhard:* Ich danke Ihnen, Herr Kollege Altmeier. Ich habe einleitend schon gesagt, daß ich in dieser Frage nie den formalen Rechtsstandpunkt in den Vordergrund geschoben habe. Zum Schluß ist es immer eine politische Entscheidung, und gerade innerhalb unserer Partei wird die Frage politisch ausgetragen werden müssen.

Wenn es nur das wäre, wäre die Entscheidung nicht zu schwer. Aber es geht tatsächlich um materielle Fragen. Ich habe eingangs darauf hingewiesen, welche Unklarheiten neben diesem besonderen Schlüsselverhältnis zwischen Bund und Ländern auch für den Haushalt 1967 noch bestehen. Wir werden noch in diesem Monat mit Großbritannien und den Vereinigten Staaten Verhandlungen zu führen haben.<sup>88</sup> Aus der Haltung der Bundesbank sehe ich große Schwierigkeiten vor Augen, die wahrscheinlich auch die Vorlage des Bundeshaushaltes berühren werden.

Ich darf hier einmal von der Bevölkerung und von dem Echo sprechen, daß unsere Entscheidung finden wird. Die Bevölkerung wird sagen: Was ist das doch für eine komische Sache; ob ich 61 und 39 oder 65 und 35% zusammenzähle, immer ergeben sich 100%. Können sie sich da nicht verständigen, wie sie die 100% aufteilen?

Es wäre allerdings eine mißliche Alternative, wenn wir aus diesem besonderen Anlaß sagten: Dann müssen wir eben die Steuern erhöhen, um das Mehr, das entweder der Bund oder die Länder brauchen – je nachdem wie die Entscheidung ausfällt –, einzutreiben. Ich hielte es auch für falsch, wenn wir die Frage damit beantworten wollten, daß wir sagten: Dann schieben wir Aufgaben auf die Länder ab. Wir haben uns schwer genug zusammengerauft, daß der Bund auch in kulturellen Fragen, in Schulfragen, Forschungsfragen einen Einfluß gewinnt.

---

<sup>88</sup> Gespräche am 20./21. Oktober 1966 in Bonn mit John McCloy und George Thomson zu Fragen der Verteidigungspolitik, der Verteidigungslasten und der sich aus der Truppenstationierung in Deutschland ergebenden Devisenprobleme. Vgl. AAPD 1966 Nr. 342, 348 sowie BULLETIN Nr. 140 vom 28. Oktober 1966 S. 1124.

Aber wenn ich die Zahlen sehe, wie der Haushalt 1967 möglicherweise endgültig aussehen könnte, dann würde ich sagen, daß auch der Bundesrat bei seinen Überlegungen seinen Verpflichtungen gegenüber dem Bund nachkommen muß. Ich habe eindeutig gesagt: Die Länder – vor allen Dingen die Ministerpräsidenten der CDU – mögen das nicht als eine Kampfansage auffassen, wenn wir aus der Situation heraus einen Haushalt so verabschieden müssen. – Nun bitte, Herr Kollege Mikat.

*Mikat:* Ich darf an das Letzte anknüpfen, Herr Bundeskanzler, meine Damen und Herren! Ich glaube, daß der Hinweis, den die Bundesbank durch Herrn Blessing in bezug auf die Erhöhung der Steuern gegeben hat, doch einen wichtigen Kern enthielt. Eine Steuererhöhung zum Zwecke der Ausgabensteigerung von Bund oder Ländern ist im Grunde genommen genau das Gegenteil von dem, was wir überhaupt wollen. Wir wollen doch ein konjunkturgerechtes Verhalten. Natürlich kann man ihre Prämisse akzeptieren, daß 39 und 61% genausoviel ergeben wie 35 und 65% und daß durch eine andere Verteilung des Geldes nicht mehr Geld geschaffen wird.

Die Schwierigkeit besteht darin, daß die Aufgaben, die Bund und Länder zu meistern haben, jeweils eine eigene Dringlichkeit, eine eigene Priorität haben. Es ist außerordentlich schwierig – zu diesem Zweck muß man sich in der Tat zusammensetzen –, hier gegebenenfalls gemeinsame Dringlichkeitslisten und gemeinsame Prioritätslisten aufzustellen. Ich darf hier z. B. an das erinnern, was der Kollege Stoltenberg gesagt hat. Wer von Prioritäten redet, muß auch dazu bereit sein, die Kosten der Prioritäten in Kauf zu nehmen.

Die Ministerpräsidenten haben nach dem ersten Beteiligungsgesetz – ich glaube, es war in Saarbrücken – damals mit den entscheidenden Anstoß zur Erstellung des Troeger-Gutachtens gegeben.<sup>89</sup> Wer aber das Troeger-Gutachten aufmerksam liest, kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß er es hier mit einem geradezu diagnostischen Perfektionismus und einem therapeutischen Nihilismus zu tun hat. (*Heiterkeit.*)

Ich will damit sagen, daß man auch aus dem Troeger-Gutachten nicht genau erfährt, wie das Instrumentarium gebildet werden soll, um zu einer gewissen Abklärung der Aufgabenstellung zwischen dem Bund, den Ländern und den Gemeinden zu gelangen.

Die Frage wird im Hinblick auf die Stabilisierungsgesetzgebung außerordentlich schwierig. Mir persönlich ist z. B. sehr unwohl, daß wir an sich die Stabilisierungsgesetze auf dem Wege der Verfassungsänderung betreiben. Ich sage Ja zu der jetzigen Situation. Aber ich bin an sich mißtrauisch gegenüber jeder Verfassungsänderung, weil wir dadurch das Zutrauen in die Stabilität der Verfassung als Ganzes erschüttern. Wir sollten uns davor hüten, immer wieder zu sagen, daß daran 1948 oder 1949 noch nicht gedacht worden sei. Wir haben ein ungutes Verhältnis zu der Form der Verfassung. Aber daß wir diesen Weg über die Verfassung gegangen sind, war wohl nicht zuletzt wegen der Gemeinden notwendig. Der Staatsvertrag allein hätte uns unter Umständen im Verhältnis Bund-Länder sehr viel weiter gebracht. Die Frage war aber: Wie binden

---

89 „Diskussionsbeiträge zur Großen Steuerreform“ des Ausschusses unter Leitung des hessischen Finanzministers Dr. Heinrich Troeger von 1954 (Bundesrat Drs. 78/54 S. 137–177). – Vgl. Nr. 14 Anm. 65; PROTOKOLLE 2 S. 216 Anm. 119.

wir dann die Gemeinden? Das hätten wir auf dem Wege des Staatsvertrages wahrscheinlich gar nicht gekonnt. Das ist der entscheidende Punkt, warum wir diese Frage angesprochen haben.

Dann bleibt aber, Herr Bundeskanzler, doch nichts anderes übrig, als daß wir uns im Rahmen der Besprechungen über das Beteiligungsverhältnis auch einmal über den Abbau der Mischfinanzierungen im Verhältnis Bund-Länder einig werden. Solange das System der Mischfinanzierung nicht nur nicht abgebaut wird, sondern geradezu eine bedrohliche Ausweitung erfährt, werden auch die CDU-Länder immer nur mühsam einen politischen Verzicht aussprechen können, aber nicht einen von ihrem Haushalt aus gerechtfertigten Kompromiß mit dem Bund schließen können. Ich darf hier – um auf unser Gebiet zu kommen, Herr Kollege Stoltenberg – die Mischfinanzierung im ganzen Bereich der Bildung und Forschung erwähnen. Ich halte die derzeitige Mischfinanzierung – Max-Planck-Gesellschaft, Wissenschaftsrat usw. – wirklich für ungut. Sie kann immer nur Wirkungsmöglichkeiten entfalten. Auf der einen Seite wirkt sie bremsend, dann ist es schlecht, oder sie wirkt auf der anderen Seite befördernd, und dann können einige nicht mitziehen. Wir haben ja jahrelang erlebt, daß der Bund nicht mitgezogen hat. Das ist dann ebenfalls schlecht. Wir treiben uns also gegenseitig – wenn man so will – in die Kosten hinein. Die Aufrechnung erfolgt jedesmal, solange wir die unguete Regelung des Art. 106 Absatz 4 des Grundgesetzes haben. Die Konstruktion des Art. 106 Absatz 4 funktioniert nämlich nur so lange, wie die Frist noch nicht abgelaufen ist. Wir werden uns also – darüber kann es gar keinen Zweifel geben –, solange wir nicht eine Umänderung der Finanzverfassung in diesem Punkte haben, alle zwei oder drei Jahre erneut raufen. Ich glaube, daß man diesen Ausdruck durchaus benutzen darf.

Ich bin mir darüber klar, Herr Bundeskanzler, daß wir natürlich heute hier in diesem Raum die Frage der endgültigen Beteiligung nicht lösen können. Da spielen sehr viele Dinge hinein. Ich denke nur z. B. daran, wie es mit der Wohnungsbaufinanzierung ist, eine Sache, die die Länder um so mehr betrifft, als der Bund die Marken setzt, die automatisch in den einzelnen Ländern ihren haushaltsmäßigen Niederschlag finden. Herr Kiesinger hat dargelegt, was das für den Haushalt von Baden-Württemberg ausmacht.<sup>90</sup> Für Nordrhein-Westfalen liegen die exakten Zahlen noch nicht vor. So ist es auch mit vielen anderen Problemen. Ich denke z. B. an die Fragen der Agrarstruktur. Wo ist hier die Zuständigkeit, von woher werden hier die Marken gesetzt, nach denen dann ein Haushalt zu gestalten ist?

Wir werden in diesem Zusammenhang – darüber sind sich die Länder auch klar – natürlich die Frage stellen müssen: Ist es einem einzelnen Land möglich, von sich aus bestimmte Subventionsgruppen abzubauen oder muß nicht der Abbau der Subventionsgruppen, wenn er erfolgt, geschlossen erfolgen, um nicht wieder ein Land gegen das andere Land auszuspielen? Ich bin dankbar, daß der Kollege Lücke in der Sache der Be-

---

<sup>90</sup> Vgl. die Rede Kiesingers in der 72. Sitzung des Landtags von Baden-Württemberg am 6. Oktober 1966 (Sten.Ber. des Landtags Baden-Württemberg 4. WP S. 4026–4033) und seine Rede in der 298. Sitzung des Bundesrates am 5. August 1966 (Sten.Ber. des Bundesrats S. 184–186).

amtenbesoldung im Rahmen des Stabilisierungsgesetzes auf den Bundesrahmen zugeht.

Das würde also bedeuten, daß man in diesem Gespräch, das nun zu führen sein wird, nicht nur pragmatisch sagt: Wir wollen keinen Streit, sondern wollen auf 37% abkommen, sondern daß man auch die künftigen Modalitäten für alle festlegt, wie man – mindestens intern – bei der Behandlung bestimmter haushaltspolitischer Fragen vorgeht.

Ich glaube, daß bei der derzeitigen Situation der Länderfinanzen ohnehin im ganzen Bereich der Kulturpolitik in allen Ländern in den nächsten zwei Jahren erhebliche Abstriche notwendig werden. Wir haben eine Gehaltsentwicklung, die dazu geführt hat, daß in den meisten deutschen Ländern die frei verfügbare Masse kaum noch 25% beträgt. (*Zurufe.*) Wenn Sie die Sachausgaben generell noch zur frei verfügbaren Masse rechnen.

Ich würde also meinen, man kann jetzt nicht Beschlüsse fassen, in denen es heißt: Wir wollen das so und so machen. Es müßte möglich sein, daß man sich über einzelne Positionen noch abstimmt. Die Bitte der Länder an den Bund geht jedenfalls dahin, künftig bei bestimmten Initiativen auf die automatische Rückwirkung dieser Initiativen auf die Finanzen der Länder zu achten. Das gilt auch von Ausgaben, deren innere Zielsetzung man durchaus bejahen kann, die aber bei der derzeitig zur Verfügung stehenden Verteilungsmasse nicht verkräftet werden können.

*Dufhues:* Trotz der Bedenken von Herrn Kollegen Altmeier und der unterschiedlichen Auffassung von Herrn Schmücker und der Vertreter der Länder und trotz der Darstellung der Schwierigkeiten durch Herrn Mikat möchte ich versuchen, dieses Führungsgremium der CDU zu einer Entscheidung zu bringen. Die Politik besteht darin, daß man sich entscheidet und nicht nur über die Schwierigkeit eines Problems nachdenkt und diskutiert.

(*Gerstenmaier verläßt den Sitzungssaal.* – *Zuruf:* Der Schwabe geht! – *Gerstenmaier:* Um Reden zu halten! – *Weiterer Zuruf:* Das ist gut!)

Es ist sicher kein nationales Unglück ... (*Große Heiterkeit.* – *Zurufe.*) Ich sage: Es ist sicher kein nationales Unglück, wenn dieses Problem erst im Vermittlungsausschuß gelöst wird. Aber damit nehmen wir weitere sehr schwierige Diskussionen in Kauf, damit nehmen wir Auseinandersetzungen in Kauf, die die CDU zu bezahlen hätte, und damit vertagen wir ein Problem, das möglichst bald einer Lösung zugeführt werden sollte. Mit diesem Problem hat sich eine Kommission befaßt, die von der CDU eingesetzt worden ist. An dieser Kommission war auch Herr Adorno beteiligt, der leider verhindert ist, weiter an dieser Sitzung teilzunehmen. Die Kommission bestand aus Vertretern des Bundes, der Bundesregierung, der Länderregierungen, der Bundestagsfraktion, der Fraktionen der Landtage und sonstigen. Diese Kommission ist einstimmig zu dem Ergebnis gekommen, daß eine Aufteilung der Ertragsteuern im Verhältnis 37:63 gerechtfertigt und geboten sei.<sup>91</sup> Wer von Ihnen jemals die Praxis des Vermittlungsausschusses

---

<sup>91</sup> Vgl. Anm. 37. – Die Ministerpräsidenten bestanden nach dem Gespräch auf ihrer Forderung und wollten dem Bund weiterhin nur einen Anteil von 35% an der Einkommen- und Körperschaftssteuer zugestehen, vgl. „Welt“ vom 29. September 1966 „Rütti-Schwur“ der Minister-

erlebt hat, wer die geradezu armenischen Methoden kennt, mit denen dort Gegensätze und Unterschiedlichkeiten zwischen Bund und Ländern ausgeglichen werden, wird zu geben, daß die Beratungen des Vermittlungsausschusses mit Sicherheit ein anderes Ergebnis nicht haben werden. Wenn nun diese Kommission zu diesem Ergebnis gekommen ist und auch die Beratungen im Vermittlungsausschuß wahrscheinlich nichts anderes ergeben werden, sollten wir uns möglichst bald entscheiden. Ich würde deshalb folgenden Vorschlag machen: Der Bundesvorstand der CDU bittet den Bundeskanzler, Verhandlungen mit den Vertretern der deutschen Länder mit dem Ziel aufzunehmen, eine Aufteilung der Einkommen- und Körperschaftssteuer zwischen Bund und Ländern im Verhältnis 37:63 herbeizuführen.

Ich wäre dankbar, wenn Sie sich entschließen könnten, über Ihren Schatten zu springen und diesem Vorschlag zuzustimmen.

*Schmücker:* Ich wollte eigentlich nicht zu diesem überraschenden Vorschlag etwas sagen. Ich glaube nicht, daß ein Regierungsmitglied ihm zustimmen kann, nachdem wir gerade das Gesetz verabschiedet haben.

Ich wollte aber auf folgendes hinweisen. Wenn das Stabilitätsgesetz<sup>92</sup> durchkommt, ist es das letzte Mal, daß wir uns in einer derartigen Weise unterhalten. In § 12 dieses Gesetzes heißt es, daß Bund und Länder die Durchführung des Gesetzes beraten, und nach § 12 a soll ein Ausschuß zur Beobachtung des Kapitalmarktes usw. unter dem Vorsitz des Bundeswirtschaftsministers gebildet werden. Der Ausschuß wird mit Sicherheit daraus einen gemeinsamen Ausschuß machen. Das heißt: Künftig werden diese Fragen in einem gemeinsamen Ausschuß Bund-Länder behandelt werden. Dazu ist es aber dann dringend erforderlich, daß diese Partei, die CDU, bevor sie in diese Beratungen hineingeht, sich geeinigt haben muß. Sie wird also genötigt sein, vorher eine Sachdebatte zu führen. Ich wollte also nur darauf aufmerksam machen, daß dies das letzte Mal gewesen ist, wenn das Stabilitätsgesetz angenommen wird. Dann sieht es anders aus.

*Mikat:* Ich würde das aber niemals nach draußen sagen. Ich weiß nicht, ob Sie damit die Annahme des Gesetzes nicht gefährden. Wenn Sie diese Interpretation geben, dann werden Sie unter Umständen Widerstand von einem Teil der Länder bekommen, die das Gesetz heute noch voll und ganz mittragen. So ist also dieser Passus nicht zu verstehen, daß damit der Art. 106 Absatz 4 in sich praktisch erledigt sei.

*Schmücker:* Natürlich kann man das zugespitzt so auslegen. Aber das ist ja nicht der Fall. Wenn Sie aber ein Stabilitätsgesetz durchführen wollen und eine konjunkturge-rechte Haushaltsaufstellung nach gegenseitiger Auskunft von Bund und Ländern anstreben, dann bleibt doch nichts anderes übrig, als mit einer möglichst einheitlichen Meinung aufzutreten. (*Zustimmung.*)

---

präsidenten“. Eine endgültige Einigung kam im Dezember 1966 mit einem Kompromiß auf 37% zustande, vgl. „Welt“ vom 1. Dezember 1966 „Kompromiß im Streit um den Bundesanteil? CDU und SPD mit 37 Prozent einverstanden“.

92 Vgl. Anm. 17.

Wir müssen uns also, ehe wir in diese Beratungen hineingehen, vorher hier darüber verständigt haben, in welcher Art und Weise vorgegangen werden soll, damit die CDU in den einzelnen Ländern einigermaßen ähnlich verfährt. Es darf auf diesem Gebiete nicht so sein, wie wir es heute in anderen Bereichen haben, daß unten und oben anders verfahren wird. Wir wollen nicht, daß das auch in der Wirtschaftspolitik einmal so ist.

*Erhard:* Darf ich die Situation einmal als Normalverbraucher betrachten. Der Bund gibt im nächsten Jahr 5 Mrd. DM mehr aus, die Länder geben zusammen ebenfalls 5 Mrd. DM mehr aus. Dennoch erklären sowohl Bund als auch Länder, daß sie vielfache Kürzungen vornehmen müssen. Wie stimmt das überein? Das bestätigt meine Aussage von heute morgen, daß wir uns in der Vergangenheit zuviel aufgeladen haben. Wir sind nicht mehr beweglich genug, um das, was notwendig ist, wirklich zu vollbringen. Ich würde auch nicht für einen solchen Antrag, wie ihn Herr Dufhues vorgelegt hat, stimmen. Wenn Sie vielleicht den Antrag an den Bundesparteivorsitzenden richten könnten – aber der hat ja keine Zuständigkeit.

*Gratl:* Darf ich auch als Normalverbraucher ein Wort zu diesem Punkt sagen? Ich halte es nicht für nötig, einen solchen Antrag wie ihn Herr Dufhues vorgelegt hat, an den Parteivorsitzenden zu richten. Wir müssen doch davon ausgehen, daß wir den Haushalt auf der Basis von 39% für den Bund aufgestellt haben. In dem Augenblick, wo dieses Führungsgremium der Mehrheitspartei den Vorschlag macht, einen niedrigeren Satz ernsthaft zu erwägen, ist in der Tat das eingetreten, was uns die öffentliche Kritik und der parteipolitische Gegner vorwirft, daß der Haushalt, den wir aufgestellt haben, auf tönernen Füßen steht und daß wir selber nicht mehr an die 39% glauben, obwohl wir zunächst so gerechnet haben. Das halte ich nicht für möglich. Man muß also darüber verhandeln.

Herr Kollege Altmeier, Sie haben sehr versöhnlich gesagt, man werde sich schon einigen. Es soll jetzt nicht ein Vorwurf an Sie sein, aber ich möchte doch allgemein feststellen, daß diese Auseinandersetzung um den Anteil von Bund und Ländern mit den Ländern und insbesondere mit den Ministerpräsidenten unserer Partei einer der Vorgänge ist, an dem unsere ganze Malaise sichtbar wird. Sie haben ja selber gesagt, es sei wie beim Pferdehandel. (*Zuruf:* Beim Pferdestehlen!)

Es ist ja gerade das Unglück, daß hier so getan wird, als ob man sich wie beim Pokerspiel gegenübersetze. Jeder tut so, als ob er alle Trümpfe in der Hand habe, und alle wissen doch, daß sie die Verständigung suchen müssen. Nun gibt es dieses monatelange Gezerre, und in dieses Gezerre werden auch die Ministerpräsidenten unserer Partei mit hineingezogen, weil sie sozusagen auf der Gegenseite des Bundes sitzen. Wenn nun eine Verständigung nicht herbeigeführt wird, entsteht draußen der Eindruck, daß diese Partei nicht in der Lage ist, in dieser Sache einen festen Willen durchzusetzen. Hier sieht man an einem kleinen Beispiel das ganze Malheur, in dem wir uns befinden.

Nun noch ein Wort zu dem Ergebnis, das diese Sitzung heute haben soll. Ich würde vorschlagen, daß man sich – ohne die Sachdebatte jetzt abzuschneiden – vor allen Dingen einmal darauf konzentrieren sollte, was wir nun eigentlich heute nachmittag nach draußen sagen. Es handelt sich nicht nur um die Aufgabe, einen geschickten Dreh zu

finden. Was wir sagen, wird sehr genau angesehen werden, und je länger wir brauchen für unsere Verlautbarung, um so mehr entsteht der Eindruck, als ob hier eine große kritische Auseinandersetzung stattfindet. Ein Teil der positiven Wirkung, die das Ergebnis der Fraktionssitzung vom vorigen Dienstag gehabt hat, geht wieder verloren, wenn der Eindruck entsteht: Im Parteivorstand ist man entweder überhaupt nicht oder nur sehr mühsam zu irgendwelchen notdürftigen Aussagen gekommen. Deswegen würde ich dafür sein, daß wir uns jetzt überlegen sollten, was wir sagen.

Nun die Frage: Was sagen wir? Da ich Journalist gewesen bin, habe ich mir überlegt, welche Punkte heute im Mittelpunkt des Interesses stehen. Ich würde sagen, der erste Punkt ist – Herr Barzel hat das heute schon formuliert – die Frage: Teilt dieser Vorstand die Entscheidung, die die Fraktion in dieser Woche am Dienstag ausgesprochen hat? Ich würde glauben, daß sich hierüber bei uns keine Meinungsverschiedenheiten ergeben.

Der zweite Punkt: Ob diese Partei entschlossen ist, den Versuch der Regierung, um den Preis harter Eingriffe die Stabilität zu sichern oder wieder herbeizuführen, voll zu unterstützen und sich der Kritik aller Interessengruppen entgegenzustellen, um die Verwirklichung des Stabilitätsprogramms durchzusetzen? Diese politische Aussage – mit Ja oder Nein – muß heute gemacht werden.

Das dritte: Es muß ein Wort zu der Kritik gesagt werden, die draußen an uns geübt wird, und zwar ein hartes Wort, meinetwegen auch ein verletzendes Wort, nämlich daß sich diese Partei von einer Kritik, die sich nur in der Negation einig ist und im Positiven nichts zu sagen vermag, weder in ihren sachlichen noch in ihren Personenentscheidungen unter Druck setzen läßt. Diese Aussagen müßten nach meiner Meinung heute gemacht werden.

*Erhard:* Ich glaube, es wäre gut, wenn jetzt Herr von Hassel etwas über die Fragen aus seinem Bereich sagen würde, weil damit nämlich wieder die lebendige Wirklichkeit zur Sprache kommt.

*Von Hassel:* Ich hatte mich bereits zu Wort gemeldet, als zu Beginn der Sitzung über das Thema Sicherheit Deutschlands im Bündnis, die Strategie, den nuklearen Schutz eine Reihe von Ausführungen gemacht worden sind. Ich glaube, daß diese Fragen genau in die Diskussion hineingehören, die gar nicht auf das Thema Haushalt und das Verhältnis von Bund und Länder beschränkt sein kann.

Hier an diesem Tisch ist die Mehrheit Mitglied des Deutschen Bundestags. Ich weiß nicht, ob, wenn der von Herrn Dufhues gestellte Antrag zur Abstimmung käme, nicht die Angehörigen der Regierung gegen den Antrag stimmen müßten. Herr Kollege Altmeier müßte aus anderen Gründen gegen ihn stimmen. Die Abgeordneten des Deutschen Bundestags müßten dagegen stimmen, weil ja der Haushalt von 39% ausgeht und sie sonst nicht wissen, wie sie den Haushaltsausgleich finden sollten. Ich möchte daher zum Schluß noch einmal auf dieses Thema zurückkommen. Vorweg möchte ich aber einige andere Bemerkungen machen.

Es ist wohl niemand in diesem Raum, der negiert, daß wir innerhalb der NATO vor ernstesten Problemen stehen. Sie begannen mit der Entscheidung des französischen



Staatspräsidenten, die Organisation zu verlassen. Sie wissen, daß er seine Entscheidung auf eine Beurteilung der Bedrohung in Europa gründet. Er ist davon ausgegangen, daß die Bedrohung Europas nicht mehr gegeben sei. Sie sei in der Welt zwischen Ost und West noch vorhanden, sei aber nach Ostasien gewandert. In Europa sei sie nicht mehr gegeben. Da dieses Europa neu aufgebaut und seine eigene Kraft gestärkt sei, könne man auch die Verteidigung Europas neu ordnen. Er wolle sich also deshalb aus der Integration der NATO zurückziehen. Das war der Ausgangspunkt.

Wir haben dieser Auffassung von der Lage Europas widersprochen. Wenn man über diese Frage redet, muß man sich einmal einige Gedanken machen, wie die Situation jenseits des Eisernen Vorhanges aussieht. Es ist überhaupt kein Zweifel, daß das Potential des Ostblocks nicht geringer geworden ist, sondern daß es sich – vorsichtig ausgedrückt – mindestens gehalten hat, daß es sich wahrscheinlich sogar verstärkt hat. Wenn das die Situation des Warschauer Paktes jenseits des Eisernen Vorhanges ist, dann wäre es unverständlich, wenn die freie Welt glaubte, sie könne aufgrund der Tatsache, daß wir seit Kuba<sup>93</sup> keine große Krise mehr gehabt haben, die uns unmittelbar anging, die Konsequenz ziehen, die Verteidigungsanstrengungen abzubauen. Wir sind der Meinung, daß die Bedrohung unverändert ist, daß das Potential unverändert ist. Die Bedrohung läßt zwar nicht von heute auf morgen einen Krieg für die nächsten Tage erwarten. Aber in 24 Stunden können sich die Verhältnisse ändern. Wir haben deshalb das Notwendige zu tun. Wir bedauern zutiefst, daß die Franzosen aus der Integration der NATO herausgegangen sind.

Die Mitglieder der Regierung sind über alle diese Verhandlungen mit den Franzosen unterrichtet. Aber kluge Leute draußen meinen, das hätten wir alles früher erkennen können, und man hätte vielleicht einen gemeinsamen Weg mit dem französischen Staatspräsidenten finden können. Ich möchte Ihnen sagen, daß es mir bis 14 Tage vor dem Memorandum des französischen Staatspräsidenten vom März dieses Jahres nicht möglich gewesen ist – trotz eines guten Verhältnisses zum französischen Verteidigungsminister<sup>94</sup> – herauszubekommen, was eigentlich die Absicht der Franzosen für die Dauer wirklich sei. Ich glaube, daß die Mitglieder der Regierung – Kanzler, Außenminister, Verteidigungsminister und die anderen, die hier zu arbeiten haben, beispielsweise unser

---

93 Im August 1962 wurde den USA bekannt, daß die UdSSR auf Kuba Raketenabschubbasen baute. Daraufhin verhängte Kennedy am 22. Oktober eine Seeblockade gegen Kuba. Am 28. Oktober erklärte sich Chruschtschow bereit, die Raketen abziehen und die Abschubrampen abzubauen, am 20. November beendeten die USA ihre Blockade. Vgl. Christof MÜNGER: Die Berliner Mauer, Kennedy und die Kubakrise. Die westliche Allianz in der Zerreißprobe 1961–1963. Paderborn 2003.

94 Dr. Pierre Messmer (geb. 1916), französischer Politiker; 1952 Gouverneur von Mauretanien, 1954–1956 der Elfenbeinküste, 1956–1958 Hochkommissar von Kamerun, 1958/59 von Französisch-Westafrika, 1960–1969 Verteidigungsminister, 1971/72 Minister für die überseeischen Territorien, 1972–1974 Ministerpräsident.

Freund Heck auf dem großen Gebiet des Jugendaustausches<sup>95</sup> – für sich in Anspruch nehmen können, daß wir alles versucht haben, um mit den Franzosen einen gemeinsamen guten Weg zu gehen. Das nehmen wir für uns in Anspruch. Wir können das an einer großen Zahl von Beispielen beweisen.

Die Probleme kommen zweitens durch die Engländer, die jetzt davon sprechen, daß sie Truppen abziehen wollen, wenn sie keine Devisen bekommen. Da ist das Überleben des englischen Pfundes. Das ist das Thema der Engländer, und da sind sie in der Tat zu Maßnahmen gezwungen, die in den Kram der NATO mit Sicherheit nicht hineinpassen. Ob dahinter auch einige Gedanken des Disengagement alter Art der Labour Party<sup>96</sup> vor ihrer Regierungsübernahme stehen, lasse ich im Augenblick offen. Ich möchte das nicht ausdrücklich verneinen, ich halte es für möglich.

Dann melden sich die Belgier und wollen ihre Truppen vermindern. Die Belgier haben eine Regierung, die zur Frage der Verteidigung außerordentlich zurückhaltend ist, deren Interesse für Verteidigung sich zunehmend vermindert, und zwar infolge der harten Opposition, die im eigenen Lande vorhanden ist. Sie haben auch ein seltsames Problem. Herr Kollege Mikat, bei Ihnen in Nordrhein-Westfalen steht das belgische Korps seit 1946/47, also seit 20 Jahren. 50% der Frauen der Berufssoldaten des belgischen Korps sind deutsche. Es gibt fast nur in Deutschland belgische Garnisonen, in Belgien selber fast gar keine mehr. Belgische Soldaten sind in Belgien fast nicht mehr bekannt. Es gibt kein Integrationsverhältnis zwischen einer Armee und dem belgischen Staat. Aus dieser ganzen Situation heraus ist z. T. wahrscheinlich auch diese geringere Verteidigungsbereitschaft der Belgier zu verstehen. Die belgischen Truppen stehen vor Aachen und Köln, nach dem Osten hin bis ins Sauerland. Sie sind hier außerordentlich gut gelitten, sie stehen aber nicht in Belgien, und damit steht die belgische Regierung in der Tat vor seltsamen Aspekten.

Meine Freunde, so schwierig das Verhältnis in der Allianz ist, so hoch ist anzuerkennen, daß die 14 verbleibenden Partner in ihrer bisherigen Haltung hinsichtlich der Fortsetzung der Allianz völlig einer Auffassung gewesen sind. Lediglich in Nuancen sind

---

95 Zum deutsch-französischen Jugendwerk vgl. Nr. 2 Anm. 59. – Vgl. auch Hans Manfred BOCK (Hg.): *Deutsch-französische Begegnung und Bürgersinn. Studien zum Deutsch-Französischen Jugendwerk 1963–2003* (Frankreich Studien 7). Opladen 2003; Jacqueline PLUM: *Französische Kulturpolitik in Deutschland 1945–1955. Das Beispiel der Jugendbewegungen und privaten Organisationen*. Diss. Bonn 2004. – Zu den Initiativen Hecks, vgl. BULLETIN Nr. 63 vom 15. April 1964 „Verständigung in sportlichen Begegnungen. Projekte des Deutsch-Französischen Jugendwerks für das Jahr 1964“; BULLETIN Nr. 7 vom 14. Januar 1965 S. 49 f. „Der Stand des Deutsch-Französischen Jugendwerks“.

96 Hugh Gaitskell (1906–1963), der Vorsitzende der britischen Labour Party, schlug 1956/57 die Schaffung einer entmilitarisierten, neutralen Zone in Mitteleuropa vor. Sie sollte aus den beiden Teilen Deutschlands, Ungarns, Polens und der Tschechoslowakei bestehen und ihr Bestand durch ein Sicherheitssystem der vier Mächte garantiert werden. Ein Fünf-Punkte-Plan, der u. a. den Abzug fremder Truppen und die Wiedervereinigung Deutschlands durch freie Wahlen vorsah, sollte ein Auseinanderrücken der Machtblöcke in Europa ermöglichen. Vgl. Hugh GAITSKELL: *Disengagement: Why? How?*, in: *Foreign Affairs* 36 (1958) S. 539–556.

einmal Schwierigkeiten entstanden. Im großen und ganzen aber war der Zusammenhalt der 14 eigentlich sehr gut gewesen.

Nun lesen wir heute morgen in den Gazetten, daß der Kollege Strauß in Reden und in Interviews von einer Wende in der Außen- und Verteidigungspolitik gesprochen hat.<sup>97</sup> Meine Freunde, ich halte das für ein ganz gefährliches Wort. Wenn in der Welt draußen sich irgendwie der Eindruck verdichten sollte, in Deutschland stehe man vor einer Wende der Außen- und Verteidigungspolitik, so kann das doch nur bedeuten, daß wir die bisherigen Grundlagen der Allianz zu verlassen beginnen und irgendwie nicht mehr genau wissen, was wir wollen.

Die bisherige Grundlage der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik war die Allianz. Wenn einer der 15 nicht mehr so ganz mitmachen wollte, versuchte man, so gut es ging, diesen einen in der Allianz zu halten und eines herauszustellen, nämlich die ganz enge Verklammerung zwischen Europa und den Vereinigten Staaten und Kanada. Zu dem, was der Kollege Strauß gesagt hat, man solle rechtzeitig ins Gespräch kommen, man solle rechtzeitig versuchen, ein neues Europa zu bilden, darf ich nur folgendes aus meinem Gespräch mit meinem französischen Kollegen sagen, das wir über Europa geführt haben. Wenn man mit Franzosen darüber spricht, dann heißt es: Ja, auch wir Franzosen wollen auf Europa hin. Wenn wir Europa haben, werden wir diesem Europa unsere Atomwaffen zur Verfügung stellen. Das wird aber noch nicht 1970 sein, das werden wir auch 1980 noch nicht erreicht haben, sondern das werden wir vielleicht noch 1990 schaffen.

Ich muß also bedauern, daß hier z. T. außenpolitische Formeln gebraucht werden, die von einem de Gaulle ausgehen und einer Bereitschaft, die nicht vorhanden ist. Wir sollten uns nichts vormachen. Bei aller Bemühung, mit den Franzosen gut zu Rande zu kommen: Wenn das Verhältnis zwischen Europa und den Vereinigten Staaten von Amerika nicht in Ordnung bleibt, ist Europa nicht zu verteidigen.

Nun, Herr Strauß, ich komme darauf zurück. Der Arbeitskreis V der Bundestagsfraktion der CDU hat vor drei Wochen eine Sitzung abgehalten, die von abends 7.30 Uhr bis 11.15 Uhr ging.<sup>98</sup> Es waren mehr als 50 Damen und Herren dabei, alles Kollegen, die in Fragen der Außen- und Verteidigungspolitik etwas zu sagen haben. Am Ende dieser Aussprache hat sich ganz klar ergeben, es sind keine Nuancen, keine Unterschiede vorhanden. Aber zwei waren damals nicht dabei, und das sind die, die draußen reden: Herr Strauß und Herr Gerstenmaier. Das ist das, was uns verbittert, die wir uns um eine Einheit bemühen. Die Einheit in Fragen der Außen- und Verteidigungspolitik ist nämlich viel größer, als man draußen weithin meint. Ausgenommen sind jene, die sich an diesen Diskussionen nicht beteiligen. Deshalb ist es notwendig, daß hier ein Gespräch im geschlossenen Raum stattfindet, damit man mit Argumenten und Gegenargumenten nachher zu einer einheitlichen Linie kommt.

---

<sup>97</sup> Vgl. „Süddeutsche Zeitung“ vom 6. Oktober sowie Interviews mit dem Bayerischen Rundfunk vom 6. Oktober 1966 18.00 Uhr (Abschrift des BPA, Abt. Nachrichten Rundfunkaufnahme, Deutsche Gruppe).

<sup>98</sup> Protokolle des AK V liegen für 1966 nicht vor.

Nun heißt es, wir haben mit Blickpunkt auf die Vereinigten Staaten ein Offset-Abkommen<sup>99</sup> zu leisten. Dieses Abkommen – der Herr Bundeskanzler hat heute morgen schon darauf hingewiesen – droht die Fesseln unseres Haushaltes für 1967 und der Jahre danach zu sprengen. Der Herr Bundeskanzler hat völlig recht: Man glaubt draußen oft, diese Leistungen von uns seien Leistungen in den Säckel der Amerikaner, in den Haushalt der Amerikaner, Beihilfen oder Geschenke. In Wirklichkeit ist es völlig anders. Aber leider hören uns draußen die Leute nicht an. Ich habe darüber auch in den letzten Debatten im Parlament gesprochen. Aber keinen Satz davon lesen sie in den deutschen Zeitungen, es paßt eben nicht in den Kram.

Das Kernstück der europäischen Verteidigung ist ganz unbestritten die 7. amerikanische Armee. Sie hat 225.000 Soldaten und ist um etwa 15.000 Ausbilder vermindert worden. Die Wiederauffüllung hat aber schon begonnen und wird bis Ende des Jahres abgeschlossen sein. Diese 7. amerikanische Armee kostet, in Dollars gerechnet – im amerikanischen Haushalt ausgewiesen –, etwa 2½ Mrd. Dollar. Von diesen 2½ Mrd. Dollar werden 700 Mio. Dollar – das ist eine theoretische Rechnung, in Wirklichkeit sind es fast 800 Mio. Dollar – in Deutschland in Devisen ausgegeben. Herr Kollege Altmeier kennt die Verhältnisse mit den Amerikanern in seinem Land, sie sind nicht nur rosig, mit all den Begleiterscheinungen und den soziologischen Dingen. Das ist sicher ein Problem. Aber die Amerikaner lassen auch eine ganze Menge Geld im Land, umgerechnet etwa 700 bis 800 Mio. Dollar.

Seit fünf oder sechs Jahren gibt es nun eine Vereinbarung zwischen Amerika und Deutschland, daß in dem Ausmaß, wie hier Dollars ausgegeben werden, Aufträge nach Amerika zurückgegeben werden. Es werden also Waffen gekauft oder Dienstleistungen in Anspruch genommen. Das ist also kein Geschenk, sondern eine Ausgleichsleistung. Das sollte man auch in den Versammlungen zurechtrücken.

Nun geraten wir in die Schwierigkeit, daß wir in diesem Jahr einen sehr hohen Satz nicht erfüllen können. Der Grund dafür liegt auch darin, daß der Verteidigungshaushalt in den letzten Jahren ganz erheblich geschrumpft ist. Warum ist er geschrumpft? Ich gebe zu, daß das von mir ein Fehler gewesen ist. Als ich mein Amt im Jahre 1963 übernahm, war der Haushalt für die Verteidigung durch Kuba und Berlin außer Rand und Band geraten. Das Parlament mußte für 1962 1,3 Mrd. und für 1963 1,1 Mrd. nachbewilligen. Als ich mein Amt antrat, habe ich eine Weisung gegeben: Die ganze Auftragsperre, die von Herrn Strauß angeordnet war, so lange aufrecht zu erhalten, bis der Haushalt wieder eingefangen war. Das sollte also der Stabilisierung des Haushaltes dienen.

---

<sup>99</sup> Vgl. die Ausführungen von Hassels zum Offset-Abkommen in der Sitzung der CDU/CSU-Fraktion vom 4. Oktober 1966 in CDU/CSU-FRAKTIONSPROTOKOLLE S. 2026–2029; Aufzeichnung über die Sitzung des Kabinetts am 12. Oktober 1966 zum Offset-Abkommen mit England und Amerika (ACDP 01–157–11/2). – 1961 schlossen die deutsche und amerikanische Regierung ein Offset-Abkommen, das vorsah, daß die Bundeswehr durch Waffenkäufe in den USA die Devisenausgaben der US-Truppen in Deutschland ausgleichen sollte. Dieses Abkommen wurde 1964 verlängert, vgl. AAPD 1964 S. 61 Anm. 40.

Wenn nun eine Sperre eine so lange Zeit aufrechterhalten wird, dann sind bestimmte Fertigungen später nicht wieder so schnell zum Anlaufen zu bringen. In der Zwischenzeit wurde ja aufgrund einer überschäumenden Konjunktur in vielen Teilen der Industrie etwas anderes produziert als beispielsweise Material für die Bundeswehr oder Kriegsgerät für die Verteidigung. Wir waren also während eines langen Zeitraumes dann nicht in der Lage, das Geld auszugeben, das wir 1963 und 1964 zur Verfügung hatten. Ich bedaure das. Ich hätte es auch anders machen können, indem ich großzügig gesagt hätte: Überstunden, Nachtarbeit, Sonntagsarbeit. Damit hätte ich aber die Baukonjunktur nur angeheizt. Wir haben keine Überstunden in Anspruch genommen, um die Baukonjunktur nicht weiter anzuhetzen. Daraus haben sich dann aber diese Schwierigkeiten ergeben, wie ich sie nun geschildert habe.

Die Amerikaner sagen nun folgendes. Ich meine, man muß, wenn man an diesem Tisch der CDU sitzt, die Situation auch einmal mit den Augen der Amerikaner sehen. Sie sagen nämlich, die Bedrohung, das Potential der anderen Seite ist unvermindert geblieben. Unser politischer Auftrag, die Integrität der NATO zu erhalten, ist unverändert. Infolgedessen müssen wir dazu die Truppen, das Material, die modernste Ausstattung haben. Auf dieser Grundlage entstehen von der NATO her die Streitkräfteplanungen. Allerdings erfüllt nur Amerika diese Planungen. England erreicht sie in etwa, das gleiche gilt für Frankreich, was das Geld angeht, wobei Frankreich allerdings die Masse auf die *force de frappe*<sup>100</sup> konzentriert und die andere Seite völlig vernachlässigt.

Die Amerikaner geben 8,8% des Bruttosozialprodukts für diese Zwecke aus, wobei Vietnam nicht eingerechnet ist. Wir geben 4,5% aus. Für einen normalen Bürger ist es nicht leicht zu verstehen, was die 8,8% oder die 4,5% bedeuten. Man muß es einmal umdimensionieren auf deutsche Verhältnisse. Wenn wir als ein Land mit 58 Mio. Einwohnern die gleichen Anstrengungen machten wie Amerika mit seinen 195 Mio. Einwohnern, dann müßten wir anstatt 458.000 Soldaten 900.000 Soldaten aufstellen. Wenn wir die Haushaltsansätze entsprechend machen wollten, müßten wir statt 17,5 Mrd. 34 Mrd. aufbringen. Dann würden wir den Anstrengungen der Amerikaner gemäß handeln. Die Amerikaner sagen: Ihr seid diejenigen, die vorne am Eisernen Vorhang am gefährdetsten sind. – Ich sage das alles nur, um einmal die Relationen deutlich zu machen.

Dem Herrn Bundeskanzler hat man bei seinen Gesprächen in Amerika gesagt: Sie müssen auch wissen, daß wir Amerikaner gegenwärtig in Vietnam in der Woche 100 Tote haben. – Man muß also verstehen, daß man in Amerika die Frage stellt: Tun die Amerikaner zuviel oder tun die Europäer zuwenig? Wenn die Europäer mehr tun würden, wäre das eine Demonstration, daß die Anstrengungen der Amerikaner gerechtfertigt sind. Wenn die Europäer nicht mehr tun, dann scheint es so, daß nach Ansicht der Europäer die Amerikaner in Europa zuviel tun. Daraus zieht man also dann in Amerika den Schluß, daß die amerikanischen Truppen in Europa vermindert werden könnten.

---

<sup>100</sup> Bezeichnung für die durch de Gaulle seit den 1950er Jahren aufgebaute französische strategische Atomstreitmacht.

Bis heute haben der Präsident, der Außenminister und der Verteidigungsminister der Vereinigten Staaten durch ein einziges Argument erreicht, daß Mansfield und Genossen<sup>101</sup> der Wind aus den Segeln genommen wurde: Die amerikanischen Ausgaben in Deutschland werden durch den Devisenausgleich voll ausgeglichen. Nur dieses Faktum hat dem amerikanischen Präsidenten und der amerikanischen Regierung die Möglichkeit gegeben, sich dagegen zu wehren, daß Mansfield mit seinen Gedanken weiter vordrang. Das darf man nicht außer acht lassen.

Dazu kommt aber noch folgendes. Man muß davon ausgehen, daß 1970 die Amerikaner sich sagen werden: 25 Jahre stehen wir nun in Deutschland, ein Vierteljahrhundert in Fulda und in anderen deutschen Städten. Man kann auf deutscher Seite nicht davon ausgehen, daß wir ein weiteres Vierteljahrhundert in diesen Städten stehen werden. Also wird man sich gemeinsam mit den Amerikanern überlegen müssen, was dann vernünftigerweise geschehen kann. Niemand zweifelt daran, daß mit der modernen Technologie der 70er Jahre, mit den verbesserten Waffen und Waffensystemen, mit der sehr großen Zahl atomarer Waffen, die wir hier auf deutschem Boden haben, die Möglichkeit besteht – wenn die Bundeswehr ihren Aufbaustand erreicht –, daß auch die Amerikaner einen gewissen Teil ihrer Streitkräfte zurücknehmen und daß man das dann verantworten kann. Das setzt aber voraus, daß die Bundeswehr bis dahin in Ordnung gebracht ist. Sie kann nur in Ordnung gebracht werden, wenn die Fragen des Haushalts für Verteidigung so gelöst werden können, daß diese Möglichkeit gegeben ist.

Als ich mein Amt antrat, haben die langfristigen Planungen vorgesehen, daß für 1966 21 Mrd. DM zur Verfügung stünden; in Wirklichkeit sind es aber heute 17,5 Mrd. Der Bundeskanzler und meine Kabinettskollegen werden mir attestieren, daß ich mich immer bemühe, den Gesamthaushalt zu sehen und nicht nur meinen Haushalt. Nun gibt es zwei unserer Ministerpräsidenten – beide sind nicht hier –, die z. B. vorschlagen, man könne bei der Verteidigung noch sparen. Der eine Ministerpräsident meinte 2 Mrd. – gerade das, was uns noch fehlt –, der andere Regierungschef eines großen Landes, von Nordrhein-Westfalen, sagte: 1 Mrd. könne man sparen, wenn man die Organisation ändere.<sup>102</sup> Beide Regierungschefs sind bei der Sitzung des Verteidigungs- und des Außenpolitischen Ausschusses des Bundesrats – dort berichten regelmäßig der Kollege Schröder oder sein Vertreter, Staatssekretär Carstens<sup>103</sup> – nicht dagegewesen, als die Lage dargestellt worden ist. Von beiden hatte man erwarten können, daß sie, wenn sie nicht dabei sein können, einen Weg finden, entweder den Kollegen Schröder oder auch

---

101 Mansfield brachte am 31. August 1966 im amerikanischen Senat einen Resolutionsentwurf ein, in dem er einen Abzug der amerikanischen Truppen aus Europa vorschlug. Vgl. dpa vom 1. September 1966 „Senator Mansfields neuer Vorstoß: Druck und Druckmittel“; AAPD 1966 S. 1150 Anm. 3.

102 Vermutlich handelte es sich um den saarländischen Ministerpräsidenten Franz Josef Röder.

103 Prof. Dr. Karl Carstens (1914–1992), Jurist; 1949–1954 Bevollmächtigter des Landes Bremen beim Bund, 1954 Eintritt in das Auswärtige Amt (1960 Staatssekretär), 1955 CDU, 1966–1968 Staatssekretär im Bundesministerium der Verteidigung, 1968/69 im Bundeskanzleramt, 1972–1979 MdB, 1973–1976 Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion, 1976 Bundestagspräsident, 1979–1984 Bundespräsident. Vgl. LEXIKON S. 211–214.

mich aufzusuchen. Ich fahre auch gern nach Düsseldorf, um das an Ort und Stelle zu sagen. Letztlich sind wir beide, der Ministerpräsident und der Verteidigungsminister, CDU-Angehörige, und man hätte erwarten können, daß man sich mit denjenigen in Verbindung setzt, die für diese Frage die Verantwortung tragen.

Herr Kollege Altmeier, wir kennen uns seit 1954. Sie sprachen von Prioritäten. Ich weiß, daß diese Prioritäten in der CDU einmal gefunden werden müssen. Sie sprachen von der großen Priorität des Bildungswesens. Ich gebe Ihnen da durchaus recht. Aber alles hat keinen Zweck, wenn wir nicht mehr in der Welt unsere vernünftige Geltung behalten können. Was wir in der Welt bedeuten, richtet sich nach dem Maß unserer Teilnahme an der Verteidigung der Freiheit der Welt. Es richtet sich auch danach, ob wir Anschluß an die moderne Forschung und Entwicklung finden. Wir waren ja jetzt gerade in Kap Kennedy.<sup>104</sup> Da schlackern einem die Ohren, wenn man sieht, was die dort in der Zwischenzeit erfunden haben, zum großen Teil mit deutschen Leuten. Wir müssen dagegen hier bei uns herumfeilschen, und der Kollege Stoltenberg kann nicht das Geld bekommen, das notwendig ist, weil andere Dinge als wichtiger angesehen werden. Wir müssen uns also darum kümmern, daß wir unsere Geltung in der Welt behalten. Die erreichen wir aber nur durch Opfer.

Deshalb meine ich, daß in der Auseinandersetzung mit unseren Ministerpräsidenten in den Bundesländern und dem Bundesrat die Frage der Prioritäten auch einmal vom Gesamten her gesehen werden muß. Das Ziel wird man am besten erreichen, wenn man heute nicht einen solchen Beschluß faßt, wie er hier vorgeschlagen worden ist. Man sollte vielmehr die heutige Sitzung zum Anlaß nehmen, sich erneut noch einmal in einem verantwortlichen Kreis aus Mitgliedern des Kabinetts und der Fraktion des Bundestags auf der einen Seite und führenden Herren aus den Ländern auf der anderen Seite zusammensetzen. Dann werden wir weiterkommen, wenn wir diese Frage mit Ernst behandeln.

*Scheufelen:* Für einen Außenstehenden ist es hochinteressant; der Antrag von Herrn Dufhues wird von beiden Seiten, von Bund und Ländern, abgelehnt. Warum eigentlich? Weil beide in ihrer Illusion weiterleben wollen. (*Widerspruch.*) Ich weiß nicht, ob wir als Parteivorstand nicht doch über diesen Antrag abstimmen sollten.

*Struve:* Ich möchte aus rein politischen Gründen bitten, über eine solche Sache nicht abzustimmen. Damit wird nach außen einer Sache Bedeutung beigemessen, die zwar für sich allein betrachtet sehr groß ist, insgesamt gesehen sich aber doch sehr bescheiden ausmacht.

Insgesamt gesehen haben wir zunächst die Aufgabe, das Stabilitätsgesetz über die Bühne zu bringen. Die Koalition ist mit der Regierung weitgehend einig, die Opposition zieht nicht mit.

Zweitens haben wir den Haushalt 1967 zu verabschieden und in Verbindung mit dem Haushalt 1967 weitere 14 Gesetze zu ändern. (*Windelen:* 22!) Ich habe mir sagen

---

<sup>104</sup> Cap Canaveral, Raketenstartplatz an der Ostküste Floridas, von 1964–1973 in Cap Kennedy umbenannt.

lassen, 14 seien von großer Bedeutung, während einige andere von nicht so großer Bedeutung seien. Bei diesen 14 Gesetzen geht es z. T. um solche, die das Parlament in den letzten 12 Monaten z. T. einstimmig verabschiedet hat. Wenn wir nun isoliert aus diesem gesamten Finanz- und Wirtschaftsprogramm eine solche Frage herauslösen, dann ist das nicht gut.

Was aber notwendig ist und was endlich mal wieder in unserer – ich möchte sagen – Massendemokratie eingeführt werden sollte, wäre, daß man wieder zu einer alten guten Einrichtung zurückkehrt. Wir haben uns Anfang der 50er Jahre in unregelmäßigen Abständen immer wieder zusammengefunden, wenn der Ministerpräsident eines Landes eingeladen hatte, und dann haben wir bei einem Glase Wein solche Sachen besprochen. Wir wissen nämlich zuwenig voneinander. Wir verkehren manchmal über die Presse und den Rundfunk miteinander und gegeneinander. Das ist das Problem.

Nun zum rein Fachlichen. Wenn man nur darauf hinweist, daß es um 37 oder 39% gehe, dann ist das eine schreckliche Vereinfachung. Schleswig-Holstein weitet z. B. seinen Haushalt um 4 bis 5% aus. Unser Land ist aber im Agrarstrukturbereich nicht mehr in der Lage, eine Mark aufzubringen, wenn der Bund nicht zwei Mark verschenkt. Was würden Sie sagen, wenn im wirtschaftlichen Leben ein Mann so weit wäre? Unser Land verhandelt mit dem Bundeskanzler, und der Bundeskanzler zieht den Finanzminister zu. Man kommt zu dem Ergebnis: Ja, es ist so, wir müssen euch entgegenkommen. Das ist der eine Punkt. Dann kommen nun die finanzschwachen Länder. Hier wird aufgezählt: Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Saar, im letzten Jahr war, entgegen der Meinung unserer bayerischen Kollegen, die Minister sind, der Standpunkt vertreten worden, daß auch Bayern dazugehöre. Bei einem Kompromiß kommt dann heraus, daß die nicht armen Bayern auch noch etwas bekommen. Solche Einigungen zu finden, ist nicht einfach, wenn der eine oder andere stur ist. Ich meine aber, es liegt daran, daß die Ministerpräsidenten der Länder und wir zuwenig voneinander wissen.

Deshalb, Kollege Dufhues, wäre es nicht gut, wenn wir Ihren Antrag annehmen würden. Gut wäre es aber, wenn wir global sagen würden, daß der Bundesparteivorstand die Initiative der Bundesregierung begrüßt, daß sie das Stabilitätsgesetz eingebracht hat, und daß er hofft, es werde möglichst bald verabschiedet werden. Zweitens sollte zum Ausdruck gebracht werden, der Bundesparteivorstand erwarte, daß die anderen Gesetze vorgelegt werden, um auf diese Art und Weise die ganzen Wirtschafts- und Finanzfragen zu lösen, einschließlich der großen Verpflichtung, über die noch zuwenig geredet worden ist, nämlich die außenpolitische Verpflichtung gegenüber den USA und England.

Zu dem letzten Punkt ist zu sagen, daß die Bundesbank – wie der Herr Bundeskanzler eingehend dargelegt hat – uns über Devisen vielleicht noch ein Jahr lang retten kann. Im Vorstand der Fraktion hat er ganz offen erklärt: Wir können das höchstens noch ein oder zwei Jahre aufschieben, und dann müssen wir zur Kasse. Die Länder, ob finanzkräftig oder weniger finanzkräftig, mögen gute Gründe haben zu sagen, sie könnten



nicht mehr als 35% zugestehen. Der Bund hat bestimmt genauso gute Gründe für seine Forderung. Was bleibt dann nur? Die Steuererhöhung!

Hier gibt es nun Punkte, wo zwischen Bundestagsabgeordneten beider Koalitionsparteien und der Regierung große Meinungsverschiedenheiten bestehen. Die Bundesregierung sagt: Wir brauchen 800 Mio. DM, die holen wir über die Kilometerpauschale. Wir brauchen 120 Mio. DM, die holen wir von den Bauern. Man holt sie von Leuten, die ein Einkommen von 1.000 DM im Monat haben. Das wollen wir aber nicht.

Hier sind also Punkte, die im großen Rahmen politisch entschieden werden müssen. Bund und Länder werden einen strengen Maßstab anlegen müssen. Vielleicht kommt man dabei zu der Erkenntnis, daß die Steuersenkung, die wir erst vor ein paar Jahren beschlossen haben, des Guten zuviel war. Wir müssen ja auch unsere Verpflichtungen der Außenpolitik, der Entwicklungshilfe, der Verteidigung einbeziehen. Hier sind sehr viele Freunde der Fraktion der Meinung: In demselben Maße, wie wir den Leuten bei der Einkommensteuer entgegengekommen sind, müssen wir es nun wieder herholen.

Wir dürfen aber nun nicht einen Beschluß fassen, der nach außen so wirkt, als sei das Ringen von Bund und Ländern, so bedeutsam es ist, das einzige Problem, sondern es muß der große Rahmen herausgestellt werden.

*Dufhues:* Ich möchte hier nur folgendes erklären: Die CDU setzt eine Kommission ein, bestehend aus Sachverständigen des Bundes, der Länder, der Bundesregierung, der Länderregierungen, der Fraktionen der Landtage, der Fraktion des Bundestags. Diese Kommission tagt. Sie kommt zu einem einstimmigen Ergebnis. Der Vorsitzende bittet, das einstimmige Ergebnis einer von der CDU eingesetzten Kommission hier zu realisieren, indem wir eine Entscheidung herbeiführen. Wir werden uns einig, daß wir das nicht tun sollten. Warum machen wir unseren Freunden diese Arbeit?

Vom Bund her wird gesagt, wir haben den Haushaltsplan eingebracht, der eine Beteiligung von 39% vorsieht, es ist uns nicht zuzumuten, jetzt einem Kompromiß zuzustimmen. Die Länder werden sagen: Wir haben unseren Haushalt aufgrund einer Beteiligungsquote von 35% eingebracht. Es ist uns nicht zuzumuten, hier eine andere Auffassung zu vertreten. Daß wir aufeinander zugehen müssen, wenn wir uns gegenseitig die Entscheidung erleichtern wollen, und daß dazu die Mittlerrolle des Bundeskanzlers notwendig ist, sollte nicht übersehen werden.

Ich sehe das Ergebnis. Ich nehme den Antrag zurück und hoffe, die Billigung unseres Freundes Adorno zu finden.

*Erhard:* Dankeschön. Zur Geschäftsordnung hat sich nun Herr Kollege Heck gemeldet.

*Heck:* Ich würde raten, daß wir diese Debatte jetzt doch beenden. Wir haben ja noch zwei Punkte der Tagesordnung zu erledigen. Ich glaube, der Kollege Kohl wäre geneigt, seine Ausführungen kurz zu fassen. (*Kohl:* Wenn das überhaupt Zweck hat! Wir sind ja nicht mehr beschlußfähig!) Dann können wir auch keine Entschließung annehmen. Das ist sehr schlecht. (*Burgbacher:* Immer dasselbe!) Das steht etwas im Gegensatz zu den schönen Reden, die heute vormittag gehalten worden sind. (*Beifall.*) Es war doch lange genug bekannt, daß die Sitzung heute vormittag stattfindet. Dann darf man für den

Nachmittag keine anderen Termine annehmen. (*Altmeier*: Die Festredner von heute vormittag sind alle woanders!)

*Kohl*: Ich beantrage, daß der Punkt, zu dem ich sprechen sollte, für heute zurückgezogen und auf der nächsten Sitzung behandelt wird. Es hat keinen Sinn, jetzt in zwei Minuten dazu etwas zu sagen. (*Zuruf*: Die nächste Sitzung ist erst im Dezember!) Wir müssen ohnedies vorher noch eine Sitzung machen.

#### VORBEREITUNG EINES AKTIONSPROGRAMMS DER CDU

*Heck*: Man kann niemanden zwingen, hier vorzutragen. Wir haben die Auffassung von Herrn Kohl zur Kenntnis zu nehmen. Dennoch meine ich, daß wir heute in der Entscheidung, die wir vorgesehen haben, schon etwas tun können, was die Landesvorsitzenden vom Bundesvorstand erbeten haben, nämlich eine Empfehlung aussprechen, daß die Beitragsstaffel, die generell vom Bundesparteiausschuß auf dem Parteitag 1964 beschlossen worden ist<sup>105</sup>, auch durchgeführt wird. (*Kohl*: Damit bin ich einverstanden!) Das kann geschehen, ohne daß Dr. Kohl heute im einzelnen berichtet, wie das in seinem Landesverband sehr gut durchgeführt worden ist.

Ein zweiter Punkt. Ich hatte an sich die Absicht, etwas ausführlicher zu begründen, warum wir für die Christlich-Demokratische Union, und zwar für den nächsten Parteitag, ein Aktionsprogramm vorbereiten müssen. Sie wissen, das letzte Programm, das wir beschlossen haben, ist im Jahre 1953 auf dem Parteitag in Hamburg verabschiedet worden. Seither hat sich in der Bundesrepublik Deutschland einiges geändert, und zwar aufgrund der Politik, die wir gemacht haben, als Erfolg unserer Politik. Ich meine, es muß deswegen auch ein neues Programm formuliert werden.

Man kann sich aber diese Ausführungen heute schenken, wenngleich ich Wert darauf lege, Herr Bundeskanzler, daß das in der nächsten Sitzung nachgeholt wird. Trotzdem könnten wir heute vom Vorstand aus beschließen, daß das Präsidium beauftragt wird, die Vorbereitungen für ein neues Aktionsprogramm der CDU zu treffen. Ich bitte um Ihre Zustimmung zu diesem Punkt. (*Zustimmung*.) Wenn Sie damit einverstanden sind, schlage ich vor, daß wir diese Sitzung des Bundesvorstands mit folgender Entscheidung beschließen:

Der Bundesvorstand der Christlich-Demokratischen Union fordert Bundesregierung und Bundestagsfraktion auf, zusammenzustehen und den Stabilitätsvorlagen der Bundesregierung gesetzliche Geltung zu verschaffen. Die üblich gewordene Kritik, die sich in bloßer Negation erschöpft, trägt zur Lösung unserer schwierigen Aufgaben nichts bei. Sie wirkt lediglich destruktiv. Der Bundesvorstand ist entschlossen, für die innere und äußere Lebenssicherung unserer Wirtschaft auch in die Zukunft hinein alles Notwendige zu tun. Die CDU wird dabei keine Mühe scheuen. Aber es bedarf dazu auch der Einsicht und der Bereitschaft der Mehrheit unseres Volkes.

<sup>105</sup> Vgl. PROTOKOLLE 4 S. 701–703

Der Bundesvorstand hat einstimmig beschlossen: Ludwig Erhard ist und bleibt Bundeskanzler. Der Bundesvorstand betrachtet die Debatte über Personalfragen als beendet.

Der Bundesvorstand beauftragt das Präsidium der CDU, Vorbereitungen für ein Aktionsprogramm der CDU zu treffen. Darin soll festgelegt werden, was bei Durchsetzung christlich-demokratischer Politik den Vorrang zu beanspruchen hat.

Der Bundesvorstand beschäftigte sich mit den Möglichkeiten, die Eigenfinanzierung der CDU zu verbessern. Er empfahl den Landesverbänden, das Beitragsaufkommen im Sinne der Beschlüsse des Bundesparteiausschusses auf dem Parteitag 1964 nach der dort beschlossenen Beitragsstaffel zu erhöhen.

*Erhard:* Bitte, Herr Burgbacher.

#### VORSCHLÄGE DER LANDESVORSITZENDEN ZUR ERHÖHUNG DES BEITRAGSAUFKOMMENS

*Burgbacher:* Darf ich zu dem letzten Satz noch etwas sagen. Unser Freund Kohl hatte sich vorbereitet, zu dem Thema „Beiträge“ etwas zu sagen. Ich habe ihn gebeten, daß er uns das, was er sagen wollte, in einem kurzen Exposé gibt, damit wir das dann an alle Landesverbände, hoffentlich auch an Kreisverbände, verschicken.

Ich darf aber sehr nachdrücklich auf folgendes aufmerksam machen: Wenn es uns nicht gelingt, das zu erreichen, was im Landesverband Rheinland-Pfalz in großem Umfange gelungen ist, nämlich die Beiträge in etwa auf die Höhe der in Hannover 1964 beschlossenen Staffel zu bringen, dann wäre die Partei auf allen ihren Ebenen – außer dem Wahlkampf – für die laufende Finanzierung fast restlos auf Spenden angewiesen. Was das politisch bedeuten kann, brauche ich Ihnen als Politikern nicht näher zu erläutern. Daß das auch der Öffentlichkeit gegenüber ein schlechter Zustand wäre, steht auch fest.

Es ist einfach ein Skandal – erlauben Sie dieses Wort –, wenn wir mit ungefähr 300.000 Mitgliedern ein Jahresaufkommen von etwa 3 Mio. DM haben. Das bedeutet einen Jahresdurchschnittsbeitrag von 10 oder 12 DM pro Mitglied. Die SPD mit ihren 715.000 Mitgliedern konnte ihr Jahresaufkommen von 1960 mit knapp 10 Mio. DM auf 16,5 Mio. DM im Jahre 1965 steigern. Wir wollen uns in der Struktur nicht mit der SPD vergleichen, obwohl ich mir vorstellen könnte, daß die Sozialstruktur unserer Wähler nicht wesentlich schlechter ist als die der SPD.

Aber dieses Thema ist bei uns mit einer Leichtfertigkeit von Vorsitzenden der Landesverbände und der Kreisverbände behandelt worden, die so nicht weitergehen kann. Ich kann nicht ernst genug auf diese Frage aufmerksam machen. Ich bitte deshalb, das Memorandum<sup>106</sup> von Herrn Kohl in geeigneter Weise als Beschluß des Vorstands allen zur Kenntnis zu bringen.

---

<sup>106</sup> Vgl. CDU Presse Mitteilungen vom 7. Oktober 1966 mit Kurzfassung des Referats von Helmut Kohl (ACDP 07-001-025/1).

*Glup:* Der Vorschlag von Rheinland-Pfalz stellt einen Versuch dar, die Eigenfinanzierung der Partei auf breitere Basis zu stellen. Ich sehe ein, daß zur Erhaltung der guten Parteiarbeit mehr Geld vorhanden sein muß. Dieses Geld muß von der Masse der Parteimitglieder kommen.

Ich habe in diesem Punkte jedoch allergrößte Bedenken. Wir haben heute morgen versucht, die Zerrissenheit bei uns zu sondieren und wegzudiskutieren. Draußen im Volk macht es einen denkbar schlechten Eindruck, wenn wir angesichts dieser Misere auch noch mehr Beiträge von unseren Mitgliedern haben wollen. Die breite Masse unseres Volkes ist ja durch das Gerichtsurteil von der Untermauerung unseres demokratischen Parteienwesens durch finanzielle Mittel freigesprochen worden.<sup>107</sup> Nun sollen die Gutwilligen noch einmal finanziell herangenommen werden. Ich mache mit Nachdruck darauf aufmerksam, daß wir nichts verdienen werden, wenn wir die gutwilligen Leute so vor den Kopf stoßen. Sie werden uns fragen: Seid ihr wahnsinnig, uns jetzt noch mehr ranzunehmen, nachdem das Verfassungsgericht die anderen davon freigesprochen hat?

Herr Professor Burgbacher, Sie haben den Vergleich mit der SPD gezogen. Ich kann dazu nur sagen: Wenn die CDU sich mit der SPD vergleichen will, dann kann sie daraus aber nur die Konsequenz ziehen, in der ganzen politischen Arbeit, in der Personalpolitik usw. den gleichen Stil anzuwenden, den die SPD praktiziert. Das würde dann bedeuten, daß in Zukunft bei der CDU nur derjenige irgendwie zum Zuge kommen und Mandate übernehmen kann, der sich sofort bereit erklärt, irgendwelche Aufgaben zu übernehmen. Es würde weiter bedeuten, daß in Beamtenstellungen nur Leute von der CDU hineingebracht werden können, die sich dem gleichen Ziel unterwerfen. Bisher hat sich die CDU konsequent geweigert, diesen Stil anzuwenden. Deshalb muß ich sagen, Herr Burgbacher, von daher hinkt der Vergleich. Es müssen erst einmal die Voraussetzungen geschaffen werden.

Wenn im sachlichen Bereich die Voraussetzungen geschaffen worden sind, bin ich durchaus bereit, vor unsere Mitglieder hinzutreten und zu sagen: Jetzt wird es anders. Bisher haben wir doch wirklich, was die Personalpolitik angeht, eine Schlamperei vorgeführt. Wir haben doch nahestehende Beamte mehr gefördert als unsere treuen Freunde.

Mir schlottern wirklich die Knie, wenn ich in diesem Augenblick vor unsere Freunde treten und von ihnen noch mehr Opfer verlangen soll, wo doch die breite Masse des Volkes durch das Gerichtsurteil freigesprochen worden ist. (*Zuruf:* Dann müssen wir den ganzen Apparat beseitigen!) Das ist keine Alternative. (*Zuruf:* Sie haben keine Alternative!) Ich habe eine Alternative. Ich sage nur, daß wir auch beachten müssen, wie diese Dinge draußen ankommen. Ich sehe jedenfalls im Augenblick keine Möglichkeit dafür.

---

<sup>107</sup> Laut Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 24. Juni 1958 verletzt die steuerliche Absetzung von Spenden für Parteien den Gleichheitsgrundsatz. Ebenso wurde am 19. Juli 1966 auch die staatliche Parteienfinanzierung seit 1959 für verfassungswidrig erklärt, jedoch eingeräumt, daß die notwendigen Kosten für einen angemessenen Wahlkampf erstattet werden können, vgl. PROTOKOLLE 3 S. 188 f. Vgl. zur Parteienfinanzierung auch Günter BUCHSTAB: Fritz Burgbacher (1900–1978). Ein Lebensbild. Sankt Augustin 2000 S. 29–34.

*Erhard:* Wenn wir bei 300.000 Mitgliedern ein Aufkommen von 3 Mio. DM haben, dann kann man wirklich nicht fragen: Sollen die Mitglieder nun noch mehr bezahlen? Der Betrag ist ja dann so bescheiden, wie man überhaupt nur denken kann. Wir wollen auch keine Mitglieder haben, die nur deshalb zur Partei gehen, um etwas zu werden. Wir wollen Mitglieder, die sich bewußt zu den Vorstellungen, Ideen und Prinzipien unserer Partei bekennen. Weil wir zu ihrer Durchsetzung aber auch Geld brauchen, ist der Antrag berechtigt. Wir sind wirklich aktionsunfähig, wenn wir nicht mehr Geld zur Verfügung haben.

*Russe:* Herr Glup, ich möchte Ihnen nur die Frage stellen: Was haben Sie seit 1964 getan, um die Empfehlung des damaligen Parteitags in die Wirklichkeit umzusetzen? Was haben Sie getan? Sie müssen zunächst einmal diese Frage beantworten, wenn Sie hier in dieser Form auftreten.

Das zweite, was Sie gesagt haben, ist doch einfach absurd. Als Voraussetzung, wenn Sie so wollen, für eine Beitragserhöhung – oder besser gesagt: für eine selbstverständliche Beitragspflicht – verlangen Sie eine politische Linie. Entweder stehen die Mitglieder, von denen Sie sprechen, auch in dieser schwierigen Situation zu uns und unterwerfen sich den sich daraus ergebenden Konsequenzen, oder aber sie sollen hingehen; wo sie herkommen. So einfach kann man sich das nicht machen.

Sie sollten sich einmal im Finanzausschuß der Partei oder von unserem Schatzmeister Bericht erstatten lassen, wie die Finanzsituation der Partei ist. Das ist doch zunächst einmal die Voraussetzung, die Sie erfüllen müssen, ehe Sie sich hinstellen und sagen: Das ist nicht zu meistern.

Ich stehe durchaus auf dem Standpunkt, daß wir als Partei in der Vergangenheit diesbezüglich nicht den richtigen Weg gegangen sind. Sie haben gesagt, wir könnten das nicht praktizieren, was die SPD tut. Ich bedaure das. Wenn einer über die Mitarbeit bei uns – ich will mich vorsichtig ausdrücken – in eine entsprechende persönliche oder berufliche Position oder Funktion hineingerät, dann sollte er sich dieser auch würdig erweisen und das gleiche tun, was beispielsweise die SPD von ihren Mitgliedern verlangt. Hier wird immer wieder gefragt: Was ist mit den Gewerkschaften? Ich darf hier nur einmal folgendes zur Kenntnis geben. Bei den Gewerkschaften ist es so, daß einer, der in eine Funktion hineingekommen ist, 12% davon pro Jahr bezahlt. Wenn er in diesem Jahr diese Leistung nicht auf den Tisch legt, fliegt er im nächsten Jahr aus der Position heraus. Wir ziehen immer gegen die Gewerkschaften – mit Recht – zu Felde. Aber in diesem Falle könnten sie uns ein gutes Beispiel geben. Wir sollten bei uns von uns aus das gleiche praktizieren.

In einer solchen Situation wie der, in die uns das Urteil von Karlsruhe hinsichtlich der Parteienfinanzierung gebracht hat, können wir nicht in der Form argumentieren, wie Sie hier auftreten. Wir müssen vielmehr alles versuchen, um zu einer Lösung zu kommen, die uns aus der Schwierigkeit herausbringt. (*Beifall.*)

*Heck:* Herr Bundeskanzler, meine Damen und Herren! Es ist natürlich durchaus verständlich und ich halte es für redlich, wenn ein Landesvorsitzender sich die Verhältnisse in seinem Landesverband vergegenwärtigt und von seinen Möglichkeiten her zu ei-

nem solchen Vorschlag Stellung nimmt. Nur glaube ich, Herr Glup, wenn Sie alles genau überlegen, müssen Sie sagen: So dramatisch sieht es nicht aus. Die Beitragsstaffel sieht bei Nettoeinkommen bis 1.000 DM einen Beitrag von 4,00 DM vor. Dabei können besondere Tatbestände – Familienstand usw. – berücksichtigt werden. Bei den darüberliegenden Beiträgen müssen Sie berücksichtigen, daß wir aller Wahrscheinlichkeit nach mit dem Parteiengesetz erreichen werden, daß im Jahr Parteibeiträge bis zur Höhe von 600 DM bzw. 1.200 DM steuerlich absetzbar werden, so daß diese Beträge bei höheren Einkommen um 30, 40 oder 50% reduziert werden.

Im übrigen: Der Beschluß, um den es heute geht, ist eine Empfehlung des Bundesvorstands. Ich finde, zurückhaltender kann man eigentlich in dieser Sache nicht sein. (*Beifall.*) Ich bin mir völlig darüber im klaren, daß das, was hier angestrebt wird, nicht im gleichen Zeitraum – angesichts der völlig verschiedenen Verhältnisse – in der Bundespartei erreicht werden kann.

Es ist gut, daß hier mit allem Nachdruck darauf aufmerksam gemacht wurde, in welcher außerordentlich prekären Lage wir nicht nur in der Bundespartei sind. Es ist eine schlechte Sache, wenn in Landesverbänden den hauptamtlichen Mitarbeitern in den Kreisgeschäftsstellen gekündigt worden ist. Die besten von ihnen sind bereits woanders untergekommen. Was uns am Schluß übrigbleibt, sind vielleicht diejenigen, auf die man da und dort verzichten könnte. Das sind Auswirkungen dieser prekären finanziellen Situation.

Ich neige dazu vorzuschlagen, daß wir diese Debatte nicht weiter fortführen. Dem, was hier in der Entschließung angesprochen ist, wird niemand widersprechen können. Wir werden noch eine harte Aussprache über die Dinge bekommen, die Herr Kollege Kohl auf der nächsten Sitzung vorschlagen wird. Dort sind einige Dinge dabei, von denen ich meine, daß eine ergiebige Aussprache nützlich und erforderlich sein wird.

*Schmücker:* Ich muß unseren Freund Glup etwas in Schutz nehmen. Herr Glup ist nicht nur Landesvorsitzender, sondern zugleich auch Kreisvorsitzender. Ich kenne die Verhältnisse dort. Wir haben es fertiggebracht, daß jeder zehnte Wähler bei uns Mitglied ist. Glauben Sie doch nicht, daß wir unsere 3.000 Mitglieder halten können, wenn wir von ihnen 4,00 DM verlangen. Wir können sie nur mit 1,00 DM halten. Wenn Sie uns vor die Wahl stellen, diese Mitglieder zu entlassen oder mit 1,00 DM zu behalten, dann können Sie mir empfehlen, was Sie wollen; wir werden das Geld anderweitig aufbringen. Aber wir halten die Mitglieder mit 1,00 DM bei uns. Das hat Herr Glup sagen wollen. Ich bin seiner Meinung.

#### VERSCHIEDENES

*Erhard:* Die nächste Sitzung soll also am 2. Dezember stattfinden. Ich bitte die Anwesenden, sich darauf zu richten. Die nicht Anwesenden wollen wir entsprechend unterrichten.

*Burgbacher:* Ich möchte für die nächste Sitzung vorschlagen, daß wir erstens früher beginnen und zweitens in die Einladung schreiben, daß die Sitzung ohne Pause bis

15.00 oder 16.00 Uhr stattfindet. Wir haben jedesmal das Drama gehabt, daß nachmittags am Schluß keiner mehr da war. Wenn die Sitzung durchgeht, dann bleibt jeder da.

*Kraske:* Dieser Termin des Sitzungsbeginns hat eine lange und etwas kontroverse Vorgeschichte. Es war früher zu Bundesvorstandssitzungen für 9.00 oder 9.30 Uhr eingeladen worden. Da haben zahlreiche Mitglieder des Bundesvorstands mit Recht Einwendungen erhoben, weil sie sagten, bei einem Sitzungsbeginn um 10.30 Uhr können wir morgens noch anreisen, während das bei 9.00 Uhr nicht möglich ist. Ich glaube sagen zu können, daß für das Präsidium und für die, die in Bonn hier sitzen, ein Sitzungsbeginn um 9.00 Uhr angenehmer wäre. Der Termin 10.30 Uhr ist nur mit Rücksicht auf diejenigen festgesetzt worden, die nicht in Bonn sitzen.

*Scheufelen:* Darf ich noch etwas zum Ablauf dieser Bundesvorstandssitzung sagen. Wir beginnen. Dann hören wir eine Reihe von schönen Reden, die bedauern, daß wir zerstritten sind. Wir vermeiden es aber, in den ersten zwei Stunden klare Beschlüsse zu Sachfragen zu fassen. Dann befinden wir uns jedesmal in der gleichen Lage, daß wir, wenn abgestimmt wird, nicht mehr beschlußfähig sind. So geht es nun auch mit dem, was Herr Heck vorgelesen hat.

*Erhard:* Wir sind noch beschlußfähig.

*Dufhues:* Die Beschlußfähigkeit ist noch gegeben.

*Kraske:* Es reicht noch zur Beschlußfähigkeit. Es sind immerhin noch 30 Leute da.

*Scheufelen:* Wir fassen dann einen Beschluß unter Druck, mit einem erheblichen Tempo, in dem eine ganze Reihe von Passagen enthalten sind, über die man reden mußte. Wir wollen mit diesen Entschließungen immer alles sagen, sind aber nicht bereit, irgendetwas zu einer Einzelfrage Stellung zu nehmen.

*Heck:* In die Entschließung können wir doch nicht Einzelfragen aufnehmen!

*Scheufelen:* Das ist nun beschlossen. Ich bedaure, daß es in dieser Form geschehen ist. Wir gehen alle hier mit einem etwas unguuten Gefühl weg.

*Erhard:* Dann müssen wir es in Zukunft so machen, daß wir nicht eine so breite Tagesordnung verwenden, sondern uns auf einen Gegenstand beschränken und dann wirklich zu einer sachlichen Aussage finden. Wenn wir über die ganze Landschaft streifen, bleibt natürlich das übrig. Wir wollten aber heute jedem Gelegenheit geben, das, was er auf dem Herzen hatte, hier auszubreiten. Das war der Sinn dieser Zusammenkunft. Man wird es anders ordnen, wenn wir wieder festen Grund und Boden unter den Füßen gefaßt haben. Wenn bis zum 2. Dezember das Stabilitätsgesetz verabschiedet wäre, dann hätten wir wieder eine andere Grundlage, von der aus man sprechen könnte, als jetzt.

*Russe:* Entschuldigen Sie bitte, wenn ich noch einen Vorschlag unterbreite. Nach der heutigen Tagesordnung sollte u. a. der Kollege Kohl darüber berichten, wie es in Rheinland-Pfalz ist. Wir haben das ja auch im Finanzausschuß schon diskutiert. Ich habe gesehen, daß Herr Kohl ein entsprechendes Papier hat. Meine Bitte geht dahin, zu prüfen, ob man nicht das, was hier erörtert werden soll, vorher jedem Vorstandsmitglied an die Hand geben kann, damit er sich an Hand der Unterlagen vorher einlesen kann und die Dinge nicht erst aus dem Vortrag kennenlernt. Das gilt auch für andere Sachprobleme, die gerade angesprochen worden sind. So etwas kann dann zu einer Erleich-

terung führen. Ich möchte mir diese Anregung erlauben und bitten, entsprechend zu verfahren.

*Heck:* Wir werden das tun.

*Erhard:* Meine Damen und Herren, Wortmeldungen liegen nicht mehr vor. Ich danke Ihnen für Ihre Beteiligung, für die Geduld und Ihre Mühewaltung recht herzlich. Die Sitzung ist geschlossen.